

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruff 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1.

Sonnabend, den 3. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften. — Ein Konflikt zwischen der Natur- und Kunststeinindustrie. — Berufsverband oder einheitlicher Bauarbeiterverband. — Lohnforderung und Zahlungsumfähigkeit des Arbeiters. — Italienische Emigration. — Ein Nachwort zum Gewerkschaftsprüfung in Köln. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Die Gewerkschaften in Serbien nach dem Kriege. — Steinausfahrungen. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Verammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die sozialpolitischen Ergebnisse des letzten Jahres für das Reich. — Auch ein Kapitel zur Arbeitslosenunterstützung. — Aus der Krankenversicherung. — Vertenerungspolitik der Zementfabriken. — Bei den Stenden von Berlin. — Literarisches. — Genüßton: Wie alt ist das deutsche Volk?

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)
Gesperret sind: Greifswald: Granitwerk Jagdmann. — Kirchberg: Granitwerk Ingram. — Lübeck: Granit-Fließerei Plettner & Sohn. — Jena: Deutsche Eisenbeton-Gesellschaft; auch dieselbe Firma an der Muldenbrücke in Eilenburg.
Aue (Erzgebirge). Die Firma Hermann Weishorn, Auerhammer, hat am 6. Dezember sämtliche Steinarbeiter ausgesperrt. Ein Teil derselben ist bereits abgereist.
Sohland (Spree). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granitarbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.
Oesterreich-Ungarn. Gesperrt sind: Berchtoldsdorf, Kratau Lemberg, Bucirce, Nabresina, Süttö, Búdatalass.

Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften haben von Anbeginn an einen fast ununterbrochenen Kampf gegen Bosheit und Verfolgungswut zu führen gehabt. Die gewerkschaftliche Aktion zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter richtet sich natürlich in erster Linie gegen die Unternehmer. Dem engen Polizeisinn erscheint das als eine Auflehnung gegen die göttgewollte Weltordnung; er wittert, wie sich der Polizeiminister Puttkamer untrübseligen Angebensens leinertzeit ausdrückte, hinter jedem Streik die Hydra der Revolution. Die Polizei betrachtet sich als den natürlichen Schützer des Staates gegen den Umsturz, und sie hält es für ein ganz besonders verdienstliches Werk, den Gewerkschaften durch allerlei Nadelstiche das Leben zu erschweren.
Die Handhaben zur Drangsalierung der Gewerkschaften sind der Polizei eine nach der andern entwunden worden. Das Sozialistengesetz ist gefallen; und das Gesetz über die privaten Versicherungen hat die Versuche, die Gewerkschaften als Versicherungsanstalten von der ministeriellen Genehmigung abhängig zu machen, verhindert. Die bunte Musterkarte der einzelstaatlichen Vereinigungsgesetze, die so treffliche Handhaben bot, die Gewerkschaften zu schikanieren, ist beiseite. Wir haben das Reichsvereinsgesetz, als das Produkt des konservativ-liberalen Vorkriegsversuchs erhalten. Aber der Polizeigeist ist unverändert geblieben. Die Politischerklärung der Gewerkschaften und ihre Unterstellung unter das Vereinsgesetz ist der neueste Sport, dem sich die Polizei mit großem Eifer, aber geringem Erfolg hingibt. Die Unterstellung unter das Vereinsgesetz hätte zur Folge, daß Statut und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Polizei eingereicht werden müßten, und daß es den Gewerkschaften verboten wäre, unter 18 Jahre alte Personen als Mitglieder aufzunehmen. Das bedeutet eine unerträgliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, gegen welche diese sich mit aller Energie wehren.
Um den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaften politische Vereine sind, bedarf es einer sehr gekünstelten Auslegung des Vereinsgesetzes. Dieses bezeichnet als Kriterium eines politischen Vereins, daß er „eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt“. Eine solche Einwirkung ist aber niemals Zweck der Gewerkschaften. Die Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens bringt es mit sich, daß die Gewerkschaften gelegentlich auch durch Petitionen auf die Gesetzgebung einzuwirken suchen, und daß sie sich mit manchen gesetzgeberischen Fragen beschäftigen. Werden doch zum Beispiel durch die sozialpolitische Gesetzgebung, durch das geplante Gesetz zum Schutze der Streikbrecher ufm. die Interessen der Gewerkschaften auf das lebhafteste berührt. Aber diese Betätigung ist nicht der Zweck der Gewerkschaften; sie wollen die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern und das erfordert eine so vielseitige Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, daß dagegen die gelegentliche Beschäftigung mit politischen oder richtiger sozialpolitischen Fragen kaum in Betracht kommt. Nur die Rechtslosigkeit in Deutschland ist es übrigens bezeichnend, daß Versuche zur Unterstellung unter das Vereinsgesetz gegen andre Gewerkschaftsrichtungen, die sich in ähnlicher Weise betätigen, und gegen die Unternehmerorganisationen, die sich in weit umfangreicherem Maße mit politischen Fragen beschäftigen, nicht unternommen werden. Die Verfolgungen richten sich ausschließlich gegen die freien Gewerkschaften. Sie allein erscheinen der Polizei und dem Unternehmertum „gefährlich“, weil sie die einzigen Gewerkschaften sind, die rückhaltlos die Arbeiterinteressen vertreten. So schmeichelhaft auch diese indirekte Anerkennung der freien Gewerkschaften ist, so haben sie doch alle Verachtung, gegen eine solche unberechtigte „Bevorzugung“ entschieden zu protestieren.
Unter den vielen Prozessen, die in neuerer Zeit gegen örtliche Verwaltungsstellen verschiedener Organisationen geführt wurden, hat die Klage gegen die Zahlstelle Friedland in Schlessien des Deutschen Holzarbeiterverbandes besonderes Aufsehen erregt. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat diesen Prozeß zum Anlaß genommen, in einer Broschüre „die Stellung der Gewerkschaften zur Politik“ grundsätzlich zu behandeln. Die Geschichte dieses Prozesses ist schnell erzählt. Am 27. Januar 1912 erhielt der Bevollmächtigte der Zahlstelle Friedland ein Strafverfahren über 5 Mk., weil er sich geweigert hat, der Polizei das Statut des Verbandes und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, aber erst ein volles Jahr später, am 29. Januar 1913, fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht Friedland statt. Sie endete mit der Bestätigung des Strafmandats. In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Waldenburg wurde der Bevollmächtigte freigesprochen, und die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde vom Oberlandesgericht in Breslau verworfen. Sonach ist endgültig festgestellt, daß die Zahlstelle Friedland des Deutschen Holzarbeiterverbandes kein politischer Verein ist.
Die lange Dauer der Untersuchung vor der erstinstanzlichen Behandlung der Sache war durch den Eifer des Friedländer Anwalts veranlaßt worden. Er wollte anscheinend den Nachweis führen, daß nicht nur die Zahlstelle Friedland, sondern der ganze Deutsche Holzarbeiterverband ein politischer Verein ist. Zu diesem Zweck forderte er von den Polizeiverwaltungen einer ganzen Reihe von Städten Gutachten ein. Die Ausbeute im Sinne des Anwalts, die diese Gutachten boten, war jedoch so gering, daß er sie schließlich nicht erst zum Gegenstand der Verhandlung machte. Aber sie waren Bestandteil der Akten geworden und sind so zur Kenntnis des Holzarbeiterverbandes gekommen, der sich durch ihre Veröffentlichung ein Verdienst erworben hat.
Der Anwalt hatte einen Fragebogen ausgearbeitet, in dem gefragt wurde:
1. Ob in den Versammlungen des Verbandes durch Redner oder durch Verteilung von Flugblättern parteipolitische Agitation betrieben wurde und ob der Verband selbst parteipolitisch gehaltene Flugblätter herausgegeben habe.
2. Ob die Vertrauensleute des Verbandes versuchen, die Mitglieder zu veranlassen, der sozialdemokratischen Partei beizutreten oder sozialdemokratisch zu wählen.
3. Ob die Führer des Verbandes in der sozialdemokratischen Partei eine besondere Rolle spielen.
4. Ob in der „Holzarbeiter-Zeitung“ in parteipolitischen Sinne agitiert wird, und schließlich
5. Ob Geld aus der Gewerkschaftskasse in die politische Parteikasse geflossen ist.
Auf diese Fragen liegen Antworten vor von der Handelskammer in Schweidnitz und von den Polizeiverwaltungen in Thorn, Stuttgart, Hamburg, Berlin, Danzig, Breslau, Frankfurt a. M., Dresden, Düsseldorf, Königsberg und Mainz. Diese Gutachten lauten recht verschiedenartig. Einige Polizeibehörden haben Auskünfte von Unternehmerorganisationen (!) eingeholt und diese zu den Akten gegeben! So hat der Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe in Mainz ein ausführliches Gutachten ausgearbeitet, das so eingeleitet wird:
„Die Hauptfrage, ob der Deutsche Holzarbeiter-Verband als politischer Verein anzuziehen ist, ist m. E. ohne weiteres zu bejahen.“
In wohlthuendem Gegenjah zu dieser leichten Befundung steht das durch die Handelskammer in Schweidnitz übermittelte Gutachten des deutschen Industrie-Schutzverbandes in Dresden, dessen Geschäftsführer erklärt:
„Nach meiner Ansicht ist der Deutsche Holzarbeiterverband nicht als politischer Verein zu betrachten.“
Sehr bezeichnend ist das vom Polizeipräsidenten Danzig gelieferte Material. Es ist ein Gutachten der dortigen Handwerkskammer, das sich auf Auskünfte stützt, die vom — christlichen Holzarbeiterverband (!) eingeholt wurden. Dieser scheint sich in der Rolle des denunziatorischen Staatsretters sehr wichtig vorgekommen zu sein. Er hat zwei Pamphlete aus der Reichs-Verlagsanstalt in zwei Akten gegeben, aus denen der politische Charakter der freien Gewerkschaften bewiesen werden soll und zwei Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“. Der Vorstand der Handwerkskammer bemerkt hierzu:
* Politisch und Gewerkschaften. Ein Kapitel aus den Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei und Justiz. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

„Weitere Nummern dieser Zeitung werden vom christlichen Holzarbeiterverband hier selbst, Pfefferstadt Nr. 1, jederzeit gern zur Verfügung gestellt.“
Eine Kommentierung dieser Handlungsweise ist überflüssig.
Das größte Interesse beansprucht der Bericht, den das Polizeipräsidium in Berlin geliefert hat. Aus diesem Bericht geht nämlich hervor, daß hier alles, was als eine politische Betätigung der Gewerkschaften gedeutet werden kann, sorgfältig gesammelt u. registriert wird. Außer dem Gutachten aus dem Friedländer Prozeß ist in der Broschüre noch ein andres Gutachten abgedruckt, welches das Berliner Polizeipräsidium am 1. Januar 1913 an das Oberverwaltungsgericht erstattet hat, in einer Streitsache, bei der es sich um die Politischerklärung der Zahlstelle Culmbach des Zimmererverbandes handelte. Diesem Gutachten ist in einer umfangreichen, tabellarisch geordneten Liste das „Beweismaterial für die gemeinsame Arbeit der Partei und Gewerkschaft“ beigegeben, von dem es jedoch heißt, daß es keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht. Die Liste ist gegliedert in Material, das „General-Kommission und Partei“ betrifft, folches über „Gewerkschaftskommission und Partei“ und „Verschiedenes“. Sie umfaßt insgesamt 79 Stücke, meist Protokolle, Broschüren, Flugblätter, Zeitungen usw. Alles ist schon geordnet und in drei Rubriken gebracht, nämlich „Bezeichnung des Vorganges“, „Organisation“ und „Bezeichnung des Inhalts“. Die Berliner Polizei ist augenscheinlich sehr stolz auf ihren Sammel-eifer. Es handelt sich aber auch um Material zur Schürzung von Arbeiterorganisationen, und da hat es die Polizei noch nie an Eifer fehlen lassen. Wichtig erscheint insbesondere folgende Stelle in dem polizeilichen Dokument:
„Es schweben jedoch seit einiger Zeit Erwägungen, ob nicht mit Rücksicht auf die vielfach, namentlich in letzter Zeit, über festgestellte politische Tätigkeit der Zentralverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands und namentlich ihrer gemeinsamen, zentralen und lokalen Verbindungen, nämlich der General-Kommission und der Gewerkschaftskasselle, die Zentralvereine unter das Reichsvereinsgesetz zu stellen sind.“
Der gleiche Gedanke kehrt auch in dem Gutachten des Polizeipräsidenten bezüglich des Deutschen Holzarbeiterverbandes wieder, von dem es heißt, daß er bisher noch nicht als politischer Verein behandelt worden ist.
„Es sind jedoch zurzeit Erwägungen im Gange, den oben erwähnten Verband dem Reichsvereinsgesetz zu unterstellen.“
Daß an diesen Erwägungen auch der Polizeiminister beteiligt ist, kann aus einer andern Stelle des Gutachtens geschlossen werden, in der es von dem Jahrbuch 1909 des Verbandes heißt:
„Das hiesige Aktenexemplar liegt bei dem Herrn Minister des Innern mit meinem Bericht vom 2. März d. J. vor.“
Aus diesem Material ist der Schluß berechtigt, daß in absehbarer Zeit eine große Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften bevorsteht. Durch Unterstellung unter das Vereinsgesetz soll ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Ob diese Aktion den gewünschten Erfolg zeitigen wird, kann dahingestellt bleiben. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben nicht nur ein Interesse daran, daß solche Polizeiaten die gebührende Zurückweisung erfahren; sie müssen von vornherein unmissverständlich gemacht werden. Das Mittel hierzu sind starke politische Organisationen und eine starke Vertretung der Sozialdemokratie in den Parlamenten. Es ist überflüssig und vielleicht nicht einmal wünschenswert, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften Politik treiben. Sie müssen sich aber vollzählig den sozialdemokratischen Organisationen anschließen und hier in vollem Maße ihre Pflichten als Sozialdemokraten erfüllen.

Ein Konflikt zwischen der Natur- und Kunststeinindustrie.

Bekanntlich haben die Leipziger Steinmetzen gegen die Auslassungen des Oberbaurats Herrn Scharenberg, welcher in wärmerer Weise den Kunststein empfohlen, nachdrücklich protestiert. Wir haben im „Steinarbeiter“ darüber berichtet, auch die übrigen Nachzeitschriften nahmen darauf Bezug. Jetzt schreibt nun die „Auenwelt“ über dieses Kapitel in sehr verständiger Weise folgendes:
„Eine Rede, die der Oberbau- und Stadtbaupräsident Scharenberg auf dem Kongress der Kunst- und Betonbauindustriellen auf der Internationalen Bauausstellung im August 1913 gehalten hat, ist die Veranlassung zu einer lebhaften Protestbewegung seitens der Leipziger Steinmetzen geworden, die sich durch die Zerkulungnahme des genannten Baubeamten und noch mehr durch die partei-Bevorzugung des Kunststeins gegenüber dem Naturstein bei der Ausführung städtischer Bauten in Leipzig geschädigt fühlen.
Wenn wir zunächst den Leipziger Sonderfall in dem es sich zunächst um eine einseitige Förderung der Kunstindustrie durch den Leipziger Stadtbaurat handelt, außer acht lassen, so möchten wir vorweg der Ansicht Ausdruck geben, daß der Chef einer städtischen Bauverwaltung vermöge seines Amtes und seiner technischen Qualifikation in erster Linie dazu berufen ist, die Streitigkeiten, die zwischen einzelnen Bauindustrien entstehen, zu schlichten und durch seine Persönlichkeit vermittelt in den Stempel der Meinungen einzuschlagen. Daran folgt, daß der Stadtbaurat in seiner dienstlichen Stellung diejenige Objektivität den verhandelnden sich gegenüber betreuenden Bauindustrien gegenüber bewahren muß, welche die Akten in dem von dem Leiter der städtischen Bauverwaltung zu machenden zum Ratess-Gutachten würde es gar nicht so schwer sein, einigende Momente zwischen den beiden feindlichen Parteien zu finden. Man vergegenwärtige sich doch nur die nahen Beziehungen,

In denen die beiden Gewerbevereine zueinander stehen. Die Kunst- und Industrie ist ohne das Trümmereisen der Steinmetzen gar nicht zu denken, dies Moment gewinnt z. B. in Süddeutschland noch eine an Bedeutung, weil dort die Steinmetzen (soll wohl heißen Zimmerer m. e. i. e.) die Red. d. 'Steinarbeiter') häufiger als in anderen Gemeinden Deutschlands zugleich Zeichnungsbehalter sind und gewöhnlich ohne weiteres darauf angewiesen sind, die Abfälle des Geschäftsbetriebs auf irgendeine Weise zu verwerten. Was liegt da näher als mit Hilfe dieser Abgänge Kunststeine zu fabricieren, dessen Hauptbestandteil eben jener Naturstein bildet?

Andersseits kann der Kunststeinlieferant die Hilfe des kunstgerecht schaffenden Steinmetzen bei der Schaffung monumentaler Steinarbeiten nicht entbehren. Bei jeder Qualitätsarbeit, seien es einzelne besonders hervorragende Teile des Baues, wie Portale, Säulen, Mandlüber, oder sei es der Vorkorbbau einer ganzen Fassade mit jahrelanger Gewissen und heiligen Gliedern, immer wird die kunstgeübte Hand des Steinmetzen dem Werke die Vollendung geben müssen. Deshalb meinen wir, daß es möglich sein müßte, einen friedlichen Ausgleich zustande zu bringen.

Insoweit können wir unserer Meinung dahin Ausdruck geben, daß, wenn es die Mittel nur irgend gestatten, der als weiterführende Fabrikation bei Monumentalbauten, die für Jahrhunderte bestimmt sind, den Vorkorbbau dem Kunststein verbietet. Denn welcher Architekt würde auf die herlichen, farbigen Wirkungen verzichten können, welche die 'Kammergeister' Steine des Elbtales und der Havel liefern. Das ist die Gefahr, welche die schwerkliche Säure der Zeit einer Anstalt, die wie Leipzig größte Vorzüge bei der Verwendung und der Auswahl der Steine zur Pflicht macht, bedarf einer besonderen Behandlung.

Zusammenfassend dürfte man sagen: Eine Stadt wie Leipzig mit ihrem bedeutenden Baubestand darf die Verwendung von Naturstein nicht völlig und vor allem nicht — prinzipiell — aufheben — man stelle sich einmal das Väterkindschicksal aus Kunststein vor —, anderseits muß die Kunststeinindustrie in richtiger Erkenntnis der hohen Bedeutung, die die Kunststeinfabrikation in geistlicher Benutzung der Vorteile der Eisenbetonbauweise und auf dem Gebiete des Vorkorbbaus erlangt hat, soweit wie möglich die Verwendung und den Arbeitszweig in ihrer Fabrikationsmethode aufnehmen. Zur dies nicht, so ist zu befürchten, daß die Entwicklung über sie hinwegschreitet.

Verheerende Auswirkungen müssen als sehr verhängnisvoll bezeichnet werden. Herr Oberbau Rat Scharenberg wird es nicht angenehm sein, daß ihm in einer so vornehmen Zeitschrift derartige Nachrichten bekannt werden. Es berührt uns überdies sehr unangenehm, daß der Prototyp der Leipziger Steinmetzen ein so lebhaftes Echo gefunden hat.

Berufsverband oder einheitlicher Bauarbeiterverband.

Am 15. und 16. Dezember tagte in Hamburg die 3. internationale Zimmererkonferenz. Es waren aus den verschiedenen Ländern 24 Delegierte anwesend. Ueber das Thema: Berufsverband oder einheitlicher Bauarbeiterverband referierte Genosse Schrader, der Vorsitzende des Deutschen Zimmererverbands. Wir geben seine Ausführungen auch im 'Steinarbeiter' wieder, wollen aber gleich bemerken, daß wir uns Schraders Ausführungen nicht in eigen machen möchten. Aber das Thema hat für die Steinmetzer immerhin einen gewissen Wert, und da halten wir es für nötig, wenn wir die Ausführungen dieses alten erprobten Gewerkschaftsführers auch unseren Lesern unterbreiten.

Referent Schrader-Hamburg führte aus: Seitens unserer holländischen Freunde ist mir bereits vor einigen Wochen mitgeteilt, daß dort auf einer von den Vertretern anderer Organisationen einberufenen gemeinschaftlichen Sitzung zu der Frage eines einheitlichen Bauarbeiterverbandes für das Baugewerbe Stellung genommen ist; mit Ausnahme der Zimmerer hätten alle übrigen Teilnehmer sich dafür ausgesprochen, die Zimmerer würden gerne Zustimmung darüber, wo der einheitliche Verband sich zu der Frage stellt. Das war der Grund, die ursprünglich erst für das Frühjahr in Aussicht genommene Konferenz bereits jetzt einzuberufen. Das gleiche Streben wie in Holland macht sich auch in Dänemark bemerkbar, und ebenso wird die Frage eines Bauarbeiterverbandes in Ungarn und in der Schweiz diskutiert. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns eingehend damit beschäftigen.

In Deutschland haben sich die Zimmerer bereits im Jahre 1888 zusammengeschlossen, aber diese erste Organisation hat nicht lange Bestand, in einem Zeitraum von zehn Jahren hatten wir bereits vier verschiedene Zimmererorganisationen, alle wurden polizeilich aufgelöst, und als 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde, da wurde nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Bewegung vollständig gänzlich unterdrückt. Unter dem Sozialistengesetz haben sich die verschiedenen Berufs-Organisationen zu schaffen geübt, es wurden lokale Jahressitzungen gegründet, die örtlichen Verbanden stellten sich in einer gemeinschaftlichen Zentralratung, es war also gewissermaßen ein Stück Zentralisation geschaffen, mehr oder weniger teils Organisation noch nicht vorhanden war. Die Zimmerer haben diesen Weg im großen ganzen nicht mitgemacht. Die Berliner Bewegung anfangs der achtziger Jahre, die mit einem Mißlingen endete, gab den Anlaß zur Einberufung eines neuen allgemeinen Zimmererkongresses, der 1882 tagte und auf dem unsere heutige Zentralorganisation gegründet wurde. Das war in den verschiedenen Jahren mit Hilfe der Organisation erreicht haben, daß sie sich selbst organisieren. Es genügt der Hinweis darauf, daß die Zimmerer alle Vorkonferenzen einig und allein ihrer eigenen Berufsorganisation verbunden. Seit 1892, wo der erste Gewerkschaftskongress in Halberstadt tagte, hat sich von einzelnen Organisationen und von einzelnen Personen die Gründung von Industrieverbänden propagiert, und es sind im Laufe der Jahre ja auch einige Industrieverbände in Deutschland entstanden. Die Gründe, die für die Industrieverbände ins Feld geführt werden, sind heute noch ganz die gleichen wie vor 20 Jahren. Es wird gesagt, daß die Verwaltungen sich nicht so leicht überlassen. Aber die Erfahrung lehrt, daß die Industrieverbände sich nicht so leicht auflösen, das ist ein Gewerkschaftsfehler: dann billiger bestehen lassen, denn man darf nicht vergessen, daß, wenn eine Gruppe ja ihren Kampf gegen den Staat, die Behörde, die Arbeiter, die Gewerkschaften soll man sich die von Lohnstreikern, die sich durch eine gemeinschaftliche Agitation im geschützten Gebiete bewegen. Gerade in den Gegenden, wo es daran liegt, die Arbeiter zu gewinnen, muß ein starker Widerstand in ihnen bestehen. (Sehr richtig!) Man denke ferner an die Verhältnisse. In den verschiedenen Industrieverbänden, wo verschiedene Berufsorganisationen zusammengekommen, muß eine einzelne Gruppe ihre in verschiedenen Richtungen manchmal gegenüber anderen Gruppen vorgehen. Man überlassen sie sich, wenn wir einen einheitlichen Gewerkschaftsverband bilden, dann würden die Verhandlungen in dem Maße, wie sie notwendig sein werden, bewirkt werden. Beweise, offensichtliche Beweise, daß das zu tun ist, aber das liegt doch vor uns, daß es nicht nur die Gewerkschaften in den verschiedenen Gruppen der verschiedenen Berufsorganisationen sind, und das ist nicht der Fall, daß die verschiedenen Berufsorganisationen, aber niemals werde ich den Industrieverbänden eine besondere Anerkennung, mit kommt es viel mehr auf den Inhalt der Sache an. Wenn nun andere Organisationen der Gewerkschaften ein gewisses einflussreiches Organ sein sollte, dann müßte die Verhandlung nicht einflussreich sein, sondern diese Verhandlungen sind nicht einflussreich, sondern diese Verhandlungen sind nicht einflussreich, sondern diese Verhandlungen sind nicht einflussreich.

Wenn wir nur einige Provinzen herausgreifen, um die Stärke der Emigration zur allgemeinen Bevölkerung festzustellen, so erhalten wir folgendes Resultat:

Namen der Provinzen	Auf je 10000 Einwohner emigrieren
Galabrie	3350
Abruzzi	3245
Apulien	3125
Venedig	3205
Lombardien	2955
Sizilien	2517
Liguria	2045
Kampanien	2025
Piemonte	1904
Lombardien	1564
Im ganzen Königreich (Durchschnitt)	2044

Und nun dürfte uns noch interessieren, in welche Länder alle diese Emigranten sich begeben; darüber gibt folgende Tabelle Auskunft:

Nach dem russischen Europa	1372
Schweden, Norwegen, Dänemark	205
England, Irland	3563
Belgien, Niederlande	3570
Frankreich	74089
Schweiz	89258
Deutschland	75507
Dänemark	24157
Ungarn	7853
Spanien, Portugal	709
Balkanstaaten	3671
Ägypten	15725
Indien	423
Amerika	390718

Aus diesen Zahlen ersehen wir, daß die italienische Emigration eine nicht unbedeutende Sache ist und es ist deshalb nur allzu sehr bedauerlich, daß man sich bisher nicht um die Bildung der Emigranten zu beschäftigen. Denn nur die mangelhafte Bildung der italienischen Arbeiter begründet heute noch deren Konkurrenz mit den Arbeitern anderer Länder.

Band zusammengeschlossen sind, die Möbelmacher aus diesem Verbande wieder hinaus haben möchte. Das Bestreben auf Schaffung von Industrierverbänden ist nicht nur in Deutschland vorhanden, sondern auch in anderen Ländern; man könnte sagen, es liegt ein gewisses System darin.

In Volland, von wo aus die Frage in Flug gebracht ist, sind die Zimmerer im Vergleich zu anderen Berufen sehr gut organisiert. Sie haben fast jedes Mitglied wie die übrigen Berufs des Baugewerbes aufgenommen; es liegt also kein Grund zu einem Zusammenschluß vor. Ähnlich ist es in der Schweiz. Dort bedeuten die übrigen Organisationen des Baugewerbes nichts, und es wäre ein Fehler, wenn die Zimmerer sich mit ihnen vereinigen würden, denn sie sind gar nicht imstande, die Interessen der Zimmerer so zu vertreten, wie es in der jetzigen Organisation der Fall ist. In Dänemark ist die Verschmelzung schon ziemlich vorgekommen. Leider haben die österreichischen Kameraden sich vorher mit den übrigen Berufsorganisationen nicht darüber verständigt. Alles in allem kann man nur sagen, daß wir verpflichtet sind, die Interessen unserer Berufsgenossen bis auf's äußerste zu vertreten, und aus diesen Gründen können die Mitglieder des Deutschen Zimmererverbands sich nicht für den Verschmelzungsgedanken erklären. Wir werden in Deutschland nach wie vor an unserer bewährten Berufsorganisation festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Lohnforderung und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die Meinung verbreitet, daß bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ihm die Lohnforderung das unbedingte Recht auf Befriedigung vor allen andern Verbindlichkeiten des Arbeitgebers bestehe. Diese Anschauung ist leider nicht ganz richtig, und mancher Arbeiter, der im Vertrauen auf ihre Richtigkeit mit der Eintreibung seines Lohnes säumig war, hat schon eine bittere Enttäuschung erlebt. Ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung besteht für Lohnforderungen nur im Konkurse des Arbeitgebers. Hierbei werden die Lohnforderungen, die noch nicht älter als ein Jahr sind, mit einer Reihe anderer Ansprüche vor den gewöhnlichen Schulden befriedigt. Sie stehen aber auch hier nicht an erster Stelle. Immerhin kann in vielen Fällen auf volle Befriedigung der Lohnforderungen gerechnet werden, wenn es zum gerichtlichen Konkurs kommt. Das ist aber nur bei einem geringen Teil der Zahlungsunfähigen der Fall. Bei den meisten kommt es zur gewöhnlichen Zwangsvollstreckung, d. h. zur Pfändung und Versteigerung der vorhandenen Habe durch den Gerichtsvollzieher und zur gerichtlichen Befehlshandlung der geringen Außenstände. Bei dieser Zwangsvollstreckung genießt aber die Lohnforderung keinerlei Bevorzugung; hier heißt es vielmehr: wer zuerst kommt, der mahlt zuerst. Der Gläubiger, der zuerst einen Gegenstand hat pfänden oder eine Forderung mit Beschlag belegen lassen, hat das Recht, zuerst aus dem Erlös dieses Gegenstandes oder aus der beschlagnahmten Forderung befriedigt zu werden. Werden Gegenstände oder Forderungen für mehrere Gläubiger nacheinander gepfändet oder beschlagnahmt, so werden diese Gläubiger — ganz gleich, ob es sich um Lohnforderungen oder andere handelt — in der Reihenfolge der Pfändungen und Beschlagnahmen befriedigt. Ein Vorrecht besteht hierbei nur für den Vermieter, der an den Sachen, die sich in den von ihm vermieteten Räumen befinden, ein Pfandrecht hat. Diesem Pfandrecht muß sogar die Lohnforderung weichen. Sie kann also zum Zurücktreten vor der Forderung des Vermieters gezwungen werden, kann aber bei der Zwangsvollstreckung dieser Art niemals ein Vorrecht vor andern Forderungen verlangen, als das eine, sich zuerst durch Pfändung geltend zu machen.

Aus diesen Gründen kann nicht genug gewarnt werden, Lohnforderungen zu künden. Im Gegenteil: man mache sie immer sofort durch Klage und Pfändung geltend, damit nicht andre zuvorkommen.

Italienische Emigration.

Zeit dem Jahre 1909 ist die italienische Emigration wieder stark im Zunehmen begriffen, doch war diese Zunahme jedenfalls nie so zahlreich wie gerade vom Jahre 1911 auf 1912. Bedenkt man, daß 1911 nur 333 344 Emigranten vorhanden waren, während 1912 711 446 gezählt wurden, so erfährt man sofort die rapide Steigerung. In den europäischen Staaten ist eine Steigerung von 30 405 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, für Amerika ist diese verhältnismäßig noch höher. Aus den Statistiken ist zu ersehen, daß für die europäischen Länder, speziell die Provinzen Venedig, Lombardien, Piemont, Toskana und Emilia in Betracht kommen, während die übrigen sich größtenteils den überseeischen Ländern zuwenden. 81,5 Prozent waren männlichen Geschlechts, wovon 7,7 Prozent unter 15 Jahren. Nach Berufen geordnet ergibt sich folgendes Bild:

19421 waren in landwirtschaftlichen Betrieben tätig, 189364 Tagelöhner und Erdarbeiter, 86267 Maurer und Steinarbeiter, 76437 in anderen Industrien beschäftigt, 17571 in Dienstverhältnissen.

Namen der Provinzen	Auf je 10000 Einwohner emigrieren
Galabrie	3350
Abruzzi	3245
Apulien	3125
Venedig	3205
Lombardien	2955
Sizilien	2517
Liguria	2045
Kampanien	2025
Piemonte	1904
Lombardien	1564
Im ganzen Königreich (Durchschnitt)	2044

Und nun dürfte uns noch interessieren, in welche Länder alle diese Emigranten sich begeben; darüber gibt folgende Tabelle Auskunft:

Nach dem russischen Europa	1372
Schweden, Norwegen, Dänemark	205
England, Irland	3563
Belgien, Niederlande	3570
Frankreich	74089
Schweiz	89258
Deutschland	75507
Dänemark	24157
Ungarn	7853
Spanien, Portugal	709
Balkanstaaten	3671
Ägypten	15725
Indien	423
Amerika	390718

Aus diesen Zahlen ersehen wir, daß die italienische Emigration eine nicht unbedeutende Sache ist und es ist deshalb nur allzu sehr bedauerlich, daß man sich bisher nicht um die Bildung der Emigranten zu beschäftigen. Denn nur die mangelhafte Bildung der italienischen Arbeiter begründet heute noch deren Konkurrenz mit den Arbeitern anderer Länder.

Ein Nachwort zum Gewerkschaftsprojekt in Kbln.

Nun der bekannte Gewerkschaftsprozeß hinter uns liegt und z. T. in der Presse schon eine kritische Würdigung erfahren hat, ist es an der Zeit, auch unterseits den gerichtlichen Verhandlungen und der Kritik entgegenzutreten.

Da fällt uns zunächst auf das Nachwort, das der berufene Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald, in der kölnischen Volkszeitung vom 24. 12. dem Prozeß gewidmet hat.

In diesem Artikel interessiert uns ganz besonders folgende Stelle:

Die Bedeutung des Prozesses liegt nicht auf prozessuellem Gebiete, liegt nicht in der Bestrafung der sozialdemokratischen Redakteure und in der Ehrenrückführung für die christlichen Gewerkschaftsführer, sondern in der bedeutsamen Klärung der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens.

Was hier bemerkt wird, ist richtig. Die Bedeutung des Prozesses liegt weniger auf prozessuellem Gebiete und in der Bestrafung der sozialdemokratischen Redakteure und in der Ehrenrückführung, die der Pastor Witz, der Redakteur der bekannten Zeitschrift Warburg, den christlichen Gewerkschaftsführern entgegen dem Willen seines Rechtsbeistandes abgab. Mit Recht hob der Anwalt der Privatkläger Stegerwald und Genossen im Prozeß hervor, daß andere Leute als die sozialdemokratischen Redakteure auf die Anklagebank geführt hätten, und zwar diejenigen, die die inkriminierten Mitteilungen über die christlichen Gewerkschaften in die Welt gesetzt hatten.

Es ist nun rund ein Jahr her, als die italienische, darunter auch die vatikanische, Presse von der förmlichen Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften der katholischen Kirche gegenüber berichtete. Die bekannte Kölner Korrespondenz hat dann die Frage nicht mehr fallen lassen und ist immer und immer wieder auf diese Unterwerfung, die sie als Lausage hinstellte, zu sprechen gekommen. Im Januar 1913 erschien dann ein Aufsatz erregender Art in der 'Berliner Volkszeitung', die auf eine Broschüre des Kaplan Schopenhauers Bezug nahm, und in dem bekanntgegeben wurde, wie die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften vor sich gegangen sein sollte; gleichzeitig wurde dargelegt, in welcher Weise die christlichen Gewerkschaftsführer einen Pakt mit den Großindustriellen im Hinblick abgeschlossen hätten. In derselben Zeit wiederholte die 'Münchener Zeitschrift' Janus das, was die Berliner Volkszeitung geschrieben hatte. Hier wurde aber noch weiter dargelegt, warum der Pakt den christlichen Gewerkschaften eine Salbung gewährt. Die Grundbedingung sollten einen antehilichen Peter'spennig die Meinung des Papstes zugunsten der christlichen Gewerkschaften 'gedreht' haben. Diese wieder hätten sich verpflichtet, bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 im Rückzug für die national-liberalen Kandidaten und gegen die sozialdemokratischen zu stimmen; ebenso sollten sich die christlichen Gewerkschaften verpflichten haben, den drohenden Streik der Ruhrbergleute durch Streikbruch zu brechen. Um den Pakt hinsichtlich der christlichen Gewerkschaften zu beruhigen, hätten die christlichen Gewerkschaftsführer am Tage vor dem Essen christlichen Gewerkschaftskongress in Köln sich den päpstlichen Anforderungen in der Gewerkschaftsfrage unterworfen. Die christlichen Gewerkschaftsführer hätten die Defektheit getuscht, als sie in Essen erklärten, die christlichen Gewerkschaften würden bleiben, was sie waren. Alles das schilderte das Berliner Organ und die angesehene Zeitschrift unter Darlegung der näheren Umstände. Die Bergarbeiterzeitung griff damals diese Mitteilungen auf und gab sie weiter, ohne daß eine Richtigstellung oder eine Klärung gegen eines der genannten Organe seitens der christlichen Gewerkschaftsführer erfolgte. An der Besprechung der Dinge beteiligte sich auch ein bekanntes kirchliches Blatt und später die Warburg und hierauf erneut wieder die Bergarbeiterzeitung. Dann erst nahm nach mehr als einem halben Jahre eine Parteikorrespondenz die Sache auf und auch die Rheinische Zeitung mit einigen selbständigen Artikeln. Die christlichen Gewerkschaftsführer, nachdem sie mehr als ein halbes Jahr hindurch geschwiegen hatten, strengten nunmehr gegen die Warburg und eine Reihe Parteiorgane Klage an. Wir halten ein solches Vorgehen der christlichen Gewerkschaftsführer für unerhört. Nicht die Urheber der sogenannten Verdächtigungen saßen sie an, sondern die Verbreiter, die in gutem Glauben die vorhergegangenen, bisher unüberlegten Darstellungen für wahr hielten! Wie Rechtsanwalt Heine im Prozeß sagte, gingen die christlichen Gewerkschaftsführer so vor, weil sie glaubten, die Gerichte brähten 'sozialdemokratischen Sündern' ein besseres Verhältnis entgegen als bürgerlichen Redakteuren. In dieser Stelle sei dann auch gesagt, daß die Darstellungen im Janus von einem Journalisten unter dem Pseudonym 'Spektator alter' gezeichnet waren. Dieser 'Spektator alter' trat nach bis wenige Tage vor dem Prozeß mit aller Bestimmtheit für die Wahrheit aller von ihm gezeichneten Darstellungen ein und mit ihm auch noch andere. Man konnte also mit einiger Mühe den Prozeßverhandlungen entgegensehen. Die Ueberzeugung, daß in dem kommenden Prozeß Klarheit über die in den letzten Jahren eingeschlagene Taktik der christlichen Gewerkschaften gegeben werden konnte, ließ darüber hinwegsehen, daß etwa wegen formeller Beileidigung der christlichen Gewerkschaftsführer dieser oder jener Redakteur der Parteiorgane betroffen werden könne. Es kam darauf an, zu wissen, was wahr an den von der Berliner Volkszeitung und dem Janus und von anderer bürgerlicher Seite erhobenen Beschuldigungen war.

Klärung sollte werden. — Wir nehmen die Worte Stegerwalds aus obigem Zitat auf: 'Die christlichen Gewerkschaften zu den wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens stehen.' Über besser gesagt, ob vor Gericht sich unsere über die christlichen Gewerkschaften gewonnene Meinung erweist, und zwar an der Hand bestimmter Tatsachen, bestreiten würde. Und da muß gesagt werden, die Einzelheiten, die sich in den Darstellungen der Berliner Volkszeitung und des Janus vorfinden, sind nicht restlos bewiesen worden. Daher erfolgte Bestrafung der sozialdemokratischen Redakteure, die diese Darstellungen übernommen und hier und da mit herbe, aber doch verständlicher Artikel begleitet hatten. Wenn die Strafen auch schmerzen, so bleibt uns doch die Genugtuung, daß der Prozeß vieles und manches enthüllt hat, was die christlichen Gewerkschaften als eine besonders schlimme Arbeiterverleumdung charakterisiert und bloßstellt. Der Prozeß hat eine Fülle von Material gegen die christlichen Gewerkschaften ans Tageslicht gefördert. Das machte dem Anwalt der Privatkläger schon in den ersten Stunden der dreitägigen Verhandlungen schmerzlich. Er hat mehr wie einmal das Gericht, die Beweisführung auf den engen Rahmen der inkriminierten Stellen in den Artikeln zu beschränken, 'Sonn' — so meinte der Anwalt — werden die letzten Dinge schlimmer sein, wie die ersten.' Das Gericht kam den Wünschen des Anwalts nur auf halbem Wege entgegen. Daher mußten die christlichen Gewerkschaftsführer in der Verhandlung mehr hören und auf mehr Fragen Rede und Antwort stehen, als ihnen lieb war.

Und nun zu dem Ergebnis des Prozesses. Wer die Verhandlungen genau verfolgt hat, der wird die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß von einer Selbständigkeit und einer Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von der katholischen Kirche keine Rede sein kann. Wir haben schon früher diese Unabhängigkeit angezweifelt und nun dies heute nach den Prozeßergebnissen erst recht. Was mußte Herr Stegerwald nicht alles von der Unterwerfung zu erzählen, die die päpstliche Gewerkschaftsagentur im christlichen Gewerkschaftslager hervorgerufen hatte. 'Ich habe', so führte Herr Stegerwald am Gericht aus, 'nach Erscheinen der Enzyklika viele Nächte keinen Schlaf gefunden.' Die Enzyklika hat den christlichen Gewerkschaftsbau schwer erschüttert, und daher wurde es nicht nur im christlichen Gewerkschaftslager lebendig, sondern auch Leute an anderen wichtigen Stellen wurden aufgeschreckt. Sie machten sich auf, um bei den Kirchenbehörden für die christlichen Gewerkschaften ein gutes Wort zu bitten. Daß die Reichsregierung zugunsten der christlichen Gewerkschaften interveniert hat, ist im Prozeß gegeben worden. Und wie froh war man im christlichen Gewerkschaftslager, als man dem christlichen Kongress in Essen, der 24

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 1.

Sonnabend, den 3. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Die sozialpolitischen Ergebnisse des letzten Jahres für das Reich.

Der arbeiterfeindliche Zug, der die Sozialpolitik des Reichs beherrscht, ist vielleicht in keinem früheren Jahre so sehr zutage getreten wie in dem jetzt abgelaufenen Jahre.

Das hat zunächst seinen Grund darin, daß das Reich vor einer wichtigen Aufgabe stand, die den Regierungen allein oblag, bei der daher die maßgebenden Herren in den Regierungen ganz allein dem Zuge ihres Herzens folgen konnten. Diese Aufgabe ist die Vorarbeit für die neue Krankenversicherung nach dem zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung, das am 1. Januar 1914 in Kraft getreten ist.

Bei der Forderung der Bestimmungen über die Krankenversicherung haben sich alle arbeiterfeindlichen Kreise vereinigt, um in den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu beseitigen, weil es sich nur zu gut bewährt hatte, und daraus auch der letzte Arbeiter lernen konnte, daß die Arbeiter nicht mehr die Vormundschaft der Unternehmer brauchen, sondern daß sie selbst am besten ihre Angelegenheiten regeln können. Da unsere Gegner aber nicht wagten, offen die Unternehmer zu den Herren der Krankenkassen der Arbeiter zu machen, so übertrugen sie den Aufsichtsböden das entscheidende Wort für die Leitung der Krankenkassen. Daher hatten die Behörden auch bei den Vorarbeiten für die Durchführung der neuen Krankenversicherung fast überall hineinzureden. Und sie haben es nur zu oft und nur zu sehr in dem Sinne getan, wie es die Gegner der Arbeiter erwarteten. Bei der Bildung der neuen Krankenkassen, bei der Zulassung besonderer Ortskrankenkassen und Ersatzkrankenkassen, bei der Übernahme der bisherigen Kasseneinrichtungen, bei den Wahlen der Aufsichtsratsmitglieder, bei der Ernennung des Kassenvorstandes, bei der Verwendung der Kassennittel usw. haben die Arbeiter wieder einmal sehen müssen, wie es ihnen ergeht, wenn sie auf das Verständnis und auf das Entgegenkommen der Behörden angewiesen sind. Wie viele Beschwerden gelangten in die Öffentlichkeit! Wie viel Erbitterung ist hier erregt worden.

Bisher war es die Unfallversicherung, die am meisten den Arbeitern zu Klagen Anlaß gegeben hat. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wird es den Arbeitern in den neuen, von den Aufsichtsböden beherrschten Krankenkassen vermutlich nicht besser ergehen als in der Unfallversicherung.

Leider beeinflusst diese Entwicklung unserer Reichs-Arbeiterversicherung immer mehr die Rechtsprechung in den Streitfällen über Arbeiterversicherungsfragen. Das Reichsversicherungsamt hat das neue Recht in manchen wichtigen Fragen so sehr zum Schaden der Arbeiter ausgelegt, daß die Entscheidungen nach unserer Überzeugung sogar im Widerspruch zu dem Sinn und dem Zweck des Gesetzes stehen.

Unsre Unternehmer möchten eine ähnliche Entwicklung der Rechtsprechung auch über die Streitfälle des gewerblichen Arbeitsvertrags herbeiführen. Sie haben sich im letzten Jahre mit ganz besonderem Eifer bemüht, Stimmung dafür zu machen. Das geht jedoch hier nicht so leicht, wie sie es wünschen. Die Mitwirkung namentlich der Arbeitervertreter in den Gewerbegerichten hat sich immer aufs beste bewährt und sorgt dafür, daß hier die Rechtsauffassung der Arbeiter mehr als in den andern Gerichten zur Geltung kommt. Das ist für die Unternehmer ein genügender Grund zum Sturm gegen die Gewerbegerichte zu laufen. Im letzten Jahre sind sie mit ihrer Forderung, daß die Gewerbegerichte beseitigt oder wenigstens „unschädlich“ gemacht werden, offener und dreister als früher hervorgetreten.

Kein Wunder! Haben sich doch in diesem Jahre alle arbeiterfeindlichen Kreise zu einem gemeinsamen Vorstoß

und planmäßigen Feldzuge gegen die wichtigsten Rechte und Forderungen der Arbeiter verbunden. Die Großindustriellen, die Agrarier und die Mittelständler haben ein Schutz- und Trugbündnis abgeschlossen, um die Arbeiter ganz unter ihre Faust zu bringen, ihnen das Vereinigungs- und Streikrecht zu entziehen und jede Verbesserung des gesetlichen Arbeiterschutzes sowie die weitere Verbreiterung der „Versicherungsscheuche“ — wie sich der Geh. Kommerzienrat Vorster aus Köln, ein Vorstandsmittglied des Zentralverbands deutscher Industrieller, auszudrücken beliebt — zu verhindern.

Und wehe dem, der ihnen entgegenzutreten wagt, der noch ein gutes Wort für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung sagt. Sogar über die mehr als vorfichtigen Herren von der Gesellschaft für soziale Reform, alles gutgeheinte bürgerliche Herren, ist die wilde Schär unter der Führung der Arbeitergezeitung hergefallen und hat sie als Umstürzler, als Schürer des Klassenhasses denunziert.

Bei den Regierungen sind diese Bestrebungen nicht ohne Erfolg geblieben. Trotz der langen Reihe von Forderungen, die die Arbeiterverbände jedes Jahr wiederholen müssen, haben die Regierungen keine einzige Arbeiterschutzvorlage dem Reichstage zugestellt. Außer einigen ungenügenden Arbeiterschutzverordnungen ist nur das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien erwähnenswert, das im wesentlichen die Gleichstellung der Angehörigen beider Staaten für die als gleichwertig erachteten Zweige der Arbeiterversicherung bezweckt.

Für die Angestellten freilich sind die Regierungen mit zwei Vorlagen herausgetreten. Die Vorschläge sind aber auch danach: sie entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Angestellten. Und als der Reichstag unter dem Druck der 110 Sozialdemokraten versuchte, die erste Vorlage, die die Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot im Handeltgewerbe ändern soll, wenigstens einigermaßen zu verbessern, da erklärten die Regierungen die Änderungen für unannehmbar und haben dadurch bis jetzt das Zustandekommen des geplanten Fortschritts vereitelt.

In den Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnot haben es die Regierungen gerade an dem wichtigsten fehlen lassen. In dem Kampfe für die Arbeitslosenversicherung hat das Reich vollständig versagt. Dafür hat sich der Reichsanwalt um ja bereitwilliger erklärt, gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter vorzugehen, wenn er dazu im Reichstag die nötige Unterstützung fände.

Und die maßgebenden bürgerlichen Parteien werden dazu sicher die Hand bieten, wenn sie glauben, daß sie es sich den Arbeitern gegenüber erlauben können. Denn eine solche Haltung der Reichsverwaltung ist nur möglich, weil sie den Wünschen der maßgebenden bürgerlichen Parteien entspricht.

Daher ist das abgelaufene Jahr eine trübselige Märkte für die Arbeiter. Sie können sich nicht das Vereinigungs- und Streikrecht entziehen lassen, weil sie ohne diese Rechte wehrlos der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben wären. Sie müssen sich im Gegenteil mit allen Kräften einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. Um ihre Verhältnisse mehr und mehr zu verbessern. Dazu bedarf es auch bedeutender Fortschritte auf dem Gebiete des gesetlichen Arbeiterschutzes und der Reichsarbeiterversicherung. Die Vereinheitlichung und der zweckmäßigen Aufbau des Arbeiterrechts, die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung, eine untern Bedürfnissen entsprechende Arbeitslosenversicherung: diese und manche weitere Forderungen sind dringend. Durchgeführt müssen sie werden, weil die wirtschaftliche Entwicklung sie zu einem Gebote der Notwendigkeit gemacht hat. Je länger aber unsere Gegner ihre Durchführung verzögern, um so schwerer leiden darunter die Arbeiter, um so nach-

telliger ist es für die Gesamtheit. Deshalb müssen die Arbeiter im neuen Jahre mehr als je auf dem Posten sein: sie müssen den Kampf gegen die Anmaßungen der Unternehmer und für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung mit allem Nachdruck führen.

Auch ein Kapitel zur Arbeitslosenunterstützung.

Die „Arbeiterzeitung“ befaßt sich mit obigem Thema sehr eingehend und nimmt dabei besonders auf die Steindustrie Bezug. Sie schildert dabei die Arbeitsverhältnisse, welche in der Steindustrie herrschen sollen, in der rosigsten Weise. Das Blatt schreibt:

In einer Zeit der niedergehenden Konjunktur, in der die Arbeitslosigkeit immer mehr zunimmt und sich das allgemeine Interesse im erhöhten Maße den Arbeitslosen zuwendet, erscheint es wohl angezeigt, auf eine Industrie hinzuweisen, in welcher von einem Überangebot an Arbeitskräften noch nicht entfernt die Rede ist (1) wo vielmehr von Jahr zu Jahr mehr Ausländer, namentlich Italiener und Polen, herangezogen werden müssen, um die notwendigen Arbeitskräfte zu beschaffen.

Es ist dies die Hartsteinindustrie, also die Industrie der Basalte, Porphyre, Melaphyre, Quarzite, Grauwalle usw., welche Gesteinsarten wegen ihrer Härte für den Straßen- und Eisenbahnbau das gesuchte Material bilden und deren Verbrauch in den letzten Jahren sehr gewaltig zugenommen hat.

Die weitere natürliche Folgeerscheinung hiervon war, daß nicht nur eine ganze Reihe neuer Hartsteinwerke erschlossen, sondern auch die bestehenden bedeutend erweitert wurden, so daß sich in manchen Gegenden mit stark entwickelter Steinbruchindustrie bald ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften geltend machte, der — wie bereits oben erwähnt — leider in immer größerem Umfange zum Heranziehen ausländischer Arbeiter führte.

Da es nun selbstverständlich ist, daß diese fremden Arbeiter zur Vermehrung der einheimischen Arbeitslosen nicht unweilentlich beitragen, weil sie bis zum Eintritt des Winters, ja selbst zum Teil den ganzen Winter hindurch in deutschen Steinbrüchen beschäftigt werden, so soll hier nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß gerade die Hartsteinindustrie einem großen Teil der Arbeitslosen, wenn nur der feste Wille zur Arbeit vorhanden wäre, sehr wohl Gelegenheit bieten würde, sich den ganzen Winter hindurch bis zum Eintritt passender, anderweitiger Arbeitsgelegenheit auskömmlichen Verdienst zu verschaffen.

Dies nun weniger durch die Arbeit in den Fröhen selbst, wozu sich schließlich nicht jedermann eignet, wohl aber in den Nebenbetrieben und besonders beim Zerleinern der Steine zu Strahenschotter. Denn obwohl die Hauptmasse des Steinschotters heutzutage von Steinbrechmaschinen hergestellt werden, welche klopfgroße Steine des härtesten Materials spielend zermahlen, so fällt dieser sogenannten Maschinenabfälle doch für gewöhnlich nicht so gut aus, daß er den hohen Anforderungen des heutigen Hochbaues voll und ganz entsprechen könnte, weshalb die Herstellung der besseren Schotterfortimente von Hand auch heute noch überall Brauch ist. Und gerade deswegen soll hier auf das Zerleinern der Steine mit der Hand hingewiesen werden, weil es eine Arbeit ist, welche unabhängig von der Witterung, gegen welche ein leichtes Schutzdach oder ein Bretterdach genügend Schutz gewährt, den ganzen Winter hindurch ihren Mann ernährt. Weil diese Arbeit ferner keiner besonderen längeren Schulung bedarf, sondern bei einigen Geschick und gutem Willen schon in einigen Tagen zu erlernen ist. Weil sie ferner zu den leichteren Arbeiten gehört, die z. B. in vielen städtischen Steinbrüchen auch von Frauen ausgeführt wird, die mit dieser Arbeit oft genug nicht viel weniger verdienen wie ihr in denselben Betrieben arbeitender Mann, wie am Lohnstage nicht selten konstatiert werden kann. Denn — der letzte nicht zuletzt — diese Arbeit wird durchaus nicht schlecht bezahlt, so daß ein Durchschnittsarbeiter auf einen Tagesverdienst von 3 bis 5 Mk. (!) (jeits mit Sicherheit rechnen kann, was für ländliche Verhältnisse mit ihrer billigeren Lebenshaltung als völlig ausreichend bezeichnet werden muß. Dabei besteht das ganze Handwerkszeug des Handschlägers aus zwei bis drei kleinen, einem größeren Hammer und einer Schaufel zum Fortschaffen der fertig geschlagenen Steine, wobei bemerkt werden soll, daß selbst das wenige Geschirrt häufig von der

Wie alt ist das deutsche Volk?

Wenn man sich und seinen Bekannten diese Frage vorlegt, wird man sofort darauf stoßen, daß der Begriff des Wortes „Volk“ durchaus unklar ist. Denn man wird kaum geneigt sein, die verschiedenen Stämme der Völkerwanderungszeit insgesamt als „deutsches Volk“ zu bezeichnen, während doch aus diesen Franken, Alemannen, Thüringern, Arien, Goten, Vandalen, Longobarden etc. die Bevölkerung des heutigen Deutschlands hervorging. Allerdings nicht ohne einen erheblichen Bruchteil einwanderender römischer Kolonen und einen noch größeren von längst ansässigen Kelten,erner Sorben, Wendon und andern slawischen Völkern in sich aufgenommen zu haben: ja, doch Slawen noch im Frühmittelalter bis nach Hannover und vertrat doch noch heute ein ganz erheblicher Teil der sächsischen (Leipzig, Dresden, Chemnitz) und preussischen (Breslau, Stettin, Potsdam) Ortsnamen den slawischen Ursprung. Weiß man aber auch noch, daß z. B. gar nicht geringfügige Vermischungen mit Polen im Osten bis in unsere Tage stattfinden, daß im Laufe der Geschichte immer wieder Dänen, Hunnen (die Hunnenländer im bairischen Giesingau), Türken (die Bevölkerung der Münchner Vorstadt Au hat türkischen Ursprung, da im 17. Jahrhundert dort eine große Zahl türkischer Gefangenener angeführt wurde), Araber und andre sich mit deutschem Blut vermischten, wird man bald einen lebendigen Begriff davon haben, wie sehr jedes „Volk“ im Laufe der Geschichte ist und daß es nur einen sehr allgemeinen Sinn hat von einem französischen, italienischen, russischen oder deutschen Volk zu sprechen. Gegen die äußersten Grenzen der Geschichte zu verweist sich dieser schwankende Begriff des Volkes noch mehr und mehr für die Jahrhunderte vor den ersten Nachrichten, welche die Phönizier über die Bernsteinküste und deren „frischliche Bewohner“ brachten, ist es unmöglich, einzelne Völker in den vorgeschichtlichen Münden auseinander zu halten. Wir sprechen da nur mehr von einem germanischen oder nordwesteuropäischen Kulturkreis, von einer nordwesteuropäischen „Rasse“ und fassen damit die gesamte Bevölkerung Frankreichs, Deutschlands, Dänemarks, Osterrichts und des westlichen Auflands zusammen, eigentlich nur als Gegenstück zur mediterranen Rasse mit ihrer von Rom, Athen und noch früher den afrikanischen und asiatischen Städten abhängigen Kultur.

Zunächst ist es uns klar, daß der Mensch der Vahlganten, der vorgeschichtlichen Bronze- und Steinzeit auch ein Stück deutschen Auflands zusammen, eigentlich nur als Gegenstück zur mediterranen Rasse mit ihrer von Rom, Athen und noch früher den afrikanischen und asiatischen Städten abhängigen Kultur.

daß dieser Ausprägung von Nationalitäten erst ein Werk fortwährender Kultur, mehr ein künstliches Erzeugnis denn ein natürlicher Vorgang gewesen sei.

Da die Hallstattkultur, die man sich nach den vorhandenen Kunstzeugnissen, mit ihrem Ackerbau, den Streitwagen, Bronzeäxten, Vasen, Schmuckstücken, Bergwerken, Wohnhäusern, Städten, Verkehrsstraßen und ausgedehnten Handelsbeziehungen nicht als gering vorstellen darf, alle Stufen von der einfachen Stein- und Bronzezeit bis zur Eisenzeit durchläuft, so läßt sich die Entwicklung des deutschen Volkes, wenn auch nur in einer allgemeinen nordwesteuropäischen Ausprägung mit ihr viele Jahrhunderte hindurch zurückverfolgen. Jedenfalls weit über die Zeit hinaus, in der nach älterer Auffassung die „Mitteleuropäer“ aus Indien eingewandert sein sollten.

Die Untersuchungen an den in Reihengräbern, Grabhügeln und Aschenstätten gefundenen vorgeschichtlichen Knochenresten haben das gleiche ergeben, und so ist in neuester Zeit die durch die Sprachforscher aufgestellte Lehre, wonach Europäer und Indier als Indoeuropäer dasselbe „Volk“ seien, endgültig verworfen und unsre Wissenschaft ist der sicheren Überzeugung, daß seit ungezählten Jahrhunderten immer die Europäer von heute auf europäischem Boden saßen, freilich innerhalb dieser Grenzen sicherlich vielfach hin und her wanderten.

Es handelt sich hierbei um Zeiten, in denen Jahreszahlen verjahren, die man vielmehr mit Naturereignissen messen muß. Als ich unter Anhaltspunkt hierfür hat sich die Ausbildung und langsame Ausdehnung jener ungeheuerlichen Katastrophen ergeben, die man als die Eiszeit bezeichnet. Sie wurde in ihrer ganzen von den Forschern bis zu einer Million Jahren berechneten Dauer von der europäischen Menschheit miterlebt, denn die ältesten Funde wurden aus Schichten ausgegraben, die sich noch vor der Eiszeit gebildet haben.

Nun reicht die Geschichte der Hallstattmenschen, in die wir auch die Vorgänger der Deutschen einreihen müssen, noch gar nicht bis zur Eiszeit zurück. Aus Rechnungen, die hier darzulegen zu weit führen würde, die aber einen ziemlich genauen Grad von Nichtigkeit vertragen, ist die letzte Vereisung Deutschlands seit etwa 50 000 bis 70 000 Jahren überwunden — die Gegend von Hallstatt, in der sich eine der bedeutendsten Fundstätten vor der nach ihr benannten Kultur fand, allerdings erst seit etwa 20 000 Jahren besiedelt. Die frühesten Reste können daher dort nicht auf ältere sein, sind aber auch anderswo nicht wesentlich älter, denn in ganz Mitteleuropa nirgends Spuren menschlicher Besiedelung. Es müssen damals viele tausend Jahre vergangen sein, ohne daß ein menschliches Wesen durch die Klauen des heutigen Deutschlands ging.

Wohin die Hallstattmenschen kamen, ist uns unbekannt. Nur so viel ist sicher, daß sie es war, da auch Italien und Griechenland

besiedelt hat und mehr als wahrscheinlich ist es, daß sie nicht von Asien gekommen ist.

Zwischen dem 50. und 20. Jahrtausend vor unserm Geschlecht verschwindet also auch die Geschichte unfers Volkes im Dunkel der Vergangenheit.

Vor dem „Hiatus“, der Bestäubungsstücke, wie die Vorgeschichtsforschung diese Tatsache genannt hat, lebte eine hochentwickelte und wohlgebildete Bevölkerung in unserm Land, deren Stämme vollkommene Nordwesteuropäer von heute entsprechen. Es war die nach einem südfranzösischen Fundort benannte Cro-Magnon-Rasse, über deren Kultur gerade die neuesten Forschungen die verwunderlichsten Dinge ausbreiten. Alle die Nachrichten über prächtvolle Malereien und Zeichnungen in Höhlen, die von Zeit zu Zeit durch die Blätter gehen, beziehen sich auf den Cro-Magnon-Menschen; wir wissen durch die rastlosen Forschungen der letzten fünf Jahre, daß diese Menschen hauptsächlich von der Kemntierland lebten, daß sie in Höhlen wohnten, künstlerische Bilder des Mammuts, des Wildpferdes, des Reintiers, sogar des Menschen zeichnen konnten, höckerne Geräte und Werkzeuge hatten, mit Lanze, Pfeil und Fogen jagten, Fellbekleidung trugen, aber Musik machten, Anfänge einer Schrift besaßen, daß sie also im Begriff waren, eine wahre Kultur zu produzieren. Aber sie verschwanden unserm Blick in dem Augenblick, in dem auch das Reintier mit dem letzten Abkömmling der Eiszeiten aus Frankreich, das der Hauptstift dieser „Reintierfranzosen“ war, auswanderte. Man kann es verfolgen, wie immer jüngere Wohnplätze mit der Besserung des Klimas in der Schweiz, in Belgien und Deutschland bis zur Nordsee angelegt werden — dann aber hört jede Spur dieser merkwürdigen Menschen auf. Der Hiatus beginnt etwa im 50. prähistrischen Jahrtausend und dauert bis zum Auftreten der neuen Rasse, die in ununterbrochener Folge Europa seit der Hallstattkultur besiedelt.

Sind die Cro-Magnon-Menschen, die offenbar den nach Norden abziehenden Reintierherden folgten, überhaupt zugrunde gegangen? Oder sind sie bis in die jetzigen Wohnplätze des Reintiers vorgezogen? Der belgische Forscher Brod meint in den Estimos ihre Nachkommen zu sehen. Der angeesehene deutsche Prähistoriker Auerbach erblickt in den Pappländern die Urwelt der Cro-Magnon-Menschen; der nicht weniger angeesehene Anthropologe F. Müller dagegen hat die Hypothese aufgestellt, daß die Reintierfranzosen nach Skandinavien gezogen sind und von dort dann wieder herabdrangen, die Hallstätter, die helleinische, die italienische und die deutsche Kultur begründeten, mit andern Worten, daß sie auch die Vorgänger unfers Volkes sind.

Wenn auch manches zugunsten dieser Ansicht spricht, vor allem die große Wahrscheinlichkeit, daß die Hallstätter Kultur wirklich viel Nordisches hat, so läßt sich doch nichts Bestimmtes darüber behaupten und wir müssen uns damit bescheiden, die Anfänge unfers Volkes und unrer Kultur schon nach — an der hunderttausendjährigen Geschichte der Menschheit gemessen — relativ kurzer Zeit im Nebel der Vergangenheit untertauchen zu sehen.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 1.

Sonnabend, den 3. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Die sozialpolitischen Ergebnisse des letzten Jahres für das Reich.

Der arbeiterfeindliche Zug, der die Sozialpolitik des Reichs beherrscht, ist vielleicht in keinem früheren Jahre so sehr zutage getreten wie in dem jetzt abgelaufenen Jahre.

Das hat zunächst seinen Grund darin, daß das Reich vor einer wichtigen Aufgabe stand, die den Regierungen allein oblag, bei der daher die maßgebenden Herren in den Regierungen ganz allein dem Zuge ihres Herzens folgen konnten. Diese Aufgabe ist die Vorarbeit für die neue Krankenversicherung nach dem zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung, das am 1. Januar 1914 in Kraft getreten ist.

Bei der Aenderung der Bestimmungen über die Krankenversicherung haben sich alle arbeiterfeindlichen Kreise vereinigt, um in den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu beseitigen, weil es sich nur zu gut bewährt hatte, und daraus auch der letzte Arbeiter lernen konnte, daß die Arbeiter nicht mehr die Vormundschaft der Unternehmer brauchen, sondern daß sie selbst am besten ihre Angelegenheiten regeln können. Da unsre Gegner aber nicht wagten, offen die Unternehmer zu den Herren der Krankenkassen der Arbeiter zu machen, so übertrugen sie den Aufsichtsbeförden das entscheidende Wort für die Leitung der Krankenkassen. Daher hatten die Behörden auch bei den Vorarbeiten für die Durchführung der neuen Krankenversicherung fast überall hineinzureden. Und sie haben es nur zu oft und nur zu sehr in dem Sinne getan, wie es die Gegner der Arbeiter erwarteten. Bei der Bildung der neuen Krankenkassen, bei der Zulassung besonderer Ortskrankenkassen und Ersatzkrankenkassen, bei der Übernahme der bisherigen Kassenbeamten, bei den Wahlen der Ausschussmitglieder, bei der Genehmigung des Kassenvorstandes, bei der Verwendung der Kassensmittel usw. haben die Arbeiter wieder einmal sehen müssen, wie es ihnen ergeht, wenn sie auf das Verständnis und auf das Entgegenkommen der Behörden angewiesen sind. Wie viele Beschwerden gelangten in die Öffentlichkeit! Wie viel Erbitterung ist hier erregt worden.

Bisher war es die Unfallversicherung, die am meisten den Arbeitern zu Klagen Anlaß gegeben hat. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wird es den Arbeitern in den neuen, von den Aufsichtsbehörden beherrschten Krankenkassen vermutlich nicht besser ergehen als in der Unfallversicherung.

Leider beeinflußt diese Entwicklung unsrer Reichsversicherungsorganisation immer mehr die Rechtsprechung in den Streitfällen über Arbeiterversicherungsfragen. Das Reichsversicherungsamt hat das neue Recht in manchen wichtigen Fragen so sehr zum Schaden der Arbeiter ausgenutzt, daß die Entscheidungen nach unsrer Ueberzeugung sogar im Widerspruch zu dem Sinne und dem Zweck des Gesetzes stehen.

Unsre Unternehmer möchten eine ähnliche Entwicklung der Rechtsprechung auch über die Streitfälle des gewerblichen Arbeitsvertrags herbeiführen. Sie haben sich im letzten Jahre mit ganz besonderem Eifer bemüht, Stimmung dafür zu machen. Das geht jedoch hier nicht so leicht, wie sie es wünschen. Die Mitwirkung namentlich der Arbeitervertreter in den Gewerbegerichten hat sich noch immer aufs beste bewährt und sorgt dafür, daß hier die Rechtsauffassung der Arbeiter mehr als in den anderen Gerichten zur Geltung kommt. Das ist für die Unternehmer ein genügender Grund Sturm gegen die Gewerbegerichte zu laufen. Im letzten Jahre sind sie mit ihrer Forderung, daß die Gewerbegerichte beseitigt oder wenigstens „unschädlich“ gemacht werden, offener und — dreister als früher hervorgetreten.

Kein Wunder! Haben sich doch in diesem Jahre alle arbeiterfeindlichen Kreise zu einem gemeinsamen Vorstoß

und pflanzenmäßigem Feibuge gegen die wichtigsten Rechte und Forderungen der Arbeiter verbunden. Die Großindustriellen, die Agrarier und die Mittelständler haben ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, um die Arbeiter ganz unter ihre Faust zu bringen, ihnen das Vereinigungs- und Streikrecht zu entziehen und jede Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes sowie die weitere Verbreiterung der „Versicherungsheuschrecke“ — wie sich der Geh. Kommerzienrat Vorster aus Köln, ein Vorstandsmitglied des Zentralverbands deutscher Industrieller, auszudrücken beliebte — zu verhindern.

Und wehe dem, der ihnen entgegenzutreten wagt, der noch ein gutes Wort für den Ausbau unsrer sozialen Gesetzgebung jagt. Sogar über die mehr als vorfichtigen Herren von der Gesellschaft für soziale Reform, alles gutgeleitete bürgerliche Herren, ist die wilde Schar unter der Führung der Arbeitgeberzeitung hergefallen und hat sie als Umstürzler, als Schützer des Klassenhasses denunziert.

Bei den Regierungen sind diese Bestrebungen nicht ohne Erfolg geblieben. Trotz der langen Reihe von Forderungen, die die Arbeiterverbände jedes Jahr wiederholen müssen, haben die Regierungen keine einzige Arbeiterschutzesverordnung dem Reichstage zuge stellt. Außer einigen ungenügenden Arbeiterschutzesverordnungen ist nur das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien erwähnenswert, das im wesentlichen die Gleichstellung der Angehörigen beider Staaten für die als gleichwertig erachteten Zweige der Arbeiterversicherung bezweckt.

Für die Angestellten freilich sind die Regierungen mit zwei Vorlagen herausgetreten. Die Vor schläge sind aber auch danach: sie entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Angestellten. Und als der Reichstag unter dem Druck der 110 Sozialdemokraten verjagte, die die Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot im Handelsgewerbe ändern soll, wenigstens einigermaßen zu verbessern, da erklärten die Regierungen die Aenderungen für unannehmbar und haben dadurch bis jetzt das Zustandekommen des geplanten Fortschritts vereitelt.

In den Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnot haben es die Regierungen gerade an dem wichtigsten fehlen lassen. In dem Kampfe für die Arbeitslosenversicherung hat das Reich vollständig versagt. Dafür hat sich der Reichskanzler um so bereitwilliger erklärt, gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter vorzugehen, wenn er dazu im Reichstag die nötige Unterstützung fände.

Und die maßgebenden bürgerlichen Parteien werden dazu sicher die Hand bieten, wenn sie glauben, daß sie es sich den Arbeitern gegenüber erlauben können. Denn eine solche Haltung der Reichsverwaltung ist nur möglich, weil sie den Wünschen der maßgebenden bürgerlichen Parteien entspricht.

Daher ist das abgelaufene Jahr eine ernste Mahnung für die Arbeiter. Sie können sich nicht das Vereinigungs- und Streikrecht entziehen lassen, weil sie ohne diese Rechte wehrlos der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben wären. Sie müssen sich im Gegenteil mit allen Kräften einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen, um ihre Verhältnisse mehr und mehr zu verbessern. Dazu bedarf es auch bedeutender Fortschritte auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Reichsarbeiterversicherung. Die Vereinheitlichung und den zweckmäßigen Aufbau des Arbeiterrechts, die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung, eine unjern Bedürfnissen entsprechende Arbeitslosenversicherung: diese und manche weitere Forderungen sind dringend. Durchgeführt müssen sie werden, weil die wirtschaftliche Entwicklung sie zu einem Gebote der Notwendigkeit gemacht hat. Je länger aber unsre Gegner ihre Durchführung verzögern, um so schwerer leiden darunter die Arbeiter, um so nach-

teiliger ist es für die Gesamtheit. Deshalb müssen die Arbeiter im neuen Jahre mehr als je auf dem Posten sein: sie müssen den Kampf gegen die Anmaßungen der Unternehmer und für den Ausbau unsrer sozialen Gesetzgebung mit allem Nachdruck führen.

Auch ein Kapitel zur Arbeitslosenunterstützung.

Die „Arbeiterzeitung“ befaßt sich mit obigem Thema sehr eingehend und nimmt dabei besonders auf die Steinindustrie Bezug. Sie schildert dabei die Arbeitsverhältnisse, welche in der Steinindustrie herrschen sollen, in der rosigsten Weise. Das Blatt schreibt:

In einer Zeit der niedergehenden Konjunktur, in der die Arbeitslosigkeit immer mehr zunimmt und sich das allgemeine Interesse im erhöhten Maße den Arbeitslosen zuwendet, erscheint es wohl angezeigt, auf eine Industrie hinzuweisen, in welcher von einem Ueberangebot an Arbeitskräften noch nicht entfernt die Rede ist (!) und vielmehr von Jahr zu Jahr mehr Ausländer, namentlich Italiener und Polen, herangezogen werden müssen, um die notwendigen Arbeitskräfte zu beschaffen.

Es ist dies die Hartsteinindustrie, also die Industrie der Saalste, Porphyre, Melaphyre, Quarzite, Grauwacke usw., welche Gesteinsarten wegen ihrer Härte für den Straßen- und Eisenbahnbau das gefürteste Material bilden und deren Verbrauch in den letzten Jahren ganz gewaltig zugenommen hat.

Die weitere natürliche Folgeerscheinung hiervon war, daß nicht nur eine ganze Reihe neuer Hartsteinbrüche erschlossen, sondern auch die bestehenden bedeutend erweitert wurden, so daß sich in manchen Gegenden mit stark entwickelter Steinbruchindustrie bald ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften geltend machte, der — wie bereits oben erwähnt — leider in immer größerem Umfang zum Heranziehen ausländischer Arbeiter führte.

Da es nun selbstverständlich ist, daß diese fremden Arbeiter zur Vermehrung der einheimlichen Arbeitslosen nicht unweilentlich beitragen, weil sie bis zum Eintritt des Winters, so selbst zum Teil den ganzen Winter hindurch in deutschen Steinbrüchen beschäftigt werden, so soll hier nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß gerade die Hartsteinindustrie einem großen Teil der Arbeitslosen, wenn nur der selbe Wille zur Arbeit vorhanden wäre, sehr wohl Gelegenheit bieten würde, sich den ganzen Winter hindurch bis zum Eintritt passender, anderweitiger Arbeitsgelegenheit auskömmlichen Verdienst zu verschaffen.

Dies nun weniger durch die Arbeit in den Brüchen selbst, wozu sich schließlich nicht jedermann eignet, wohl aber in den Nebenbetrieben und besonders beim Zerklleinern der Steine zu Stroßenschotter. Denn obgleich die Hauptmassen des Steinbrüchlers heutzutage von Steinbrechmaschinen hergestellt werden, welche Kopsgröbe Steine des härtesten Materials spielend zerhacken, so fällt dieser sog. Maschinenschlag doch für gewöhnlich nicht so gut aus, daß er den hohen Anforderungen des heutigen Abgebauens voll und ganz entsprechen könnte, weshalb die Herstellung der besseren Schotterfortimente von Hand auch heute noch überall Brauch ist. Und gerade deswegen soll hier auf das Zerklleinern der Steine mit der Hand hingewiesen werden, weil es eine Arbeit ist, welche unabhängig von der Witterung, gegen welche ein leichtes Schuttbach oder ein Bretterschirm genügend Schutz gewährt, den ganzen Winter hindurch ihren Mann ernährt. Weil diese Arbeit ferner keiner besonderen längeren Schulung bedarf, sondern bei einigem Geschick und gutem Willen schon in einigen Tagen zu erlernen ist. Weil sie ferner zu den leichteren Arbeiten gehört, die z. B. in vielen schächeligen Steinbrüchen auch von Frauen ausgeführt wird, die mit dieser Arbeit oft genug nicht viel weniger verdienen wie ihr in denselben Betrieben arbeitender Mann, wie am Sonntag nicht selten konstatiert werden kann. Denn — der letzte nicht zuletzt — diese Arbeit wird durchaus nicht schlecht bezahlt, so daß ein Durchschnittsarbeiter auf einen Tagesverdienst von 3 bis 5 M. (!) stets mit Sicherheit rechnen kann, was für ländliche Verhältnisse mit ihrer billigeren Lebenshaltung als völlig ausreichend bezeichnet werden muß. Dabei besteht das ganze Handwerkszeug des Handschlägers aus zwei bis drei kleinen, einem größeren Hammer und einer Schaufel zum Fortschaffen der fertig geschlagenen Steine, wobei bemerkt werden soll, daß selbst das wenige Geschick häufig von der

Wie alt ist das deutsche Volk?

Wenn man sich und seinen Bekannten diese Frage vorlegt, wird man sofort darauf stoßen, daß der Begriff des Wortes „Volk“ durchaus unklar ist. Denn man wird kaum geneigt sein, die verschiedenen Stämme der Völkerwanderungszeit insgesamt als „deutsches Volk“ zu bezeichnen, während doch aus diesen Franken, Alemannen, Thüringern, Ariesen, Goten, Randalen, Longobarden usw. die Bevölkerung des heutigen Deutschlands hervorging. Allerdings nicht ohne einen erheblichen Antheil eingewanderter römischer Kolonnen und eben noch größerer von längst ansässigen Kelten, ferner Sorben, Wenden und andern slavischen Völkern in sich aufgenommen zu haben; jaßen doch Slaven noch im Frühmittelalter bis nach Hannover und vertrat doch noch heute ein ganz erheblicher Teil der sächsischen (Leipzig, Dresden, Chemnitz) und preussischen (Areslau, Stettin, Potsdam) Ortsnamen den slavischen Ursprung. Weich man aber auch noch, daß z. B. gar nicht geringfügige Vermischungen mit Polen im Osten bis in unsre Tage stattfinden, daß im Laufe der Geschichte immer wieder Dänen, Hunnen (die Dürrenbacher im bairischen Chiemgau), Türken (die Bevölkerung der Münchner Vorstadt Au hat türkischer Einschlag, da im 17. Jahrhundert dort eine große Zahl türkischer Gefangenener angeführt wurde), Franzosen und andre sich mit deutschem Blut vermischten, wird man bald einen lebendigen Begriff davon haben, wie sehr jedes „Volk“ im Laufe der Zeiten ist und daß es nur einen sehr allgemeinen Sinn hat von einem französischen, italienischen, russischen oder deutschen Volk zu sprechen. Gegen die äußersten Grenzen der Geschichte zu verweist sich dieser schwankende Begriff des Volkes noch mehr und schon für die Jahrhunderte vor den ersten Nachrichten, welche die Historiker über die Bernsteinküste und deren „friehliche Bewohner“ brachten, ist es unmöglich, einzelne Völker in den vorgeschichtlichen Kunden aneinander zu halten. Wir sprechen da nur mehr von einem germanischen oder nordwesteuropäischen Kulturkreis, von einer nordwesteuropäischen „Rasse“ und lassen damit die gesamte Bevölkerung Frankreichs, Deutschlands, Dänemarks, Ostereichs und des westlichen Rußlands zusammen, eigentlich nur als Gegenstand zur medizinischen Rasse mit ihrer von Rom, Athen und noch früher den afrikanischen und asiatischen Stämmen abhängigen Kultur.

Nunmehr ist es uns klar, daß der Mensch der Pfahlbauten, der vorgeschichtlichen Bronze- und Steinzeit auch ein Stück deutschen Altentums in sich birgt, ein Mensch von unsrer „Rasse“ war, daher auch in seinem Empfinden, in seinen Rechts- und Naturvorstellungen und Lebensgewohnheiten nicht allzu verschieden von uns sein konnte. Deutlich erkennt man aus der großen Uebereinstimmung der vorgeschichtlichen Kunde auf den ungeheuren Gebiet zwischen Dänemark und den nördlichen Tälern der Alpen, daß z. B. zur sogenannten Pfahlstattzeit in solcher Verbreitung daselbst eine sehr ähnliche Kultur existierte, wie man aus dem Vergleich der Pfahlbauten und die südlichen Verhältnisse der Gegenwart wertvollen Schluß ziehen,

daß diese Ausprägung von Nationalitäten erst ein Werk fortwährender Kultur, mehr ein künstliches Erzeugnis denn ein natürlicher Vorgang gewesen sei.

Da die Pfahlstattkultur, die man sich nach den vorhandenen Aunferzeugnissen, mit ihrem Ackerbau, den Streitwagen, Frongeräten, Geweben, Schmuckstücken, Bergwerken, Wohnhäusern, Städten, Landstraßen und ausgedehnten Handelsbeziehungen nicht als gering vorstellen darf, alle Stufen von der einfachen Steinzubereitung bis zur Bronze- und Eisenindustrie durchlaufend bei den Fundstätten aus der Pfahlbauzeit mündet, Pfahlbauten aber sich bis in die römische Zeit fortsetzen, so läßt sich die Entwicklung des deutschen Volkes, wenn auch nur in einer allgemeinen nordwesteuropäischen Ausprägung mit ihr viele Jahrtausende hindurch zurückverfolgen. Nebenfalls weit über die Zeit hinaus, in der nach älterer Auffassung die „Mitteluropäer“ aus Indien eingewandert sein sollten.

Die Untersuchungen an den Neihagenbrütern, Grabhügeln und Auenstätten gefundenen vorgeschichtlichen Knochenresten haben das gleiche ergeben, und so ist in neuester Zeit die durch die Sprachforscher aufgeschlossene Lehre, wonach Europäer und Indier als Indogermanen daselbst „Volk“ seien, ebenfalls richtig und unsre Wissenschaft ist der sicheren Ueberzeugung, daß seit ungezählten Jahrtausenden immer die Europäer von heute auf europäischem Boden saßen, freilich innerhalb dieser Grenzen mehrfach hin und her wanderten.

Es handelt sich hierbei um Zeiten, in denen Jahreszahlen verjagen, die man vielmehr mit Naturereignissen messen muß. Als sehr guter Anhaltspunkt hierfür hat sich die Ausbreitung und langsame Ausdehnung jener ungeheuerlichen Katastrophe ergeben, die man als die Eiszeit bezeichnet. Sie wurde in ihrer ganzen von den Forschern bis zu einer Million Jahren berechneten Dauer von der europäischer Menschheit miterlebt, denn die ältesten Funde wurden aus Schichten ausgegraben, die sich noch vor der Eiszeit gebildet haben.

Nun reicht die Geschichte der Pfahlstattmenschheit, in die wir auch die Vorgänger der Deutschen einreihen müssen, noch gar nicht bis zur Eiszeit zurück. Aus Rechnungen, die hier darzulegen zu weit führen würde, die aber einen ziemlich Grad von Nichtigkeit vererbigen, ist die letzte Vergleichenung Deutschlands seit etwa 50000 bis 70000 Jahren überstanden — die Gegend von Hallstatt, in der sich eine der bedeutendsten Fundstätten der nach ihr benannten Kultur fand, allerdings erst seit etwa 20000 Jahren besiedelbar. Die frühesten Reste können daher dort nicht auf älter sein, sind aber auch anderswo nicht wesentlich älter, denn in ganz Mitteleuropa findet man nach dem Mäuzug der Gletscher in den Ablagerungen nirgends Spuren menschlicher Besiedelung. Es müssen damals viele tausend Jahre vergangen sein, ohne daß ein menschliches Wesen durch die Dünen des heutigen Deutschlands ging.

Wann die Pfahlstattmenschheit kam, ist uns unbekannt. Nur so viel ist sicher, daß sie es war, die auch Italien und Griechenland

besiedelt hat und mehr als wahrscheinlich ist es, daß sie nicht von Osten gekommen ist.

Zwischen dem 50. und 20. Jahrtausend vor unserm Geschlecht verschwindet also auch die Geschichte unsrer Volkes im Dunkel der Bergangenheit.

Vor dem „Biatas“, der Besiedelungsstufe, wie die Vorgeschichtsforschung diese Periode genannt hat, lebte eine hochentwickelte und wohlgebildete Bevölkerung in unserm Land, deren Skelette vollkommen dem Nordeuropäer von heute entsprechen. Es war die nach einem südfrenzöschen Fundort sogenannte Cro-Magnon-Rasse, über deren Kultur gerade die neuesten Forschungen die verwunderlichsten Dinge aufdecken. Alle die Nachrichten über prachtvolle Malereien und Zeichnungen in Höhlen, die von Zeit zu Zeit durch die Wälder gehen, beziehen sich auf den Cro-Magnon-Menschen; wir wissen durch die rastlosen Forschungen der letzten fünf Jahre, daß diese Menschen hauptsächlich von der Renntierjagd lebten, daß sie in Höhlen wohnten, künstlerische Bilder des Mammuts, des Wildpferdes, des Renntiers, sogar des Menschen zeichnen konnten, fröhliche Geräte und Werkzeuge hatten, mit Lanze, Pfeil und Bogen jagten, Fellbekleidung trugen, aber Musik machten, Anfänge einer Schrift bekamen, daß sie also im Begriff waren, eine wahre Kultur zu produzieren. Aber sie verschwanden unserm Blick in dem Augenblick, in dem auch das Renntier mit dem letzten Abklingen der Eiszeiten aus Frankreich, das der Hauptteil dieser „Renntierjäger“ war, ausgewanderte. Man kann es verfolgen, wie immer jüngere Wohnsitze mit der Verbesserung des Klimas in der Schweiz, in Belgien und Deutschland bis zur Nordsee angelegt werden — dann aber hört jede Spur dieser merkwürdigen Menschen auf. Der Biatas beginnt etwa im 50. prähistorischen Jahrtausend und dauert bis zum Auftreten der neuen Rasse, die in ununterbrochener Folge Europa seit der Pfahlstattkultur besiedelt.

Sind die Cro-Magnon-Menschen, die offenbar den nach Norden abziehenden Renntierherden folgten, überhaupt zugrunde gegangen? Oder sind sie bis in die jetzigen Wohnsitze des Renntiers vorgezogen? Der belgische Forscher Girod meint in den „Estimons“ ihre Nachkommen zu sehen. Der angesehene deutsche Prähistoriker Meunier erblickt in den Lappländern die Urenten der Cro-Magnon-Menschheit; der nicht weniger angesehene Anthropologe P. Miller dagegen hat die Hypothese aufgestellt, daß die Renntierjäger nach Skandinavien gezogen sind und von dort dann wieder herabdrangen, die Pfahlstatter, die hellenische, die italienischen und die deutsche Kultur begründeten, mit andern Worten, daß sie auch die Vorgänger unsrer Volkes sind.

Wenn auch manches zugunsten dieser Ansicht spricht, vor allem die große Wahrscheinlichkeit, daß die Pfahlstatter Kultur wirklich viel Nordisches hat, so läßt sich doch nichts Bestimmtes darüber behaupten und wir müssen uns damit begnügen, die Anfänge unsrer Volkes und unsrer Kultur schon nach — an der hunderttausendjährigen Geschichte der Menschheit gemessen — relativ kurzer Zeit im Nebel der Bergangenheit untertauchen zu sehen.

Verpflichtung geliefert oder wenigstens auf Abzahlung vorge-
trud.

Man sei noch bemerkt, daß in vielen größeren Steinbrüchen
bereits Hilfsmittel für die Arbeiter vorhanden sind, und
auch für gutes, billiges Essen und stoffliche Getränke meistens
geplant ist. (1) Ja selbst solchen Leuten, die so unglücklich waren,
durch einen Unfall einen Arm oder ein Bein zu verlieren, die aber
trotzdem an dem Nichtstun keinen Gefallen finden können, bietet
das Zerklütern der Steine mit der Hand Gelegenheit, sich nützlich
zu beschäftigen und sich noch einen Verdienst zu verschaffen. Schlimm
genau, daß gesunde Arbeiter sich oft lieber als Arbeitslose bedauern
und unterstützen lassen, als daß sie sich bereit finden ließen, eine
Arbeit aufzunehmen, durch die sie als Nachbarbeiter entwürdigt zu
werden glauben! Ja, es gibt noch Arbeit, wenn auch nicht in dem
Weichbilde der Großstädte, wo sich alle Elemente zusammenfinden,
denen das allerdings einfachere, bescheidenere und härtere Leben da
draußen nicht behagt, und wenn nur jede sich bietende Arbeits-
gelegenheit besser wahrgenommen werden wollte, dann würden wir
weniger fremde Arbeiter, aber auch weniger Arbeitslose in Deutsch-
land haben.

An der Schreierei ist uns ganz neu, daß die Geschäfte
in der Steinindustrie so außerordentlich gut gehen sollen,
daß es jetzt auf einmal an Arbeitsträften mangelt. In Wirk-
lichkeit liegen die Dinge so, daß auch in der Schotterindustrie
es mit der Auftragserteilung nicht am allerbesten bestellt
ist. Ueberdies freuen wir uns sehr, wenn wirklich an Auf-
trägen kein Mangel ist, den Arbeitern ist es viel lieber, wenn
von einer Arbeitslosigkeit keine Rede ist. Es ist aber be-
kannt, daß einige bedeutende Steinindustrielle mit Vorliebe
Ausländer beschäftigen, insbesondere Italiener und Slawen.
Meistens deshalb, weil diese recht billig arbeiten und sich
alles gefallen lassen.

Näherlich ist es, wenn den Arbeitern aus den Groß-
städten zugemutet wird, sie sollen im Winter in den Brüchen
Steine schlagen. Der Zug der Zeit geht dahin, daß die Zer-
kleinerung der Gesteinsstücke immer mehr mit der Knack-
maschine erfolgt. Es gibt bereits kein Schotterwerk mehr,
welches nicht mit etlichen Knackern ausgerüstet wäre. Was
sonst das Schottermacherblatt über die Arbeitslosen im all-
gemeiner jagt, wollen wir nicht erst kommentieren.

Bezeichnend ist es aber, daß sogar den Verunglückten,
welche einen Arm verloren haben, noch zugemutet wird,
Steine zu schlagen. Wie man dieses überhaupt fertig bringen
kann, ist uns bisher ein Rätsel geblieben. Daraus geht schon
hervor, von welchen praktischen Gesichtspunkten der Artifel-
schreiber ausgegangen sein mag. Und wie es schließlich mit
den sozialen Einrichtungen in den Steinbrüchen bestellt ist,
das wissen unsere Kollegen am allerbesten. Jeder schätzt sich
glücklich, wenn er in einer solchen Baracke nicht zu wohnen
braucht.

Und wenn schließlich in der Steinindustrie der Geschäfts-
gang auch ein so flotter wäre, so würde doch diese Erscheinung
gegen eine allgemeine Arbeitslosenversicherung — gar nichts
bejagen.

Es muß sehr bedauerlich genannt werden, daß bei allen
sozialpolitischen Fragen die Unternehmerzeitungen immer
einen so rückwärtlichen Standpunkt einnehmen. Die Ein-
führung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung ist aber
im Fluß, daran können die Unternehmerblätter nicht das
geringste ändern.

Die Steinarbeiter werden den Kopf schütteln, daß so
etwas die „Arbeitgeberzeitung“, welches den Tatsachen so
wenig entspricht, überhaupt schreiben konnte.

Aus der Krankenversicherung.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der
Krankenversicherung in Deutschland für das Jahr 1912, sowohl diese
vom Kaiserlichen Statistischen Amt erfaßt worden sind. Obwohl nur
die Zahl der Rassen und der Mitglieder sowie die Einnahmen und
Ausgaben der Rassen angegeben werden, dauert trotzdem jedesmal
ein Jahr, bis das Material von den vielen Rassen und Rassen
geammelt und bearbeitet ist. Die Zahl der Krankenkassen im Jahre
1912 belief sich auf 21 659 gegen 23 109 im Jahre zuvor: es sind
also im Berichtsjahr 1459 Rassen weniger erfaßt worden. Der Rück-
gang kommt zum größten Teil auf Rechnung der eingeschriebenen
und der landesrechtlichen Hilfskassen, die den bürgerlichen Parteien
und unsern Bureaukraten längst ein Dorn im Auge waren und die
daher bei Einführung der Reichsversicherungsordnung nicht mehr als
Pflichtkassen zugelassen wurden. Sie können nur noch als Neben-
kassen fortbestehen, das Hilfskassengesetz ist aufgehoben und damit sind
die Rassen aus der amtlichen Statistik ausgeschlossen. Ein kleiner
Rückgang in der Zahl der Rassen ist bei der Gemeindeversicherung,
den Orts- und den Baukassen eingetreten, in stärkerem Maße haben
auch die Betriebskassen abgenommen. Die Jungkassen, die am
ehesten auf den Aussterbedeal gehören, haben sich dagegen vermehrt.
Die Veränderungen kommen in der folgenden auf Rechnung der
sämtlich bestimmten Beiläufe zur Reichsversicherungsordnung.

Die Zahl der Mitglieder bei den von der Statistik erfaßten
Rassen belief sich auf 13 217 705. Das sind 401 343 weniger als im
Jahre zuvor. Der Rückgang kommt teils durch die Aushebung des
Hilfskassengesetzes (1911) und teils durch die Aufnahme von 960 266 Mit-
gliedern, teils durch einen Rückgang bei den Baukassen. Die ver-
schiedenen Kategorien mit ihren Mitgliedern und dem Zu- und Ab-
gang gegen das Vorjahr zeigt folgende Tabelle:

Rassenart	Zahl der Rassen		Zahl der Mitglieder		Veränderung gegen 1911
	1911	1912	1911	1912	
Gemeindekassenversicherung	10 131	10 131	7 847 000	7 847 000	—
Ortskrankenkassen	1 114	1 114	1 762 000	1 762 000	—
Betriebskrankenkassen	1 114	1 114	1 762 000	1 762 000	—
Baukrankenkassen	1 114	1 114	1 762 000	1 762 000	—
Jungkassen	1 114	1 114	1 762 000	1 762 000	—

Die größte absolute Mitgliederzunahme hatten die Ortskrank-
kassen; im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder in der größte Zu-
wachs (17,7 Prozent) bei den Jungkassen zu verzeichnen. Die
Betriebskassen hatten einen Zuwachs von 3,1 Prozent; bei den Orts-
krankenkassen betrug die Verdichtungsrate 4,5. Die Mitglieder der Knapp-
schichtkassen sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Material für das
Jahr 1912 liegt von diesen Rassen noch nicht vor. Im Jahre 1911
waren in den Knappschichtkassen 364 716 Personen versichert.

Die Umrechnung der Mitglieder auf eine Einheit ergibt folgen-
des. Es kamen auf eine Rasse im Durchschnitt 610,25 Mitglieder
gegen 562,41 im Vorjahre. Dieser Durchschnitt wird nur bei den
Baukassen überschritten, auf eine Rasse kamen 1002 Mitglieder
(Vorjahr 1209) auf eine Gemeindeversicherungskasse entfielen 211
Mitglieder (Vorjahr 219), weiter kommen auf eine Betriebskasse 155 (129),
auf eine Ortskasse 226 (116) und auf eine Jungkassenkasse 225 (187)
Mitglieder.

Zur Beobachtung der Mitglieder der Krankenkassen hat
man sich bemüht, dieser verschaffen. Schwere war eine Ver-
einbarung, denn es werden für alle Rassen insgesamt 3 623 326
Einwohner mit einer Erwerbsfähigkeit angegeben gegen 3 772 336
im Vorjahr. Das Minimum kommt vom Reich der freien Hilfs-
kassen, der Zahl der Mitglieder der von diesen Rassen erfaßten und an-
sonsten der Hilfskassen betrug für das Berichtsjahr in Reich
auf 1 312 617 Personen. Das Minimum betrug sich auf alle

Kassenarten mit Ausnahme der Baukassen. Bei den Krankenkassen
ist die gleiche Wahrnehmung zu machen. Ermittelt sind 112 240 064
Krankheitstage (aus Krankengeld und Krankenanstaltstagen) gegen
115 128 905 im Jahre zuvor. Nach Abrechnung der für 1911 von den
freien Hilfskassen angegebenen Krankheitstage ergibt sich für das
Berichtsjahr ein Mehr von 4 127 120 Krankheitstagen. Die Zahl
der Erkrankungsfälle und der Krankheitstage bei den einzelnen
Kassenarten war folgende:

Kassenart	Krankheitsfälle		Krankheitstage	
	absolut	auf ein Mittgl.	absolut	auf ein Mittgl.
Gemeindekassenversicherung	4 785 517	0,28	9 655 960	5,60
Ortskrankenkassen	3 289 898	0,44	8 700 185	8,98
Betriebskrankenkassen	1 721 421	0,48	3 175 424	8,90
Baukrankenkassen	7 955	0,61	131 743	10,05
Jungkassen	136 677	0,39	2 805 269	7,97

Relativ am meisten Krankheitsfälle und -Tage hatten danach
die Baukassen; den Gesamtdurchschnitt von 0,43 (Vorjahr 0,42) Pro-
zent Krankheitsfällen und 8,49 (8,45) Prozent Krankheitstagen über-
steigerte die Orts-, Betriebs- und Baukassen.

Die Einnahmen der Rassen gegen sich aus Eintrittsgeldern, Bei-
trägen, Zinsen, Zuschüssen, Erbschaften usw. zusammen. Die
Einnahmen sämtlicher Rassen beliefen sich in der Berichtsperiode auf
417 608 075 M. (Vorjahr 412 290 611 M.). Von der Summe ent-
fielen 393 610 899 M. auf Beiträge. Die ordentlichen Ausgaben
verteilten sich auf Krankheitskosten, Ersparleistungen, zurückbezogene
Beiträge und auf Verwaltungskosten. Die Gesamtausgaben betragen
395 036 896 M. (Vorjahr 392 524 744 M.). Von der Summe ent-
fielen 359 737 713 M. auf Krankheitskosten. Diese verteilen sich wie
folgt: Arznei 55 693 295 M., Arznei und sonstige Heilmittel
54 700 040 M., Krankengeld 150 398 441 M., Schwangeren- und
Wöchnerinnenunterstützung 7 206 043 M., Sterbegelder 7 932 919
M., Anstaltsverpflegung 53 553 500 M., Fürsorge für Genesende
307 475 M. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 21 598 378 M.
Der Ueberfluß der Rassen über die Ausgaben beläuft sich auf
307 231 984 M. Ein Vergleich der einzelnen Kosten bei den ver-
schiedenen Kassenarten ist nur durch die Umrechnung der Beträge auf
den Kopf eines Mitglieds möglich. Es entfallen:

Art der Ausgaben	auf den Kopf der versichert Mitglieder					Zu- nahme
	bei der Gemeinde- versicher- ung	bei den Orts- krank- kassen	bei den Betriebs- kassen	bei den Bau- kassen	bei den Jung- kassen	
Krankheitskosten	14,93	26,07	33,83	32,92	25,40	27,22
Ortsliche Behandlung Arznei u. sonstige Heil- mittel	4,56	5,99	8,46	8,49	5,85	6,48
Krankengelder	2,45	4,06	5,22	3,53	3,18	4,14
Schwangeren- u. Wöchn- unterstützung	0,01	0,68	0,57	0,09	0,15	0,55
Sterbegelder	—	0,50	0,92	0,53	0,50	0,80
Anstaltsverpflegung	3,57	4,06	4,03	6,22	5,88	4,05
Fürsorge für Genesende	—	0,03	0,02	—	0,01	0,02
Verwaltungskosten	—	2,59	0,27	0,43	2,89	1,68

Die höchsten Ausgaben hatten die Betriebskassen. Diese be-
zahlen das höchste Krankengeld und hatten auch weit höhere Auf-
wendungen für Arzt und Apotheke als die anderen Kassenarten.
Eine Betrachtung der Durchschnittszahl aus allen Rassen ergibt,
daß gegen das Vorjahr die Krankheitskosten um 97 Pfa. stiegen.

Verteuerungspolitik der Zement- fabriken.

Auf die Verteuerung des Zements für die Bauarbeiten
läuft hinaus. Die Aktionäre der Adler-Zementfabrik in Müders-
dorf haben, freilich unter protokolliertem Protest, ihrer Verwaltung
die Ermächtigung gegeben, für ihr Teil die Kosten des Kaufes des
Ritterguts Müdersdorf und des Kaltwerth-Hornberg (Sarz) zu über-
nehmen. Aus 4000 Morgen Land, einer Ziegelei mit 20 Millionen
jährlicher Mauersteinzeugung, einer Fabrik für 50 Millionen Kalz-
sinter, einer Anlage für die Erzeugung von 900 000 Faß Zement
(4 Rottendübeln), einem Kalkofen für gebrannten Kalk steht sich das
Rittergut Müdersdorf zusammen. Vom Kaufpreise von 8 1/2 Millionen
Markt übernehmen die Zementverbände Mitteldeutschland, Hannover
und Steinturm zusammen 17 Prozent, die restlichen 83 Prozent entfallen
auf Adler und Wegener. Die sämtlichen deutschen Zementverbände,
Hannover, Steinturm, die Berliner Zementzentrale, Mitteldeutschland,
Südwestdeutschland, Schlefien und Rheinland-Belgien werden auf 12
Jahre unantastbar verlängert. Thyssen verpflichtet sich, in 12 Jahren
in seinem Konzern keine Zementfabrik zu erbauen oder sich an einer
zu beteiligen. Kapitalverbindungen sind mit diesem Geschäft nicht
verbunden. Von jedem Faß Zement wird eine Abgabe von 50 Pfa.
erhoben. Die Zementzentrale erwartet auf diese Weise die Amorti-
sation bis zum Jahre 1921 oder 1922. Diese Abgabe wird in Form
einer Preiserhöhung von den Konsumenten erhoben, denen also die
gesamte Last aufgebürdet wird. Eine Folge der Thyssenschen Zement-
pläne ist der feste Zusammenschluß innerhalb der gesamten deutschen
Zementindustrie. Thyssen hat übrigens ein gutes Geschäft gemacht.
Das Rittergut Müdersdorf hat ihn in der Zwangsversteigerung
2 1/2 Millionen Markt gelistet. Die Aufwendungen sollen 1/4 Million
Markt betragen haben; das Kaltwert Hornberg im Sarz wird mit
1/2 Million Markt bewertet. Thyssens Verdienst möchte demnach fast
3 Millionen Markt ausmachen. Die Berginspektion Müdersdorf und
der preussische Ressortminister, der Thyssen das Rohmaterial in
Müdersdorf für 60 Pfa. für den Kubikmeter liefern will, wurden
wenig freundlich angefaßt. Der Lieferungsvertrag wurde als nicht
im Interesse der Allgemeinheit liegend bezeichnet. Der Vertrag wird
nur annulliert. Ein Bankenkonsortium streckt den Kaufpreis an
Thyssen vor und läßt sich von der 50-Pfa.-Abgabe von je 170 Kilo-
gramm Zement bezahlen. Wären die Zementverbände nicht erneuert
und würde Thyssen seine Müdersdorfer Fabrik betreiben, so glaubt
die Zementzentrale, daß statt der 50 Pfa., die auf die Konsumenten
abgewälzt werden, 2 M. Ausfall, für den Gesamtlabaz in Deutsch-
land 13 bis 20 Millionen Markt, ertragen werden müßten. Das
sind ja nette Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Zeitalter.

Bei den Glenden von Berlin.

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin der vierte der von der
Generalkommission der Gewerkschaften eingeführten Kurse für Ar-
beiterverrenten geschlossen. Die Teilnehmer an dem Kurse — 26
Arbeiterverrenten aus allen Teilen des Deutschen Reiches — haben
es sich nicht nehmen lassen, nach ihrer anstrengenden Tagesarbeit
in den Abendstunden noch einige soziale Stätten musterhafter
Art und allgemeiner Bedeutung zu besichtigen.
Eine dieser Besichtigungen war einer Exkursion des zusamen-
gehängten Glendens gewidmet — einer Exkursion, der wir uns von
Gort eingetragte Besichtigung täglich laufende, jahrelang jahrein
hunderttausende Ausgesteifter, Seimasofler zureitend; dem städ-
tischen Obdach im äußersten Nordosten Berlins, in der Fried-
straße, im Volkstempel die Palm — genant.
Ein ganz ungeheurer großer Saal ist es, auf dem sich die
massigen Gebäude des jüdischen Obdachs im Vordergrund erheben.
Das im Jahre 1887 eröffnete und 1901 erweiterte Obdach bestrahlt
sich nicht darauf, denen, die nichts haben, wo sie ihr müdes Haupt
beten können, für eine kurze Nacht Unterkunft, Schlaf und Be-
quemlichkeiten zu bieten, sein Dasein ist größer und umfassender.
Wie der Saal, so wohnt auch das Obdach mit seinen größeren Saalen.
Neben dem nächsten Obdach erhält die Arbeiter ein Familien-
obdach, regelmäßigen Unterrichts für die dort unterzubringen Kinder

und allgemeine ärztliche Behandlung. Außerdem sind dem Obdach
ein Hospital für altersschwache Personen, eine Station zur Behand-
lung geschlechtskranker weiblicher Personen, eine Entbindungsanstalt
und eine Desinfektionsanstalt (hauptsächlich zur Reinigung der
Kleider) angegliedert. Daß sich in dem Obdach auch eine Wasch-
anstalt befindet, sei nur nebenbei erwähnt, und daß große
Brausebäderäume vorhanden sind, ist selbstverständlich.

Betrachten wir nun die Bilder, die sich den Augen — aber nicht
nur den Augen — der Besucher darbieten, so sind auf der einen Seite
die musterhafte Ordnung, die geregelte Fürsorge, die peinliche
Saubereit und die Schmachthaftigkeit von Suppen und Brot, von
denen reichliche Kostproben genossen wurden, auf der andern Seite
aber die in ihrer Massenhaftigkeit grauenhaft und teilweise geradz-
abstoßend wirkenden Elendsstadien hervorzuheben.

Die Besucher wurden in alle Räume des Obdachs geführt, die
bereits, abgesehen von der ja immer besörferten Räume des Fa-
milienobdachs, eine größere Anzahl Personen aufgenommen hatten,
da das Obdach um 4 Uhr nachmittags geöffnet wird und von diesem
Zeitpunkt ab in ununterbrochener Folge die Obdachlosen, wie ein
Magnete, in sich hineinzieht und verschlingt, um sie am nächsten
Morgen wieder in schwarzen Strömen auszuspeien. An dem Tage,
von dem wir erzählen, hatte das Obdach mehr als 2500 Personen
jedes Alters, von ganz jugendlichen an, aufgenommen. Und diese
Zahl war noch gar nicht einmal allzu hoch. Denn im Durchschnitt
des Jahres vom 1. April 1912 bis zum 31. März 1913 belief sich die
tägliche Besucherzahl auf 3083, im März 1913 betrug sie 4220 und
im Januar 1913 gar 4728. Wenn man bedenkt, daß daneben Zau-
fende dem Obdach des Berliner Asylvereins für Obdachlose zu-
strömen, und daß ungezählte Scharen, die aus irgendwelchen Grün-
den beide Obdachs meiden, überhaupt nicht geschäftigt werden können,
so vermag man sich einen annähernd richtigen Begriff von dem aller-
tiefsten Elend zu machen, das der Bauch von Berlin birgt und zu
einem großen Teile verbirgt.

Der Gesichtsausdruck und die ganze Haltung aller der Menschen,
die sich da zusammenfinden — männlicher und weiblicher, und jugend-
licher nicht ausgeschlossen — sind die der tiefsten Not- und Hoff-
nungslosigkeit. Vor vielen Jahren sahen wir einmal in der Ber-
liner Sezession ein Bild, vier feinsten Männer mit ausdruckslos-
er, erschrockenem Blick darstellend: die Lebensmüden. An dieses
Bild wird man erinnert, wenn man die Gestalten der Obdachlosen
an sich vorbeiziehen läßt. Kraftlosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Lebens-
müdigkeit, vollständige Abgestumptheit und Gleichgültigkeit sind ihre
gemeinsamen Kennzeichen — ganz wenige ausgenommen. Und was
das Furchtbarste dabei ist: auch die Jungen, die ganz jugendlichen,
zeigen schon die Anfänge dieser Schwachheit, dieser Willens-
und Körper schwäche, dieser Unmöglichkeit, den Kampf mit dem Leben
wieder aufzunehmen, den Bann der Erschaffung zu brechen und sich
wieder herauszuarbeiten aus diesem die Kräfte lähmenden Kreise
der Gescheiterten, der vom Leben und von der Gesellschaft Gezeich-
neten.

In den mit Obdachlosen gefüllten Räumen lernten wir auch
den „Armeileutgeruch“ kennen. Was sagen wir? Armeileutgeruch
ist Parfüm gegen die den Atem benehmenden Dünste, die uns von
den Menschenmassen entgegenfliegen, und die es uns unmöglich
machen, länger als Sekunden in ihrer Nähe zu bleiben.

In der Abteilung für weibliche Personen (Familienobdach)
sahen wir Frauen mit ihren schulpflichtigen und noch nicht schulpflichtigen
Kindern, Mütter mit ihrem Säugling an der Brust —
obdachlose Säuglinge! 345 Säuglinge wurden im Jahre 1912 im
Familienobdach beherbergt, außerdem 456 Kinder im Alter von 1 bis
6 Jahren und 283 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, zusammen
1084 Kinder. Die schulpflichtigen Kinder erhalten im Obdach Unter-
richt. Der Unterrichtsraum ist einfach, aber nicht unreinlich.

Im Familienobdach fanden im Jahre 1912/13 732 Familien
mit 2149 Köpfen, außerdem 1849 Einzelpersonen Unterkunft und
Betreuung (60 708 Betreuungstage). Das nächtliche Obdach be-
herbergt im gleichen Zeitraum 1 125 615 Personen. Diese letzteren
erhalten abends um 8 Uhr und morgens Roggenmehlsuppe (je 0,9 l) und
je 200 Gramm Schwarz- oder Mittelbrot. Wir überzeugten uns
davon, daß Brot und Suppe schmachhaft sind. Die arbeitsfähigen
Angehörigen müssen morgens bis zu 2 Stunden Holz zerhacken, bevor
sie die Anstalt verlassen dürfen. Soweit es möglich ist, wird ihnen
Arbeit verschafft, jedoch kommt auf 1000 Anstaltsbewohner nur einer, sage
und schreibe: einer, dem Arbeit zugewiesen werden kann.

Bei der Unterbringung in den Schlafsälen werden die Obdach-
losen, soweit irgend angänglich, nach Altersklassen getrennt. Sie er-
halten eine Bettstelle mit Ringschloßdrahtnetzgestell und zwei Decken,
die jeden morgen desinjiziert werden, ferner einen Speisnapf und
einen Nessel. Die Obdachlosen dürfen fünfmal hinterhandern kom-
men. Dann werden sie verwahrt, und wenn die das sechste Mal
wiederkommen, dem Richter zur Bestrafung zugesührt. Ist die
Folge auch Ueberweisung an die Landespolizeibehörde“, d. h. Ir-
renheilanstalt. Das ist ein wunder Punkt des städtischen Obdachs.
Beim Berliner Asylverein für Obdachlose besteht dieses Verfahren nicht.
Zu dessen Obdach kann man nachfragen, so oft man will und muß,
ohne gemindert zu müssen, der Polizei und dem Gericht über-
weisen zu werden. Als vor Jahren einmal ein Berliner Polizeipräsident
dem Asylverein nahelegte, dasselbe Verfahren einzuführen,
wie es im städtischen Obdach herrscht, da erklärte der Vorstand des
Asylvereins in der bestmöglichen Form: ehe er dem Wünsche des
Polizeipräsidenten nachkäme, würde er das Obdach schließen. Vor
dieser Möglichkeit schreckte selbst ein Berliner Polizeipräsident
zurück.

Sehen wir von dem Schönheitsfehler des städtischen Obdachs
ab, so erkennen wir in ihm eine soziale Einrichtung, die in ihrem
Kreise Großes leistet und auf die die Reichshauptstadt stolz sein
kann. Und wenn die Arbeit des städtischen Obdachs doch nicht
andres ist, als ein Tropfen auf einem heißen Stein, wenn sie doch
eine Sisyphusarbeit bleibt, wodurch ihr Wert nicht verkleinert wer-
den soll, so muß eben wieder festgestellt werden, daß die Ursachen des
Elends tiefer liegen: daß sie nicht in den Menschen, sondern in den
gesellschaftlichen Zuständen begründet sind, und wir sehen wieder,
daß wir den gesellschaftlichen Zuständen ein Ende machen müssen, um
dem Elend ein Ende zu machen.

Literarisches.

Die Vobenshöhe Württembergs, verfaßt von Dr. Manfred
Bräuhäuser. (Verlag der G. Schweizerbartschen Buchhandlung,
Nagel und Dr. Schropp, Stuttgart. Preis 3.80 M.) Auf ge-
ologischem Gebiet werden alljährlich viele Neuentdeckungen auf den
Markt geworfen, wobei sich nur wenige Bücher dauernd behaupten
können. Das umfangreiche Werk des Herrn Dr. Bräuhäuser ist
mit großer Umsicht zusammengestellt, dabei ist der Verfasser bemüht
gewesen, sich möglichst vollständig auszudrücken. Die einzel-
nen Abteilungen sind in leicht verständlicher Weise behandelt. Recht ein-
gehend kommen die Salzwerke Friedrichshall, Hall, Sulz, Wilhelmsh-
all, Kottweil, Rodendorf und Jagstfeld zur Darstellung. Von
reicht praktischen Gesichtspunkten aus sind die Werkzeuge des „Kupfer“
behandelt. Der Verfasser weist darauf hin, daß dieser Sandstein schon
zu Römern Zeiten Verwendung fand. Württemberg besitzt auch aus-
gedehnte Ruhestätteablagerrungen, doch können die Steinbrüche mit
denen in Unterfranken einen Wettbewerb nicht aushalten. Die
vielen Kalksteinbrüche begünstigen natürlich die Anlage von Zement-
fabriken in besonderem Maße. Im Jahre 1908 wurden über
Württemberg Grenz hinaus 162 310 Tonnen Zement verhandelt.
Die Erzeugnisse kommen in dem Werke auch zu ihrem Recht,
allerdings hat der Bergbau auf Silber, Kobalt, Kupfer und Blei
in Württemberg keine besondere Bedeutung mehr.
Die vorliegende Arbeit wird für die Steinbruchbesitzer ein sehr
nützliches Nachschlagewerk sein. Wir wünschen dem Werke, welches
in arabischer Pünktlichkeit famos ausgestattet ist, die weiteste Ver-
breitung.

mit der päpstlichen Enzyklika beschäftigt, eine deutsche Bischofliche Interpretation der Enzyklika vorlegen konnte, die als Berufungsbüchlein dienen sollte, die aber an dem Inhalt der päpstlichen Berufungsbüchlein nichts aufhob. Rechtsanwalt Heine machte mit Recht den Privatkläger den Vorwurf, daß sie in Essen die tief einschneidende Bedeutung der Enzyklika für die katholischen Arbeiter nicht genügend gewürdigt hätten. Man habe in Essen die Delegierten im Unklaren gelassen darüber, welche Wirkungen die Enzyklika für die christlichen Gewerkschaften haben könnte, wenn die kirchlichen Behörden sie zwängen, den päpstlichen Anforderungen strikte Rechnung zu tragen.

„Es ist nicht Aufgabe des Gerichts — so heißt es im Urteil — festzustellen, was der Papst tatsächlich mit der Enzyklika gewollt oder beabsichtigt hat. Es mag den Angeklagten zugegeben werden, daß die Auslegung, die sie der Enzyklika geben, eine größere Wahrheitseingeblichkeit für sich hat, als die anderen Auslegungen. Es mag auch sein, daß andere Leute, insbesondere der Bischof von Rom, die Enzyklika anders auslegen und andere Urweisungen an ihre Untergebenen erlassen haben, als die kirchlichen Gewerkschaften.“

Dieser Teil des Urteils ist gewiß diktiert worden auch durch das tiefgründige Misstrauen Heines, der, geküßt auf unüberlegte Bemerkungen, auseinanderlegte, daß es für die katholischen Arbeiter gar nichts anders gäbe, als die Grundzüge anzuerkennen, die die verschiedenen Päpste für die katholischen Arbeiter, für die Arbeiterorganisationen, zuletzt für die christlichen Gewerkschaften in der Enzyklika Singulari quadam festgemacht hätten. Die katholische Kirche erkenne eine Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht an, solange katholische Gläubige diesen Organisationen als Mitglieder angehören. Es war sehr interessant zu hören, wie die Privatkläger sich den Inhalt der Enzyklika dachten. Den Mut, zu sagen, daß die Kirche den christlichen Gewerkschaften gar nichts zu sagen und zu befehlen hätte, brachten sie nicht auf. Heine suchte eine solche Antwort, aber so oft er fragte, so oft sprachen die Privatkläger und die sonstigen christlichen Gewerkschaftsführer und Gönner der christlichen Gewerkschaften, die als Zeugen erschienen waren, im Kreise herum. Bis heute warten wir noch vergebens auf eine Antwort, was die christlichen Gewerkschaftsführer zu tun gedanken, wenn es dem katholischen Oberhaupt gefällig, die christlichen Gewerkschaften für die Katholiken zu verächtlich. Das wird sich finden, wenn es einmal so weit kommen wird.“ Das war die Hinterlist, durch die sich die christlichen Herrschaften drückten. Und doch wissen wir, was sie machen werden, wenn sie dem Groll kirchlicher Würdenträger gegenüberstehen. Das Vorgehen des alten Bischofs von Rom in der Diözese Erier gibt uns ein Schulbeispiel dafür ab, wie stark die christlichen Gewerkschaften sind, wenn auch nur ein Bischof gegen sie den Kränznackel schwingt. Der Bischof hat die christlichen Gewerkschaftler in den Arbeitervereinen seiner Diözese in eine Sonderstellung gedrängt, die verlegend auf katholische öffentlich organisierte Arbeiter wirken muß. Die Geistlichen der Diözese dürfen nicht mehr für die Verbreitung der christlichen Gewerkschaften eintreten. Dann erinnern wir daran, wie der Bischof in die Lohnbewegung der öffentlich organisierten Bergleute an der Saar eingriff. Der christlichen Bergarbeiterorganisation war durch solches Vorgehen des Bischofs die Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt die Lohnbewegung bezogen. Der Streik durchzuführen, selbst wenn diese Bewegung eine einseitigere gewesen wäre, als sie war und sie durchgeführt werden sollte. Bischof von Rom hat in allen diesen Fällen die Konsequenzen, wenn auch nicht die letzten, aus der päpstlichen Enzyklika gezogen. Und die christlichen Gewerkschaftsführer, die anfänglich noch polterten, haben sich in ihr Schicksal ergeben. Das weiß jeder, der den Gewerkschaftsrecht an der Saar früher und der ihn bis heute verfolgt hat. Es war wirklich schade, daß neben Dr. Kaufmann nicht auch die dem Bischof von Rom treu ergebenen katholischen Christlichen Stein und Treib aus Erier vernommen wurden; sie hätten uns einen Einblick verschaffen können, wie weit der Einfluß eines Bischofs geht, der von den christlichen Gewerkschaften nichts wissen will.

Was ob förmliche Unterwerfung oder nicht, darauf kommt es zunächst nicht an. Die Privatkläger haben es nicht vermocht, vor Gericht die Selbstständigkeit und die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festzustellen, wohl aber ist ihnen der Nachweis erbracht worden, daß von dieser Selbstständigkeit und Unabhängigkeit keine Rede sein kann. Wie wir oben sehen, neigt das Gericht, ohne ein abschließendes Urteil über die Frage abzugeben, der letzteren, das ist der Meinung der beklagten Parteigänger, zu.

Und wie steht es mit den Vorgängen im Ruhrgebiet? Es ist nicht der Beweis erbracht worden, daß der perkorentene Erzbischof von Köln mit von rheinisch-westfälischen Industriellen geschenkten Peterskränzen nach Kom gerickt ist, um für die christlichen Gewerkschaften zu bitten. Fest steht nur, daß der Erzbischof mit Kom in der Gewerkschaftsfrage in lebhafter Unterhaltung stand. Auch dafür ist nicht der Beweis erbracht worden, welche förmliche Verhandlungen von den christlichen Gewerkschaftsführern mit den Grubenbesitzern gepflogen wurden, und ob es überhaupt zu solchen direkten Verhandlungen gekommen ist. Bewiesen aber wurde glänzend, daß christliche Gewerkschaften im Ruhrgebiet politische Wahlgeschäfte für die Christenbesserpriesterpartei getrieben haben. Herr Giesberts leugnete das unter Eid ab, aber Herr Imbusch vom Bergknappen verwarf ihm, gleichfalls als Zeuge, gründlich das Konzept. Er legte die Fäden der christlichen Wahlmacht bloß, und auch Stegerwald erklärte pomphaft, daß die christlichen Gewerkschaften allen Parteien gegenüber politisch neutral sind, nur nicht der Sozialdemokratie gegenüber. Im Ruhrbecken sorgte man dafür, daß die Nationalliberalen — das ist die Industriellenpartei in diesem Gebiet — im Wahlkreis Duisburg in die Stichwahl kamen, und hierbei halfen christliche Gewerkschaftsführer mit. Von dem christlichen Bergarbeiterorgan wurde die gründlichste Wahlagitatorik für den Schafsmacherbetrieb betrieben. Ebenso gegen den verdienstvollen Führer der Bergarbeiter Hue im Wahlkreis Bochum. „Nebst wählen wir den Teufel, als Huc!“ So erklärte Imbusch! Das heißt: Lieber den schlimmsten Schafsmacher gegen die Arbeiter, als einen Freund der Arbeiter, als den man Huc ganz besonders hinstellen kann. Das ist die Gewerkschaftspolitik von Heuten, die angeblich, ernstlich Arbeiterinteressen vertreten zu wollen. Als man vor Gericht die Gründe vorbringen sollte, warum man Huc so haßte, da stellte sich heraus, daß die christlichen Gewerkschaftsführer unangenehm geworden ist durch sein Eintreten für die Einigkeit aller Bergarbeiterverbände!! Darum nieder mit Huc! Der daß gegen die Sozialdemokratie, gegen die Millionen Klassenorganisationen ist so groß, daß die christlichen Gewerkschaften politisch sich für die Schafsmacher engagieren, deren Wahlgeschäfte besorgen helfen. Und daß die christlichen Gewerkschaften dabei rücksichtslos in der Wahl ihrer Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind, daß ferner die Wahrheit dabei gründlich mißbraucht wurde, auch dafür hat der Prozeß lehrreiches Material ans Tageslicht gefördert.

Den größten Gewinn aber dürfte der Bergarbeiterverband aus dem Prozeß haben. Ihm mußte attestiert werden, daß nicht politische und ungewerkschaftliche Ursachen dem letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrbecken unterlagen. Was den Streik herbeiführte hat, welche Vorgesichte er hatte, dafür wurde mancher Beleg herbeigeführt, der die Haltung der Verbände, die den Streik führten, rechtfertigte. Und als keine darauf drastische und starke Worte gegen das Verhalten der Gewerkschaften vor und während des Streiks fand, da mußten die Privatkläger nicht, was sie auf diese Vorhaltungen antworten sollten. Sie schwiegen. Die sie auch auf viele andere Fragen hin schwiegen. Nein, der Prozeß war nicht umsonst — er hat, wie Stegerwald sagt, gründliche Klärung geschaffen. — Das wird mehr noch als die vorliegenden Zeitungsberichte das Stenogramm der Verhandlungen zeigen, das hoffentlich in einer Schrift zur weitestehenden Verbreitung gelangen wird. Der Vertreter der Privatkläger, Rechtsanwalt Schneider, wird dann Recht behalten: Die letzten Dinge werden schlimmer sein, als die ersten — für die christlichen Gewerkschaften!

Behandlungen des Zentralvorstandes.

Mit dem 1. Januar erfolgt die Ausstellung der neuen Reisekarten.

Die Bestimmungen über die Reiseunterstützung sowie die Orte, in denen die Auszahlung erfolgt, ist auf der Rückseite der Reisekarte angegeben. Die Reiseunterstützung ist international geregelt. Reiseunterstützung, welche im Ausland bezogen ist, kommt in Deutschland ebenfalls mit in Anrechnung. Dagegen wird die in Deutschland bezogene Unterstützung im Ausland mit angerechnet. Jeder reisende Kollege kann im ganzen nur so viel Unterstützung beziehen, wie in dem betreffenden Band durch Statut festgelegt ist.

Die Ausstellung einer Reisekarte ist im Mitgliedsbuch zu vermerken. Ebenfalls die auf der alten Reisekarte bezogene Unterstützung. Eintragkarten für verlorene Reisekarten können nicht ausgestellt werden.

Vant Statut ist die Reiseunterstützung in Deutschland folgendermaßen geregelt:

1. Reiseunterstützung wird pro Tag 1 Mk. gewährt und ist nur an solche Steinarbeiter zu bezahlen, die, wenn sie auf Wanderschaft gehen, ein Jahr regelmäßig ihre Beiträge, und eventuell Erwerbsloshilfen geleistet haben. Ausnahmen sind nur mit denen zu machen, welche sofort nach beendeter Lehrzeit dem Verband beitreten oder durch Lohnbewegungen gezwungen sind, abzureisen. Jedes Mitglied hat, wenn es die Ausstellung einer Reisekarte verlangt, im vorhergehenden Jahre mindestens die Ablegung von 26 vollen Wochenbeiträgen nachzuweisen.

a) Reiseunterstützung wird vom dritten Tage nach Austritt der Reise gewährt und kann getrennt oder hintereinander auf die Dauer von 60 Tagen und bis zum Betrage von 60 Mk. innerhalb eines Jahres bezogen werden.

b) Die Reisekarte wird jedes Jahr am 1. Januar erneuert. Die Ausstellung derselben erfolgt durch den Ortsvorstand.

c) Die Auszahlung geschieht von zwei zu zwei Tagen, darf aber nur an dem Fallsigeltage ausbezahlt werden. Die Unterstützung ist durch Diskontempel und Datumvermerk auf der Reisekarte zu quittieren. Tritt ein Reisender in Arbeit, so ist die Karte beim Vertrauensmann abzugeben, und erhält sie Inhaber erst beim Wiederantritt seiner Reise zurück. Die Unterstützung ist an ein und demselben Orte innerhalb dreizehn Wochen nur einmal auszuzahlen. Mehr als vier Tage Unterstützung werden an einem Orte nicht ausbezahlt.

d) Bei Abnahme der abgelaufenen Reisekarte ist dem Reisenden die bezogene Unterstützung im Mitgliedsbuch zu vermerken.

Vant Beschluß des Internationalen Steinarbeiterkongresses zu Brüssel werden von jetzt ab die ausländischen Beitragsmarken der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände bei der Kranenunterstützung mit in Anrechnung gebracht. — Die im Ausland geleisteten Beitragsmarken werden nach der 1. Beitragsklasse umgerechnet, wie bei den Nebertretenden aus anderen Organisationen. Die Diskontempel, welche in anderen Organisationen geleistet sind, kommen bei der Anrechnung nicht mit in Betracht.

Die Expedition hat zum Versand des „Steinarbeiters“ die Adressen neu drucken lassen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Neuwahl in der Adresse der örtlichen Empfänger sowie wie möglich keine Aenderung vorzunehmen.

Es gehen uns öfter Beschwerden zu, daß sich in den Streifbändern und Paketen nicht immer genügend Zahl von „Steinarbeiter“-Exemplaren befinden, welche ziffernmäßig auf der Adresse vermerkt sind. Im Hauptbureau werden die Adressen gebrauchsfertig gemacht, die Verpackung und Versandung aber besorgt die Expedition der „Völpziger Volkszeitung“-Druckerei. Bei Reklamationen ersuchen wir nun, daß uns die Streifband- oder Paketadressen zugesandt werden, dann können wir die Uebelstände leichter abstellen.

Korrespondenzen.

Eigershausen. Am 14. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt, welche sehr schwach besucht war. Zum 1. Punkt machte der Vorsitzende die Kollegen darauf aufmerksam, daß wenn die Erwerbslosenunterstützung durchkommt, auch eine Beitragserhöhung stattdessen muß und die Erwerbslosenmarke dann ganz verschwinden muß. In die Ortsverwaltung wurden die alten Kollegen einstimmig wiedergewählt. Die Verwaltung sprach ihren Dank aus, daß ihr das Vertrauen von den Kollegen wieder geschenkt wurde. Dann wurde beschlossen, zu Neujahr ein Kränzchen zu feiern, wozu ein jedes Mitglied 30 Pfg. beisteuern muß. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, doch mit zu helfen, daß künftig die Versammlungen besser besucht würden und man nicht immer ein und dieselben Kollegen zu sehen bekommt. Es sind verschiedene, die es gar nicht für nötig halten, eine Versammlung zu besuchen; auch das pünktliche Erscheinen wäre sehr notwendig. Die Bücher werden vom 7. Januar ab bis zum 15. eingezogen, bis dahin muß ein jeder Kollege sein Buch in Ordnung haben. Es ist nicht hübsch, daß eine Zahlstelle so viele Rückstände zu verzeichnen hat.

Riechheim. Recht graue Zustände herrschen schon längere Zeit und jetzt noch bei der Firma Polzmann, da die Kollegen schon seit 4 Wochen sich im Freien mit den großen Quadern abplagen müssen. Dann handelt es sich darum, daß die Firma die Stühle so billig wie möglich angefertigt bekommen möchte. Da nun die Platzkommission mit der Geschäftsleitung keine Vereinbarung erzielen konnte, so wurde die Diskonmission von Riechheim und der Gauleiter herangezogen. Da nun von dieser die Forderung der Kollegen für gerecht anerkannt wurde, so ließ sich der Herr Geschäftsführer Klein herbei, ein jedes Stück mit jedem einzelnen Kollegen zu vereinbaren, da doch nicht ein Stück wie das andere wäre, was auch von der Kommission gutgeheißen wurde. Das erste Stück wurde vereinbart. Als dann 2 Tage später Geschäftsführer Stahl auf unsern Arbeitsplatz kam und sich vom Geschäftsführer Klein die Stühle vorzeigen ließ, machte dieser Herr einige wegwerfende Bemerkungen, welche von einigen Kollegen gehört wurden. Als nun die Kollegen, welche ihre Stühle fertig hatten, diese vereinbaren wollten, wurde ihnen vom Geschäftsführer Stahl keine Antwort gegeben, er könne die Stühle nicht vereinbaren, da erst eine Kommission käme und die Stühle besichtigen würde. Daraus ziehen die Kollegen den Schluß, daß Herr Stahl auch ihnen die letzten Positionen abtreten will, was in seinem Geschäfte gegenwärtig der Fall ist. Nun kam Zahltag und die Kollegen verlangten die Vereinbarung ihrer Stühle, was auch geschah. Die Kollegen mußten sich aber erst einen Tag herumbekümmern. Am 28. November kam nun die Schiedskommission. Der Vorsitzende Buchner fragte nach der Bezahlung der Stühle, und gleich darauf antwortete er, das müsse er als die Direktion nach Frankfurt berichten, indem die Stühle über Tarif bezahlt wären. Einige Tage später bekamen wir schon vom Geschäft die Antwort, daß für diese Stühle zu viel bezahlt würde, es gäbe überhaupt keine Satzgeschäfte mehr. So urteilen tarifreue Unternehmer über eine Position, über welche erst vor kurzer Zeit ein Schiedspruch festgelegt wurde. Das werden sich die Kollegen nicht gefallen lassen.

Königsberg. Am 19. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung im Fotalo von Zehn. Nach Verlesen des Protokolls errietete die gewählte Schlichtungskommission Bericht über die itatschuldere Sitzung mit den Arbeitgebern, in welcher einige Punkte zu schließen waren. Hieraus war ersichtlich, daß die Arbeitgeber noch immer auf ihrem Herrenstandpunkt beharren. Ein Kollege befragte ihn, ob er nicht die Broden verarbeiten lassen wie er wolle. Es werden nämlich mehrere Kreuzjüge zusammen als Proviant gearbeitet und dann auseinandergetrennt. Sieman schloß sich die Augenberaubung, welche nicht erledigt werden konnte. Es sollten hierzu gegenseitige Vorschläge gemacht werden. Dann gab eine Streitfrage des Hauptsekretärs wegen. Es ist tariflich festgelegt, daß Jahrgeld 3. Klasse be-

zahlt wird. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß wenn nicht 3., sondern 4. Klasse gefordert wird, sie auch nur für 1. Klasse bezahlet brauchen. Die versammelten Kollegen waren anderer Ansicht. Ein Herr hat sogar vor einiger Zeit gehußert, und wenn er des Nachts aufstehen müßte, er gehe zum Bahnhof und löse die Fahrkarten selbst. Die Kollegen sind aber der Meinung, daß es dieses für die Dauer nicht aushalten würde. Den Vorwurf an Werkstätten zu bezahlen, dazu wollte sich dieser Herr auch nicht bewegen lassen. Als ihm darauf ein Arbeitgeber erklärte, das müsse bezahlt werden, war er für diese Behauptung sehr dankbar. Die nächsten drei angeführten Positionen haben nicht die Bedeutung, in die Öffentlichkeit gebracht zu werden.

Besondere Anmerkung des Schriftführers: Immer wieder müssen wir den reisenden Kollegen zurufen, den Osten so viel wie möglich zu meiden. Denn es sind hier etliche Kräfte losgerissen. Es sind dies ältere Kollegen, und jüngere Kräfte werden nur verlangt, deshalb wollen die Arbeitgeber diese nicht einstellen. Wenn diese nun Arbeit erlangen wollen, sind sie gezwungen, erst 30 bis 40 Meilen und noch mehr zu fahren, bis sie in einen andern Steinbetrieb gelangen, da solche hier im Osten sehr selten sind. Es wurde nach Schriftführern anmerkt, und etliche Kollegen trafen ein. Mit dem Schriftführer ist es hier bei dieser Jahreszeit vorbei, und etliche waren nicht Granitarbeiter; so mußte z. B. einer bald den Ort wieder verlassen, da er es bei 8 bis 10 Mark die Woche für die Dauer nicht aushalten konnte. Es gibt Berieche, in denen täglich bloß sechs Stunden gearbeitet wird. Es wird jedem leicht ersichtlich sein, daß bei einer so kurzen Arbeitszeit und bei einem Stundenlohn von 35 bis 40 Pfg. für Hilfsarbeiter und 40 bis 50 Pfg. für Schleifer in Königsberg nichts anzufangen ist.

Wagen. Zu der am 21. Dezember in der Tonhalle einberufenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Braun über Zweck und Wesen der gewerkschaftlichen Organisation. Referent gab den Kollegen in kurzen Zügen den Werdegang und Ziele der christlichen und katholischen Organisationen bekannt, seine Ausführungen in dem Sinne schließend, daß für die Arbeiter, denen es um eine Verbesserung ihrer Lage erst ist, nur die freie Gewerkschaften in Frage kommen können. Nur in diesen sind die Arbeiter die nötige Unterstützung, welche notwendig ist, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kollege Schäfer sprach über das Konsumwesen und seine Bedeutung zum Nutzen der arbeitenden Klasse. Das vorgelegte Material sprach durchaus für die Genossenschaftsbewegung. Nach lebhafter Aussprache wurde jedoch von der Gründung einer Konsumgenossenschaft, weil für unsre Verhältnisse noch nicht reif, Abstand genommen. Kollege Braun machte auf die im Januar stattfindenden Knappschafstagen aufmerksam, an welchen wir uns zum erstenmal beteiligen werden.

Randersacker. Am 25. Dezember fand bei Sign. Müller unsere Generalversammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Kollege Rohde hielt einen Vortrag über die internationale Bauachaufstellung zu Leipzig. In Punkt: Tarifangelegenheiten wurde wieder das Verhalten der hiesigen Unternehmer den Kollegen gegenüber gekennzeichnet. Auch wurden die Kollegen ersucht, ihre Rechte laut Darf besser zu beanspruchen wie bisher. Zu Punkt: Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Wilhelm Wülfraß, erster Vorsitzender; Mich. Joseph Maues, zweiter Vorsitzender; Kaspar Kändler, Kassierer; Joseph Wagner, Schriftführer; Gustav Paas und Nikolau Kuhn, Revisoren. Unter Berücksichtigung veranlangte der Vorsitzende den schließlichen Beschlüß: Es wäre doch Zeit, daß sich diejenigen Kollegen, die in bürgerlichen Kreisen jederzeit ihren Mann stellen, einmal erwaehen und sich der gewerkschaftlichen Ziele etwas mehr erinnern möchten.

Rindnach (Bayerischer Wald). In Schlag fand am 27. Dezember eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Besonders stark waren die Hilfsarbeiter erschienen, welche mit recht großem Interesse den Debatten folgten. Der Vorsitzende hielt ein sehr musterträgliches Referat über den Wert des Verbands, welches den Beifall der Anwesenden fand. Es ließen sich auch neun Kollegen in den Verband aufnehmen. Wenn die Unternehmer denken, daß hier der Verband wieder in die Brüche geht, so sind sie mit ihrer Auffassung falsch baran. Die Kollegen in diesem abgelegenen Orte wissen sehr wohl die Erfolge des Steinarbeiterverbands zu würdigen. Hoffentlich hält dieser gute Geist unter den Verbandsmitgliedern auch fernhin an.

Ziegelanger (am Main). Am 21. Dezember fand im Gasthaus von Legner unsere Generalversammlung statt. Es wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Kaspar Söbner, 1. Vorsitzender; Kalstr. Steininger, 2. Vorsitzender und Schriftführer; Kaimund Kuhn, Kassierer; Joh. Schöber und Konrad Gehler als Revisoren. Kollege Rohde hielt einen Vortrag über die Bauachaufstellung in Leipzig. Sehr scharf wurde die Firma Winterhilt kritisiert. Diefelbe glaubt mit den Arbeitern nach Belieben umspringen zu können. Der Geschäftsgang ist zurzeit allerdings der beste nicht zu nennen. Die reisenden Kollegen möchten dieses besonders beachten. Der Verband hat hier einen festen Stützpunkt und die Ortsverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß die innere Festigkeit eine immer größere wird.

Die Gewerkschaften in Serbien nach dem Kriege.

Von der Zentrale der Gewerkschaften in Belgrad wird uns geschrieben:

Unsre Bewegung steht noch immer sehr schlecht. Die Kriegeerfolge mit ihren Folgen befördert ganz unser öffentliches Leben. Sie und die noch nachwirkende Mobilisation bedeuten große Hindernisse für die Arbeiter bei der Wiederbelebung ihrer Organisationsfähigkeit. Die Demobilisation umfaßt erst einen beschränkten Teil der Truppen und vollzieht sich in einer für uns sehr ungünstigen Weise. Nur ein Teil der Reservisten wurde entlassen. Die Verurlaubten sind nicht entlassen, sondern nur sechs Wochen vom Kriegsdienst befreit, und werden dann wieder einberufen. Solche Art der Demobilisation schadet allzu sehr unfrer Arbeit. Der Krieg hat bei den Massen große Empörung ausgelöst, die gegenwärtigen Zustände aber paralysieren den Aktionsdrang und drücken die Geister nieder. Daraus ist ersichtlich, daß die Belebung unfrer Organisation nur langsam vor sich geht. In allen Orten liegt man auf 20 bis 30 Prozent gezeitigen. Leider ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit dem Jahre 1912 um die Hälfte reduziert worden. Unsr alte noch lebenden Mitglieder sind auch ziemlich alle wieder in der Organisation. Nur die Furcht vor dem Abruf in die Kadere erschwert den normalen Gang der Gewerkschaften.

Die miserablen Lebensverhältnisse aber treiben die Massen wieder zur Aktion. In den letzten zwei Monaten wurden drei Streiks und fünf Tarifbewegungen geführt, 248 Arbeiter haben daran teilgenommen. In fünf Fällen handelt es sich um Lohnerhöhungen von 10—30 Prozent, in drei Fällen um Verfürzung der Arbeitszeit von 1½—2½ Stunden. Alle Bewegungen mit einer Ausnahme wurden mit Erfolge durchgeführt.

Am 5. Dezember brach der Hungerstreik der Buchbinder in Belgrad aus. Es waren beteiligt: 24 Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche. Sie forderten die Erhöhung des Wochenminimums um 2 Franc für Erwachsene, die Arbeitsdauer aber wollten die Tarife durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kompensieren. Der Streik endete mit dem Sieg der Arbeiter.

Mehr als bisher macht sich eine Bewegung unter den Bergarbeitern bemerkbar, und zwar, so paradox das erscheint — als die Folge der Freiheit im Kriege. Unsr Bergarbeiter haben mehr Freiheit im Kriege wie die Soldaten und auch mehr als die freien Arbeiter und Piraten. In der Friedenszeit brauchen die vom Staat begünstigten Gewerkschaften und Politvereine keine Anstrengungen zum Scheitern. Während des Kriegs aber hatten unsre Agitatoren großen Erfolg bei den Bergarbeitern. Bei der Belagerung von Adrianopel sprachen unsre Bergarbeiter aus „Arainen“ nur vom Sozialismus und durch Handzettel verankelten sie Abkinn-

Verlesung geliefert oder wenigstens auf Anzahlung vorgeliefert wird.

Weiter sei noch bemerkt, daß in vielen größeren Steinbrüchen bereits Unterkunftsquartiere für die Arbeiter vorhanden sind, und auch für gutes, billiges Essen und arbeitsfreie Gewänder meistens gesorgt ist. (1) Da selbst solchen Leuten, die so unglücklich waren, durch einen Unfall einen Arm oder ein Bein zu verlieren, die aber trotzdem an dem Nichts tun keinen Gefallen finden können, bietet das Verkleinern der Steine mit der Hand Gelegenheit, sich nützlich zu beschäftigen und sich noch einen Verdienst zu verschaffen. Schlimm genug, daß gesunde Arbeiter sich oft lieber als Arbeitslose bedauern und unterhalten lassen, als daß sie sich bereit finden ließen, eine Arbeit anzunehmen, durch die sie als Nachbarbeiter entwürdigt zu werden läuten! Na, es gibt noch Arbeit, wenn auch nicht in dem Reichhaltigen der Großstädte, wo sich alle Elemente zusammenfinden, denen das allerdings einfachere, beschwerendere und härtere Leben da draußen nicht behagt, und wenn nur jede sich bietende Arbeitsgelegenheit besser wahrgenommen werden wollte. Dann würden wir weniger strotzende Arbeiter, aber auch weniger Arbeitslose in Deutschland haben.

In der Schreiberlei ist uns ganz neu, daß die Geschäfte in der Steinindustrie so außerordentlich gut gehen sollen, daß es jetzt auf einmal an Arbeitskräften mangelt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß auch in der Schotterindustrie es mit der Auftragserteilung nicht am allerbesten bestellt ist. Ueberdies freuen wir uns sehr, wenn wirklich an Aufträgen kein Mangel ist, den Arbeitern ist es viel lieber, wenn von einer Arbeitslosigkeit keine Rede ist. Es ist aber bekannt, daß einige bedeutende Steinindustrielle mit Vorliebe Ausländer beschäftigen, insbesondere Italiener und Slawen. Meistens deshalb, weil diese recht billig arbeiten und sich alles gefallen lassen.

Wahrscheinlich ist es, wenn den Arbeitern aus den Großstädten zugemutet wird, sie sollen im Winter in den Brüchen Steine schlagen. Der Zug der Zeit geht dahin, daß die Verkleinerung der Gesteinsstücke immer mehr mit der Knadmühle erfolgt. Es gibt bereits kein Schotterwerk mehr, welches nicht mit etlichen Knadern ausgerüstet wäre. Was sonst das Schmarfaherblatt über die Arbeitslosen im allgemeinen jagt, wollen wir nicht erst kommentieren.

Bezeichnend ist es aber, daß sogar den Verunglückten, welche einen Arm verloren haben, noch zugemutet wird, Steine zu schlagen. Wie man dieses überhaupt fertig bringen kann, ist uns bisher ein Rätsel geblieben. Daraus geht schon hervor, von welchen praktischen Gesichtspunkten der Artikel schreiber ausgegangen sein mag. Und wie es schließlich mit den sozialen Einrichtungen in den Steinbrüchen bestellt ist, das wollen unsere Kollegen am allerbesten. Jeder schämt sich glücklich, wenn er in einer solchen Baracke nicht zu wohnen braucht.

Und wenn schließlich in der Steinindustrie der Geschäftsgang auch ein so flatter wäre, so würde doch diese Erscheinung gegen eine allgemeine Arbeitslosenversicherung — gar nichts bejagen.

Es muß sehr bedauerlich genannt werden, daß bei allen sozialpolitischen Fragen die Unternehmerzeitungen immer einen so rückwärtslichen Standpunkt einnehmen. Die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenunterstützung ist aber im Lauf, daran können die Unternehmerblätter nicht das geringste ändern.

Die Steinarbeiter werden den Kopf schütteln, daß so wenig die „Arbeitszeitung“, welches den Tatsachen so etwas entspricht, überhaupt schreiben konnte.

Aus der Krankenversicherung.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Krankenversicherung in Deutschland für das Jahr 1912, soweit diese vom Reichlichen Statistischen Amt erstattet worden sind. Obwohl nur die Zahl der Kassen und der Mitglieder sowie die Einnahmen und Ausgaben der Kassen angegeben werden, dauert trotzdem jedesmal fast ein Jahr, bis das Material von den vielen Kassen und Ämtern gesammelt und verarbeitet ist. Die Zahl der Krankenkassen im Jahre 1912 belief sich auf 21.639 gegen 23.109 im Jahre zuvor; es sind also im Berichtsjahr 1450 Kassen weniger errichtet worden. Der Rückgang kommt zum größten Teil auf Rechnung der eingeschriebenen und der landesrechtlichen Hilfskassen, die den bürgerlichen Parteien und untern Beamtenkreisen längst ein Dorn im Auge waren und die daher bei Einführung der Reichsversicherungsordnung nicht mehr als Pflichtkassen zugelassen wurden. Sie können nur noch als Nebenleistungen fortbestehen, das Hilfskassengesetz ist aufgehoben und damit sind diese Kassen aus der amtlichen Statistik ausgeschieden. Ein kleiner Rückgang in der Zahl der Kassen ist bei der Gemeindeversicherung, den Orts- und den Baukasten eingetreten, in letzterem Maße haben auch die Betriebskassen abgenommen. Die Innungskassen, die am meisten auf den Ausbeiter beruhen, haben sich dagegen vermehrt. Die Veränderungen kommen in der folgenden Tabelle zur Rechnung der langsam bekannnten Beisprüche zur Reichsversicherungsordnung.

Die Zahl der Mitglieder bei den von der Statistik erstatteten Kassen belief sich auf 13.217.705. Das sind 491.343 weniger als im Jahre zuvor. Der Rückgang kommt teils durch die Aufhebung des Hilfskassengesetzes (1911 umfaßten die Hilfskassen 960.268 Mitglieder), teils durch einen Rückgang bei den Baukasten. Die verschiedenen Kassenarten mit ihren Mitgliedern und dem Zu- und Abgang gemäß dem Berichtsjahr zeigt folgende Tabelle:

Kassenart	Zahl der Kassen		Zahl der Mitglieder	
	1911	1912	1911	1912
Gemeindekassenversicherung	996	976	270.256	272.910
Ortskrankenkassen	438	421	1.217.308	1.228.000
Baukasten	751	753	13.244.565	12.732.789
Betriebskassen	41	33	17.065	13.776
Innenkassen	247	252	25.077	23.256
Hilfskassen	142	—	25.146	—
Sonderkassen	39	39	35.111	35.115

Die größte absolute Mitgliederzunahme hatten die Ortskrankenkassen; im Berichtsjahr wurden die Mitglieder in der größte Zuwachs (7,7 Prozent) bei den Innungskassen zu verzeichnen. Die Betriebskassen hatten einen Zuwachs von 3,1 Prozent, bei den Ortskrankenkassen betrug die Beschäftigtenzahl 1,5. Die Mitglieder der Kassenarten sind in diesen Zahlen nicht enthalten, Material für das Jahr 1912 steht von diesen Kassen noch nicht zur Verfügung. Im Jahre 1911 waren in den Innungskassen 2.971.716 Personen versichert. Die Berechnung der Mitglieder auf eine Einheit ergibt folgendes: Es kamen auf eine Kasse im Durchschnitt 610,36 Mitglieder gegen 594,31 im Vorjahre. Dieser Durchschnitt wird nur bei den Betriebskassen überschritten, auf eine Kasse kamen 1402 Mitglieder (Vorjahr 1399) auf eine Gemeindekassenversicherung entfielen 211 Mitglieder (Vorjahr 209), ferner kamen auf eine Betriebskasse 435 (429), auf eine Ortskasse 226 (216) und auf eine Innungskasse 25 (25) Mitglieder.

Der Gesamtbestand der Mitglieder der Krankenkassen hat sich im Berichtsjahr vermindert. Überhaupt war eine Verminderung im Jahre 1912 zu verzeichnen, was durch die Aufhebung des Hilfskassengesetzes mit Erwerbslosentlassen angegeben gegen 5.772.295 Personen. Das Material kommt vom Reichlichen Statistischen Amt, die Aufhebung der von diesen Kassen versicherten und erwerbslos gemachten Mitglieder sind für das Berichtsjahr in der Statistik der Krankenkassen nicht enthalten. Das dies betrifft sich auf alle

Kassenarten mit Ausnahme der Baukasten. Bei den Krankenkassen ist die gleiche Berechnung zu machen. Ermittelt sind 112.249.064 Krankheitsfälle (aus Krankengeld und Krankenkassenleistungen) gegen 115.128.905 im Jahre zuvor. Nach Abrechnung der für 1911 von den freien Hilfskassen angegebenen Krankheitsfälle ergibt sich für das Berichtsjahr ein Mehr von 4.127.120 Krankheitsfällen. Die Zahl der Erkrankungsfälle und der Krankheitsfälle bei den einzelnen Kassenarten war folgende:

Kassenart	Krankheitsfälle		Krankheitstage	
	absolut	auf ein Mittel	absolut	auf ein Mittel
Gemeindekassenversicherung	478.517	0,28	9.655.960	5,60
Ortskrankenkassen	3.289.988	0,44	67.901.852	8,08
Betriebskrankenkassen	1.721.421	0,48	31.754.240	8,90
Baukasten	7.955	0,61	131.743	10,05
Innenkrankenkassen	136.677	0,39	2.805.269	7,97

Relativ am meisten Krankheitsfälle und -tage hatten danach die Baukasten: den Gesamtdurchschnitt von 0,43 (Vorjahr 0,42) Prozent Krankheitsfällen und 8,49 (8,15) Prozent Krankheitstagen übersteigen die Orts-, Betriebs- und Baukasten.

Die Einnahmen der Kassen setzen sich aus Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zinsen, Zuschüssen, Ersatzleistungen usw. zusammen. Die Einnahmen sämtlicher Kassen beliefen sich in der Berichtsjahresperiode auf 417.608.075 M. (Vorjahr 412.200.611 M.). Von der Summe entfallen 393.610.899 M. auf Beiträge. Die ordentlichen Ausgaben verteilen sich auf Krankheitskosten, Ersatzleistungen, zurückbezogene Beiträge und auf Verwaltungskosten. Die Gesamtausgaben betragen 395.036.896 M. (Vorjahr 392.524.744 M.). Von der Summe entfallen 359.737.713 M. auf Krankheitskosten. Diese verteilen sich wie folgt: Arzneikosten 85.633.295 M., Arznei- und sonstige Heilmittel 54.706.040 M., Krankengeld 150.398.411 M., Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 7.206.043 M., Sterbegelder 7.932.019 M., Anstaltsverpflegung 53.553.500 M., Fürsorge für Genesende 307.475 M. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 21.598.378 M. Der Ueberschuß der Kassen über die Ausgaben belief sich auf 307.231.994 M. Ein Vergleich der einzelnen Posten bei den verschiedenen Kassenarten ist nur durch die Umrechnung der Beträge auf den Kopf eines Mitglieds möglich. Es entfallen:

Art der Ausgaben	auf den Kopf der versichert. Mitglieder					Summe
	bei der Gemeindeversicherung	bei den Ortskrankenkassen	bei den Betriebskrankenkassen	bei den Baukasten	bei den Innungskassen	
Krankheitskosten	14,93	26,97	33,83	32,92	25,40	27,22
Certhliche Behandlung	4,56	5,99	8,46	8,49	5,85	6,48
Arznei u. sonstige Heilmittel	2,45	4,06	5,22	3,53	3,18	4,14
Krankengelder	4,34	11,58	14,53	14,09	9,94	11,38
Schwanger- u. Wöchnerinnenunterstützung	0,01	0,68	0,57	0,09	0,15	0,55
Sterbegelder	—	0,59	0,92	0,53	0,50	0,60
Anstaltsverpflegung	3,57	4,06	4,05	6,22	5,86	4,05
Fürsorge für Genesende	—	0,03	0,02	—	0,01	0,02
Verwaltungskosten	—	2,59	0,27	0,43	2,89	1,63

Die höchsten Ausgaben hatten die Betriebskassen. Diese bezahlten das höchste Krankengeld und hatten auch weit höhere Aufwendungen für Arzt und Apotheke als die anderen Kassenarten. Eine Betrachtung der Durchschnittszahl aus allen Kassen ergibt, daß gegen das Vorjahr die Krankheitskosten um 97 Pfg. stiegen.

Verteuerungspolitik der Zementfabriken.

Auf die Verteuerung des Zements für die Baubranche läuft hinaus. Die Aktionäre der Adler-Zementfabrik in Müdersdorf haben, freilich unter protokolliertem Protest, ihrer Verwaltung die Ermächtigung gegeben, für ihr Teil die Kosten des Kaufes des Ritterguts Müdersdorf und des Kalkwerks Hornberg (Harz) zu übernehmen. Aus 4000 Morgen Land, einer Ziegelei mit 20 Millionen jährlicher Mauersteinerzeugung, einer Fabrik für 50 Millionen Kalkstein, einer Anlage für die Erzeugung von 900.000 Kubik Zement (4 Notierorten), einem Kalkofen für gebrannten Kalk (jetzt sich das Rittergut Müdersdorf zusammen). Vom Kaufpreise von 8 1/2 Millionen Mark übernehmen die Zementverbände Mitteldeutschland, Hannover und Sibirien zusammen 17 Prozent, die restlichen 83 Prozent entfallen auf Adler und Wegener. Die sämtlichen deutschen Zementverbände, Hannover, Stettin, die Berliner Zementzentrale, Mitteldeutschland, Süddeutschland, Schlesien und Rheinland-Westfalen werden auf 12 Jahre unfundbar verlängert. Thyssen verpflichtet sich, in 12 Jahren in seinem Konzern keine Zementfabrik zu erbauen oder sich an einer zu beteiligen. Kapitalserhöhungen sind mit diesem Geschäft nicht verbunden. Von jedem Kubik Zement wird eine Abgabe von 50 Pfg. erhoben. Die Zementzentrale erwartet auf diese Weise die Amortisation bis zum Jahre 1921 oder 1922. Diese Abgabe wird in Form einer Preisserhöhung von den Konsumenten erhoben, denen also die gesamte Last aufgebürdet wird. Eine Folge der Thyssenschen Zementpläne ist der feste Zusammenschluß innerhalb der gesamten deutschen Zementindustrie. Thyssen hat übrigens ein gutes Geschäft gemacht. Das Rittergut Müdersdorf hat ihn in der Zwangsversteigerung 2 1/2 Millionen Mark gelistet. Die Aufwendungen sollen 1/2 Million Mark betragen haben; das Kalkwerk Hornberg im Harz wird mit 1/2 Million Mark bewertet. Thyssens Verdienst müßte demnach fast 5 Millionen Mark ausmachen. In Berginspektion Müdersdorf und der preussische Ressortminister, der Thyssen das Rohmaterial in Müdersdorf für 60 Pfg. für den Kubikmeter liefern will, wurden wenig freundlich angefaßt. Der Lieferungsvertrag wurde als nicht im Interesse der Allgemeinheit liegend bezeichnet. Der Vertrag wird nun annulliert. Ein Bankensyndikat tritt den Kaufpreis an Thyssen vor und läßt sich von der 50-Pfg.-Abgabe von je 170 Kilogramm Zement bezahlen. Wären die Zementverbände nicht erneuert und würde Thyssen seine Müdersdorfer Fabrik betreiben, so glaubt die Zementzentrale, daß statt der 50 Pfg., die auf die Konsumenten abgewälzt werden, 2 Mk. Ausfall für den Gesamtmarkt in Deutschland 15 bis 20 Millionen Mark, ertragen werden müßten. Das sind ja nette Entwidlungskosten im kapitalistischen Zeitalter.

Bei den Glenden von Berlin.

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin der vierte der von der General-Kommission der Gewerkschaften eingeführten Kurse für Arbeitersekretäre geschlossen. Die Teilnehmer an dem Kursus — 28 Arbeitersekretäre aus allen Teilen des Deutschen Reiches — haben sich nicht nehmen lassen, nach ihrer anstrengenden Tagesarbeit in den Abendstunden noch einige soziale Stätten zusammenzutreffen und allgemeiner Bedeutung zu beschäftigen. Eine dieser Versammlungen war einer Studie des zusammengegangenen Glenden gewidmet — einer Studie, der unsre von uns eingeleitete Redeordnung tägl. folgende, jahraus jahrein Hunderttausende Ausgestoßener, Heimatsloser ausreißt: dem städtischen Obdach im äußersten Nordosten Berlins, in der Kröbelstraße, im Volksmunde die „Balm“ genannt. Ein ganz ungeheurer großes Gebirg in es, auf dem sich die massigen Gebäude des städtischen Obdachs im Becken des Rades erheben. Das im Jahre 1847 eröffnete und 1901 erweiterte Obdach beschlachtet sich nicht darauf, denen, die nicht haben, wo sie ihr müdes Haupt senken können, für eine kurze Nacht Unterkunft, Schlaf und Verpflegung zu bieten, sein Wirken ist größer und umfassender. Wie der Reich, so wachst auch das Obdach zu seinen größeren Zwecken. Neben dem städtischen Obdach enthält die Anlage ein Familienobdach, regelmäßigen Unterricht für die dort unterzubringenden Kinder

und allgemeine ärztliche Behandlung. Außerdem sind dem Obdach ein Hospital für altersschwache Personen, eine Station zur Behandlung geschlechtskranker weiblicher Personen, eine Entbindungsanstalt und eine Desinfektionsanstalt (hauptsächlich zur Reinigung der Kleider) angegliedert. Das sich in dem Obdach auch eine Waschanstalt befindet, sei nur nebenbei erwähnt, und daß große Bräuseabräume vorhanden sind, ist selbstverständlich.

Betrachten wir nun die Bilder, die sich den Augen — aber nicht nur den Augen — der Besucher darbieten, so sind auf der einen Seite die musterhafte Ordnung, die geregelte Fürsorge, die peinliche Sauberkeit und die Schmachhaftigkeit von Suppen und Brot, von denen reichliche Kostproben genossen wurden, auf der anderen Seite aber die in ihrer Massenhaftigkeit grauhaft und teilweise geradezu abstoßend wirkenden Elendstatistiken hervorzuholen.

Die Besucher wurden in alle Räume des Obdachs geführt, die bereits, abgesehen von den ja immer bevölkerten Räumen des Familienobdachs, eine größere Anzahl Personen aufgenommen hatten, da das Obdach um 4 Uhr nachmittags geöffnet wird und von diesem Zeitpunkt ab in ununterbrochener Folge die Obdachlosen, wie ein Magnet, in sich hineinzieht und verschlingt, um sie am nächsten Morgen wieder in schwarzen Strömen auszuspeien. An dem Tage, von dem wir erzählen, hatte das Obdach mehr als 2500 Personen jedes Alters, von ganz jugendlichen an, aufgenommen. Und diese Zahl war noch gar nicht einmal allzu hoch. Denn im Durchschnitt des Jahres vom 1. April 1912 bis zum 31. März 1913 belief sich die tägliche Besucherzahl auf 3083, im März 1913 betrug sie 4229 und im Januar 1913 gar 4728. Wenn man bedenkt, daß daneben laufende dem Obdach des Berliner Asylvereins für Obdachlose zufließen, und daß ungezählte Scharen, die aus irgendwelchen Gründen beide Obdachs meiden, überhaupt nicht geschätzt werden können, so vermag man sich einen annähernd richtigen Begriff von dem allertiefsten Elend zu machen, das der Bund von Berlin trägt und zu einem großen Teil verbirgt.

Der Gesichtsausdruck und die ganze Haltung aller der Menschen, die sich da zusammenfinden — männlicher und weiblicher, und jugendlicher nicht ausgeschlossen —, sind die der tiefsten Mühsal und Hoffnungslosigkeit. Vor vielen Jahren sahen wir einmal in der Berliner Secessionsausstellung ein Bild, vier steinarte Männer mit ausdruckslosem, erschauendem Blick darstellend: die Lebewelt der Glenden. In diesem Bild wird man erinnert, wenn man die Gestalten der Obdachlosen an sich vorbeiziehen läßt. Kraftlosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Lebensmüdigkeit, vollständige Abgelumpftigkeit und Gleichgültigkeit sind ihr gemeinsames Kennzeichen — ganz weiße Ausgenommen. Und was das Jurdärbare dabei ist: auch die Jungen, die ganz jugendlichen, zeigen schon die Anfänge dieser Schwachheit, dieser Willens- und Körperchwäche, dieser Unmöglichkeit, den Kampf mit dem Leben wieder aufzunehmen, den Bann der Erschlaffung zu brechen und sich wieder herauszuarbeiten aus diesem die Kräfte lähmenden Kreise der Geistesarten, der vom Leben und von der Gesellschaft Gezeichneten.

In den mit Obdachlosen gefüllten Räumen lernten wir auch den „Armeuleutgeruch“ kennen. Was sagen wir? Armeuleutgeruch ist für mich gegen die dem Atem benehmenden Dümpfe, die uns von den Menschenmassen entgegenkommen, und die es uns unmöglich machen, länger als Sekunden in ihrer Nähe zu bleiben.

In der Abteilung für weibliche Personen (Familienobdach) sahen wir Frauen mit ihren schulpflichtigen und noch nicht schulpflichtigen Kindern, Mütter mit ihrem Säugling an der Brust — obdachlose Säuglinge! 345 Säuglinge wurden im Jahre 1912 im Familienobdach beherbergt, außerdem 458 Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren und 233 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, zusammen 1034 Kinder. Die schulpflichtigen Kinder erhalten im Obdach Unterricht. Der Unterrichtsraum ist einfach, aber nicht unfreundlich.

Im Familienobdach fanden im Jahre 1912/13: 732 Familien mit 2149 Köpfen, außerdem 1849 Einzelpersonen Unterkunft und Verpflegung (60.708 Verpflegungstage). Das nächste Obdach beherbergt im gleichen Zeitraum 1.125.615 Personen. Diese letzteren erhalten abends um 8 Uhr und morgens Roggenmehlsuppe (je 0,9) und je 200 Gramm Schwarz- oder Mittelbrot. Wir überzeugten uns davon, daß Brot und Suppe schmachhaft sind. Die arbeitssfähigen Hilflisten müssen morgens bis zu 2 Stunden Soli zerfeinern, bevor sie die Anstalt verlassen dürfen. Soweit es möglich ist, wird ihnen Arbeit verschafft, jedoch kommt auf 1000 Hilflisten nur einer, sage und schreibe: einer, dem Arbeit zugewiesen werden kann.

Bei der Unterbringung in den Schlafräumen werden die Obdachlosen, soweit irgend möglich, nach Altersklassen getrennt. Sie erhalten eine Bettstelle mit Ringstahlrohrgestell und zwei Decken, die jeden morgen desinfiziert werden, ferner einen Speisepapier und einen Kessel. Die Obdachlosen dürfen fünfmal hintereinander kommen. Dann werden sie verwarnt, und wenn die das sechste Mal wiederkommen, dem Richter zur Bestrafung zugeführt. Oft ist die Folge auch Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, d. h. Arbeitshaus. Das ist ein wunder Punkt des städtischen Obdachs. Wenn Berliner Asylverein für Obdachlose besteht dieses Verfahren nicht. In dessen Obdach kann man nächtigen, so oft man will und muß, ohne gewärtigen zu müssen, der Polizei und dem Gericht überwiesen zu werden. Als vor Jahren einmal ein Berliner Polizeipräsident dem Asylverein nahelegte, dasselbe Verfahren einzuführen, wie es im städtischen Obdach herrscht, da erklärte der Vorstand des Asylvereins in der bestimmtesten Form: ehe er dem Wünsche des Polizeipräsidenten nachkäme, würde er das Obdach schließen. Vor dieser Möglichkeit schreckte selbst ein Berliner Polizeipräsident zurück.

Sehen wir von dem Schönheitsfehler des städtischen Obdachs ab, so erkennen wir in ihm eine soziale Einrichtung, die in ihrem Kreise Großes leistet und auf die die Reichshauptstadt stolz sein kann. Und wenn die Arbeit des städtischen Obdachs doch nicht anders ist, als ein Tropfen auf einem heißen Stein, wenn sie doch eine Stiphhusarbeit bleibt, wodurch ihr Wert nicht verkleinert werden soll, so muß eben wieder festgestellt werden, daß die Ursachen des Elends tiefer liegen: daß sie nicht in den Menschen, sondern in den gesellschaftlichen Zuständen begründet sind, und wir sehen wieder, daß wir den gesellschaftlichen Zuständen ein Ende machen müssen, um dem Elend ein Ende zu machen.

Literarisches.

Die Bodenschätze Württembergs, verfaßt von Dr. Wranthel Brühmayer. Verlag der E. Schweizerbart'schen Buchhandlung, Nagel und Dr. Schropp, Stuttgart. (Preis 5.60 Mk.) Auf geologischem Gebiet werden alljährlich viele Neuererscheinungen auf den Markt geworfen, wobei sich nur wenige Bücher dauernd behaupten können. Das umfangreiche Werk des Herrn Dr. Brühmayer ist mit großer Umsicht zusammengestellt, dabei ist der Verfasser bemüht gewesen, sich möglichst vollständig auszudrücken. Die einzelnen Abteilungen sind in leicht verständlicher Weise behandelt. Recht eingehend kommen die Salzwerte Friedrichshall, Hall, Sulz, Wilhelmshall, Rottweil, Kochendorf und Jagstfeld zur Darstellung. Von recht praktischen Gesichtspunkten aus sind die Wertstoffe des „Keupers“ behandelt. Der Verfasser weist daraufhin, daß dieser Sandstein schon zu Römern Zeiten Verwendung fand. Württemberg besitzt auch ausgedehnte Mischkalkablagerungen, doch können die Steinbrüche mit denen in Unterfranken einen Wettbewerb nicht aushalten. Die vielen Kalksteinbrüche begünstigen natürlich die Anlage von Zementfabriken in besonderem Maße. Im Jahre 1908 wurden über Württemberg's Grenzen hinaus 162.810 Tonnen Zement verkauft. Die Exportquoten kommen in dem Werte auch zu ihrem Recht, allerdings hat der Verzug auf Silber, Kobalt, Kupfer und Blei in Württemberg keine besondere Bedeutung mehr. Die vorliegende Arbeit wird für die Steinbruchbesitzer ein sehr nützliches Nachschlagewerk sein. Wir wünschen dem Buche, welches in arabischer Hinsicht famos ausgestattet ist, die weiteste Verbreitung.

mit der päpstlichen Enzyklika beauftragte, eine deutsche Übersetzung der Enzyklika vorlegen konnte, die als Berufungsbuch dienen sollte, die aber an den Inhalt der päpstlichen Berufungsbüchlein nicht anknüpft. Rechtsanwalt Heine machte mit Recht den Privatkläger den Vorwurf, daß sie in Essen die tief einschneidende Bedeutung der Enzyklika für die katholischen Arbeiter nicht genügend gewürdigt hätten. Man habe in Essen die Delegierten im Unklaren gelassen darüber, welche Wirkungen die Enzyklika für die christlichen Gewerkschaften haben könnte, wenn die kirchlichen Behörden sie zwängen, den päpstlichen Anforderungen strikte Rechnung zu tragen.

Es ist nicht Aufgabe des Gerichts — so heißt es im Urteil — festzustellen, was der Papst tatsächlich mit der Enzyklika gewollt oder beabsichtigt hat. Es mag den Angeklagten zugegeben werden, daß die Auslegung, die sie der Enzyklika geben, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, als die anderen Auslegungen. Es mag auch sein, daß andere Leute, insbesondere der Bischof Korum von Trier, die Enzyklika anders auslegen und andere Anweisungen an ihre Untergebenen erteilen haben, als die christlichen Gewerkschaften.

Dieser Teil des Urteils ist gewiß diktiert worden auch durch das tiefgründige Plaidoyer Heines, der, gestützt auf unüberlegliche Beweisgründe, auseinandersetzte, daß es für die katholischen Arbeiter gar nichts anders gäbe, als die Grundsätze anzuerkennen, die die verschiedenen Päpste für die katholischen Arbeiter, für die Arbeiterorganisationen, zuletzt für die christlichen Gewerkschaften in der Enzyklika singulari quadam festgelegt hätten. Die katholische Kirche erkennt eine Unabhängigkeit und Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht an, solange katholische Gläubige diesen Organisationen als Mitglieder angehören. Es war sehr interessant zu hören, wie die Privatkläger sich den Inhalt der Enzyklika dachten. Der Mut, zu sagen, daß die Kirche den christlichen Gewerkschaften gar nichts zu sagen und zu befehlen hätte, brachten sie nicht auf. Heine suchte eine solche Antwort, aber so oft er fragte, so oft sprachen die Privatkläger und die sonstigen christlichen Gewerkschaftsführer und Gönner der christlichen Gewerkschaften, die als Zeugen erschienen waren, im Kreise herum. Bis heute warten wir noch vergebens auf eine Antwort, was die christlichen Gewerkschaftsführer zu tun gedenken, wenn es dem katholischen Oberhaupt gefällt, die christlichen Gewerkschaften für die Katholiken zu verbieten. Das wird sich finden, wenn es einmal so weit kommen wird. Das war die Hintertür, durch die sich die christlichen Herrschaften drückten. Und doch wissen wir, was sie machen werden, wenn sie dem Groll kirchlicher Würdenträger gegenübersehen. Das Vorgehen des alten Bischofs Korum in der Diözese Trier gibt uns ein Schulbeispiel dafür ab, wie stark die christlichen Gewerkschaften sind, wenn auch nur ein Bischof gegen sie den Krummstab schwingt. Der Bischof hat die christlichen Gewerkschaftler in den Arbeitervereinen seiner Diözese in eine Sonderstellung gedrängt, die verlegend auf katholische christlich organisierte Arbeiter wirken muß. Die Geistlichen der Diözese dürfen nicht mehr für die Verbreitung der christlichen Gewerkschaften eintreten. Dann erinnern wir daran, wie der Bischof in der Sozialbewegung der christlichen Organisationsverleiher an der Saar eingriff. Der christlichen Gewerkschaftenorganisation war durch solches Vorgehen des Bischofs die Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt die Lohnbewegung bezug zu nehmen durchzuführen, selbst wenn diese Bewegung eine einheitlichere gewesen wäre, als sie war und sie durchgeführt werden sollte. Bischof Korum hat in allen diesen Fällen die Konsequenzen, wenn auch nicht die letzten, aus der päpstlichen Enzyklika gezogen. Und die christlichen Gewerkschaftsführer, die anfänglich noch polterten, haben sich in ihr Schicksal begeben. Das weiß jeder, der den Gewerkschaftsstreit an der Saar früher und der ihn bis heute verfolgt hat. Es war wirklich schade, daß neben Dr. Kaufmann nicht auch die dem Bischof Korum treu ergebenen katholischen Christlichen Klein und Kreis aus Trier vernommen wurden; sie hätten uns einen Einblick verschaffen können, wie weit der Einfluß eines Bischofs geht, der von den christlichen Gewerkschaften nicht wissen will.

Also ob förmliche Unterwerfung oder nicht, darauf kommt es zunächst nicht an. Die Privatkläger haben es nicht vermocht, vor Gericht die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festzustellen, wohl aber ist ihnen der Nachweis erbracht worden, daß von dieser Selbständigkeit und Unabhängigkeit keine Rede sein kann. Wie wir oben sehen, neigt das Gericht, ohne ein abschließendes Urteil über die Frage abzugeben, der letzteren, das ist der Meinung der beklagten Parteigeorgane, zu.

Und wie steht es mit den Vorkäufen im Ruhrgebiet? Es ist nicht der Beweis erbracht worden, daß der perthurbende Erbschaft von Köln mit von rheinisch-westfälischen Industriellen geschenkter Peterspfennigen nach Rom gereift ist, um für die christlichen Gewerkschaften zu bitten. Gest steht nur, daß der Erbschaft mit Rom in der Gewerkschaftsfrage in lebhafter Unterhaltung stand. Auch dafür ist nicht der Beweis erbracht worden, welche förmliche Verhandlungen von den christlichen Gewerkschaftsführern mit den Erbschaften gepflogen wurden, und ob es überhaupt zu solchen direkten Verhandlungen gekommen ist. Bewiesen aber wurde glänzend, daß christliche Gewerkschaften im Ruhrgebiet politische Wahlgeschäfte für die Erbschaften betrieben haben. Herr Sieberitz leugnete das unter Eid ab, aber Herr Zumbusch von Bergmann verwarf ihm, gleichfalls als Zeuge, gründlich das Konzept. Er legte die Fäden der christlichen Wahlmasche bloß, und auch Stegerwald erklärte pompös, daß die christlichen Gewerkschaften allen Parteien gegenüber politisch neutral sind, nur nicht der Sozialdemokratie gegenüber. Im Ruhrgebiet sorgte man dafür, daß die Nationalliberalen — das ist die Industriellenpartei in diesem Gebiet — im Wahlkreis Duisburg in die Stichwahl kamen, und hierbei halfen christliche Gewerkschaftsführer mit. Von dem christlichen Bergarbeiterorgan wurde die gründlichste Wahlagitiation für den Schachmacherlandbetrieben. Ebenso gegen den verbliebenen Führer der Bergarbeiter Hue im Wahlkreis Bochum. „Nehet wählen wir den Teufel, als Huc!“ So erklärte Zumbusch! Das heißt: Lieber den schlimmsten Schachmacher gegen die Arbeiter, als einen Freund der Arbeiter, als den man Huc ganz besonders hinführen kann. Das ist die Gewerkschaftspolitik von Leuten, die angeblich, ernstlich Arbeiterinteressen vertreten zu wollen. Als man vor Gericht die Gründe vorbringen sollte, warum man Huc so hatte, da stellte sich heraus, daß die christlichen Gewerkschaftsführer unangenehm geworden ist durch sein Eintreten für die Einigkeit aller Bergarbeiterverbände!!! Darum nieder mit Huc! Der Hof gegen die Sozialdemokratie, gegen die Millionen Klassenorganisation ist so groß, daß die christlichen Gewerkschaften politisch sich für die Schachmacher engagieren, deren Wahlgeschäfte besorgen helfen. Und das christlichen Gewerkschaften dabei rüchellos in der Wahl ihrer Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind, daß ferner die Wahrheit dabei gründlich mißbraucht wurde, auch dafür hat der Prozeß reichliches Material ans Tageslicht gebracht.

Den größten Gewinn aber dürfte der Bergarbeiterverband aus dem Prozeß haben. Ihm mußte attestiert werden, daß nicht politische und ungewerkschaftliche Ursachen dem letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrbezirk unterlagen. Daß den Streik herbeigeführt hat, welche Vorgeschichte er hatte, darüber wurde andererseits festgestellt, der die Haltung der Verbände, die den Streik führten, rechtfertigte. Und als Heine darauf drastisch und starke Worte gegen das Verhalten der Gewerkschaften vor und während des Streiks sand, da mußten die Privatkläger nicht, was sie auf diese Vorhaltungen antworten sollten. Sie schwiegen. Die sie auch auf viele andere Fragen hin schwiegen. Nein, der Prozeß war nicht umsonst — er hat, wie Stegerwald sagt, gründliche Klärung geschaffen. — Das wird mehr noch als die vorliegenden Zeitungsberichte das Stenogramm der Verhandlungen zeigen, das hoffentlich in einer Schrift zur weitesten Verbreitung gelangen wird. Der Vertreter der Privatkläger, Rechtsanwalt Schreiber, wird dann Recht behalten: Die letzten Dinge werden schlimmer sein, als die ersten — für die christlichen Gewerkschaften!

Behandlungen des Zentralvorstandes.

Mit dem 1. Januar erfolgt die Ausstellung der neuen Reisekarten. Die Bestimmungen über die Reiseunterstützung sowie die Orte, in denen die Auszahlung erfolgt, ist auf der Rückseite der Reisekarte angegeben. Die Reiseunterstützung ist international geregelt. Deutschland, welche im Ausland bezogen ist, kommt in Deutschland ebenfalls mit in Anrechnung. Dagegen wird die in Deutschland bezogene Unterstützung im Ausland mit angerechnet. Jeder reisende Kollege kann im ganzen nur so viel Unterstützung beziehen, wie in dem betreffenden Land durch Statut festgesetzt ist.

Die Unterstützung der auf der Karte ist im Mitgliedsbuch zu vermerken. Ebenfalls die auf der alten Reisekarte bezogene Unterstützung. Ersatzkarten für verlorene Reisekarten können nicht ausgestellt werden.

Nach Statut ist die Reiseunterstützung in Deutschland folgendermaßen geregelt:

1. Reiseunterstützung wird pro Tag 1 Mk. gewährt und ist nur an solche Steinarbeiter zu bezahlen, die, wenn sie auf Wanderschaft gehen, ein Jahr regelmäßig ihre Beitrags- und eventuelle Extraleistungen geleistet haben. Ausnahmen sind nur mit denen zu machen, welche sofort nach beendeter Lehrzeit dem Verband beitreten oder durch Lohnbewegungen gezwungen sind, abzureisen. Jedes Mitglied hat, wenn es die Auszahlung einer Reisekarte verlangt, im vorhergehenden Jahre mindestens die Zahlung von 26 vollen Wochenbeiträgen nachzuweisen.

- a) Reiseunterstützung wird vom dritten Tage nach Eintritt der Reise gewährt und kann getrennt oder hintereinander auf die Dauer von 60 Tagen und bis zum Beitrage von 60 Mk. innerhalb eines Jahres bezogen werden.
- b) Die Reisekarte wird jedes Jahr am 1. Januar erneuert. Die Ausstellung derselben erfolgt durch den Ortsvorstand.
- c) Die Auszahlung geschieht von zwei zu zwei Tagen, darf aber nur an dem Fälligkeitstage ausbezahlt werden. Die Unterstützung ist durch Ortsstempel und Datumsermerk auf der Reisekarte zu quittieren. Tritt ein Reisender in Arbeit, so ist die Karte beim Vertrauensmann abzugeben, und erhält sie Inhaber erst beim Wiederrücktritt seiner Reise jurisd. Die Unterstützung ist an ein und demselben Orte innerhalb dreizehn Wochen nur einmal auszuzahlen. Mehr als vier Tage Unterstützung werden an einem Orte nicht ausbezahlt.
- d) Bei Aufnahme der abgelassenen Reisekarte ist dem Reisenden die bezogene Unterstützung im Mitgliedsbuch zu vermerken.

Nach Beschluß des Internationalen Steinarbeiterkongresses zu Brüssel werden noch ab die ausländischen Beitragsmarken der dem Internationalen Sekretariat angehängten Verbände bei der Berechnung der Beiträge mit in Anrechnung gebracht. — Die im Ausland geleisteten Beitragsmarken werden nach der 1. Beitragsklasse unzurechnend, wie bei den Übereinstimmenden aus anderen Organisationen. Die Ortsverbände, welche in anderen Organisationen geleistet sind, kommen bei der Umrechnung nicht mit in Betracht.

Die Expedition hat zum Versand des „Steinarbeiter“ die Adressen neu drucken lassen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Neuwahl in der Adresse der örtlichen Empfänger soviel wie möglich keine Änderung vorzunehmen.

Es gehen uns öfter Beschwerden zu, daß sich in dem Streifenbänden und Paketen nicht immer diejenige Zahl von „Steinarbeiter“-Exemplaren befinden, welcheiffernmäßig auf der Adresse bemerkt sind. Im Hauptbureau werden die Adressen gebrauchsfertig gemacht, die Verpackung und Verfertigung aber besorgt die Expedition der „Veipziger Volkszeitung“, Druckerei. Bei Reklamationen ersuchen wir nun, daß uns die Streifenband- oder Paketadressen zugesandt werden, dann können wir die Unbestände leichter abstellen.

Korrespondenzen.

Eigershausen. Am 14. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt, welche sehr schwach besucht war. Zum 1. Punkt machte der Vorsitzende die Kollegen darauf aufmerksam, daß wenn die Erwerbslosenunterstützung durchkommt, auch eine Beitragserhöhung stattfinden muß und die Erwerbslosenmarke dann ganz verfallen werden muß. In die Ortsverwaltung wurden die alten Kollegen einstimmig wiedergewählt. Die Verwaltung sprach ihren Dank aus, daß ihr das Vertrauen von den Kollegen wieder geschenkt wurde. Dann wurde beschlossen, zu Neujahr ein Kränzchen zu feiern, wozu ein jedes Mitglied 30 Pf. beisteuern muß. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, das mit zu helfen, daß künftig die Versammlungen besser besucht würden und man nicht immer ein und dieselben Kollegen zu sehen bekommt. Es sind verschiedene, die es gar nicht nötig halten, eine Versammlung zu besuchen; auch das pünktliche Erscheinen wäre sehr notwendig. Die Mitglieder werden vom 7. Januar ab bis zum 15. eingeladen, bis dahin muß ein jeder Kollege sein Buch in Ordnung haben. Es ist nicht hübsch, daß eine Zahlstelle so viele Rückstände zu verzeichnen hat.

Kirchheim. Recht graue Zustände herrschen schon längere Zeit und jetzt noch bei der Firma Holzmann, da die Kollegen schon seit 4 Wochen sich im Freien mit den großen Quadern abplagen müssen. Dann handelt es sich darum, daß die Firma die Stütze so billig wie möglich angefertigt bekommen möchte. Da nun die Platzkommission mit der Geschäftsleitung keine Vereinbarung erzielen konnte, so wurde die Ortskommission von Kirchheim und der Gauleiter herangezogen. Da nun von dieser die Forderung der Kollegen für gerecht anerkannt wurde, so ließ sich der Herr Geschäftsführer Klein herbei, an jedes Stück mit jedem einzelnen Kollegen zu vereinbaren, da doch nicht ein Stück wie das andre wäre, was auch von der Kommission gutgeheißen wurde. Das erste Stück wurde vereinbart. Als dann 2 Tage später Geschäftsführer Stahl auf unsern Werksplatz kam und sich vom Geschäftsführer Klein die Stütze vorzeigen ließ, machte dieser eine Menge wegwerfender Bemerkungen, welche von einigen Kollegen gehört wurden. Als nun die Kollegen, welche ihre Stütze fertig hatten, diese vereinbaren wollten, wurde ihnen vom Geschäftsführer zur Antwort gegeben, er könne die Stütze nicht vereinbaren, da erst eine Kommission käme und die Stütze befestigen würde. Daraus zichen die Kollegen den Schluß, daß Herr Stahl auch ihnen die Marken abstreifen will, was in seinem Geschäft gegenwärtig der Fall ist. Nun kam Zahlenschluß und die Kollegen verlangten die Vereinbarung ihrer Stütze, was auch geschah. Die Kollegen mußten sich aber erst einen Tag herumschleppen. Am 28. November kam nun die Schiedskommission. Der Vorsitzende Suchner fragte nach der Bezahlung der Stütze, und gleich darauf antwortete er, daß muß er an die Direktion nach Frankfurt berichten, indem die Stütze über Tarif bezahlt waren. Einige Tage später bekam wir schon vom Geschäft die Antwort, daß für diese Stütze zu viel bezahlt würde, es gäbe überhaupt keine Härtezufälle mehr. So urteilte tariffreie Unternehmer über eine Position, über welche erst vor kurzer Zeit ein Schiedspruch festgelegt wurde. Das werden sich die Kollegen nicht gefallen lassen.

Mönigsberg. Am 19. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokal von Schöne. Nach Verlesung des Protokolls erkrankte die gewählte Schlichtungskommission Bericht über die stattgefundene Sitzung mit den Arbeitgebern, in welcher einige Punkte zu schlichten waren. Hieran war ersichtlich, daß die Arbeitgeber noch immer auf ihrem Fierensstandpunkt beharren. Ein Fabrikbesitzer äußerte z. B. er könne die Broden perarbeiten lassen wie er wolle. Es werden nämlich mehrere Kreuzstücke zusammen als Profittel gearbeitet und dann auseinandergetrennt. Hieran schloß sich die Ausdauererwägung, welche nicht erledigt werden konnte. Es sollten hierzu gegenwärtige Vorschläge gemacht werden. Dann gab es eine Streiffrage des Jahresgeldes wegen. Es ist tariflich festgelegt, daß Jahrgeld 8. Klasse be-

trägt wird. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß, wenn nicht 8., sondern 4. Klasse gefordert wird, sie auch nur für 4. Klasse bezahlen brauchen. Die verarmtesten Kollegen waren anderer Ansicht. Ein Herr hat sogar vor einiger Zeit gehindert, und wenn er des Nachhinein hätte, er gehe zum Hofhof und löse die Fahrkarten selbst. Die Kollegen sind aber der Meinung, daß er dieses für die Dauer nicht aushalten würde. Den Vorwurf an Werkstätten zu bezahlen, dazu wollte sich dieser Herr auch nicht bewegen lassen. Als ihm darauf ein Arbeitgeber erklärte, das müsse bezahlt werden, war er für diese Behauptung sehr dankbar. Die nächsten drei angeführten Positionen haben nicht die Bedeutung, in die Öffentlichkeit gebracht zu werden.

Wagen. Besondere Anmerkung des Schriftführers: Immer wieder müssen wir den reisenden Kollegen zurufen, den Osten so viel wie möglich zu meiden. Denn es sind hier etliche Kollegen arbeitslos. Es sind dies ältere Kollegen, und jüngere Kräfte werden nur verlangt, deshalb wollen die Arbeitgeber diese nicht einstellen. Wenn diese nun Arbeit erlangen wollen, sind sie gezwungen, erst 20 bis 40 Meilen und noch mehr zu fahren, bis sie in einen anderen Steinbetrieb gelangen, da solche hier im Osten sehr selten sind. Es wurde nach Schiffsahrt amonitioniert, und etliche Kollegen trafen ein. Mit dem Schriftfuhren ist es hier bei dieser Jahreszeit vorbei, und erste waren nicht Granitarbeiter; so mußte z. B. einer bald den Ort wieder verlassen, da er es bei 8 bis 10 Mark die Woche für die Dauer nicht aushalten konnte. Es gibt Vertriebe, in denen täglich bloß sechs Stunden gearbeitet wird. Es wird jedem leicht ersichtlich sein, daß bei einer solch kurzen Arbeitszeit und bei einem Stundenlohn von 35 bis 40 Pf. für Hilfsarbeiter und 40 bis 50 Pf. für Schleifer in Könnigsberg nichts anzufangen ist.

Wagen. Zu der am 21. Dezember in der Tonhalle einberufenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Braun über Zweck und Wesen der gewerkschaftlichen Organisation. Referent gab den Kollegen in kurzen Zügen den Werdegang und Ziele der christlichen und katholischen Organisationen bekannt, seine Ausführungen in dem Sinne schließend, daß für die Arbeiter, denen es um eine Aufbesserung ihrer Lage erust ist, nur die freien Gewerkschaften in Frage kommen können. Nur in diesen sind die Arbeiter die nötige Unterstützung, welche notwendig ist, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kollege Schäfer sprach über das Konsumwesen und seine Bedeutung zum Nutzen der arbeitenden Klasse. Das vorgelegte Material sprach durchaus für die Genossenschaftsbewegung. Nach lebhafter Aussprache wurde jedoch von der Gründung einer Konsumgenossenschaft, weil für unsere Verhältnisse noch nicht reif, Abstand genommen. Kollege Braun machte auf die im Januar stattfindenden K n a p p i c h a f t m a ß e n aufmerksam, an welchen wir uns zum erstenmal beteiligen werden.

Handelsrader. Am 25. Dezember fand bei Sign. Müller unsere Generalversammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Kollege Hohle hielt einen Vortrag über die Internationale Baujahrsausstellung zu Leipzig. In Punkt: Tarifangelegenheiten wurde wieder das Verhalten der hiesigen Unternehmer den Kollegen gegenüber gefestigt. Auch wurden die Kollegen ersucht, ihre Rechte laut Tarif besser zu beanspruchen wie bisher. Zu Punkt: Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Wilhelm Mühlthay, erster Vorsitzender; Mich. Joseph Maues, zweiter Vorsitzender; Kaspar Röder II., Kassierer; Joseph Wagner, Schriftführer; Gustav Paas und Viktor Auh, Revisoren. Unter Vorsitzendes bemängelte der Vorsitzende den schlechten Beschlusbeschlus. Es wäre doch Zeit, daß sich diejenigen Kollegen, die in hiesigen Kreisen leberseit ihren Mann stellen, einmal erwachen und sich der gewerkschaftlichen Ziele etwas mehr erinnern möchten.

Königsberg (Bayerischer Wald). In Schlaß fand am 27. Dezember eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Besonders stark waren die Hilfsarbeiter erschienen, welche mit recht großem Interesse den Debatten folgten. Der Vorsitzende hielt ein sehr muttergütiges Referat über den Wert des Verbands, welches den Beifall der Anwesenden fand. Es ließen sich auch neue Kollegen in den Verband aufnehmen. Wenn die Unternehmer denken, daß hier der Verband wieder in die Hände geht, so sind sie mit ihrer Anschauung falsch daran. Die Kollegen in diesem abgelegenen Orte wissen sehr wohl die Erfolge des Steinarbeiterverbands zu würdigen. Hoffentlich hält dieser gute Geist unter den Verbandmitgliedern auch fernert.

Ziegelanger (am Main). Am 21. Dezember fand im Gasthaus von Wegner unsere Generalversammlung statt. Es wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Kaspar Söldner, 1. Vorsitzender; Baltir Steining, 2. Vorsitzender und Schriftführer; Reinhold Auh, Kassierer; Joh. Schöber und Konrad Gehner als Revisoren. Kollege Hohle hielt einen Vortrag über die Baujahrsausstellung in Leipzig. Sehr scharf wurde die Firma Winterthur kritisiert. Dieselbe glaubt mit den Arbeitern nach Belieben umspringen zu können. Der Geschäftsgang ist zurzeit allerdings der beste nicht zu nennen. Die reisenden Kollegen möchten dieses besonders beachten. Der Verband hat hier einen festen Stützpunkt und die Ortsverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß die innere Festigkeit eine immer größere wird.

Die Gewerkschaften in Serbien nach dem Kriege.

Von der Zentrale der Gewerkschaften in Belgrad wird uns geschrieben: Unsere Bewegung steht noch immer sehr schlecht. Die Kriegserfolge mit ihren Folgen beherrscht ganz unser öffentliches Leben. Sie und die noch nachwirkende Mobilisation bedeuten große Hindernisse für die Arbeiter bei der Wiederherstellung ihrer Organisationsfähigkeit. Die Demobilisation umfaßt erst einen beschränkten Teil der Truppen und vollzieht sich in einer für uns sehr ungünstigen Weise. Nur ein Teil der Reservisten wurde entlassen. Die Urlaubenden sind nicht entlassen, sondern nur sechs Wochen vom Kriegsdienst befreit, und werden dann wieder einberufen. Solche Art der Demobilisation macht allzu sehr unsern Arbeit. Der Krieg hat bei den Massen große Empörung ausgelöst, die gegenwärtigen Zustände aber paralysieren den Aktionsdrang und drücken die Arbeiter nieder. Daraus ist ersichtlich, daß die Belebung unserer Organisation nur langsam vor sich geht. In allen Orten liest man unsere Presse im steigenden Maße. Die Zahl der Leser ist überall um 20 bis 100 Prozent gestiegen. Leider ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit dem Jahre 1912 um die Hälfte reduziert worden. Unde alten noch lebenden Mitglieder sind auch ziemlich alle wieder in der Organisation. Nur die Furcht vor dem Straf in die Kaserne erschwert den normalen Gang der Gewerkschaften.

Die miserablen Lebensverhältnisse unter treiben die Massen wieder zur Aktion. In den letzten zwei Monaten wurden drei Streiks und fünf Tarifbewegungen geführt, 248 Arbeiter haben daran teilgenommen. In fünf Fällen handelte es sich um Lohn-erhöhungen von 10-30 Prozent in drei Fällen um Verkürzung der Arbeitszeit von 1 1/2-2 1/2 Stunden. Alle Bewegungen mit einer Ausnahme wurden mit Erfolg durchgeführt. Am 8. Dezember brach der Metallstreik der Arbeiter in Belgrad aus. Es waren beteiligt: 364 Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungmädchen. Sie forderten die Erhöhung des Wochenminimums um 2 Franc für Erwachsene, die Arbeitsgeber aber wollten die Tarife durch Preisfälligerung der Arbeitsbedingungen reformieren. Der Streik endete mit dem Sieg der Arbeiter. Mehr als bisher macht sich eine Bewegung unter den Bergarbeitern bemerkbar, und zwar, so paradox das erscheint — als die Folge der Freiheit im Kriege. Unsere Bergarbeiter haben mehr Freiheit im Kriege wie die Soldaten und auch mehr als die freien Arbeiter und Bürger. In der Ardeidenschaft brachten die vom Staat begünstigten Gewerkschaften und Polizeibehörden unsere Anstrengungen zum Scheitern. Während des Kriegs aber hatten unsere Agitatoren großen Erfolg bei den Bergarbeitern. Bei der Belagerung von Adrianopel sprachen unsere Bergarbeiter aus „Krajine“ nur vom Sozialismus und durch Wandzettel veranbalteten sie Abklima-

müssen für oder gegen ihn. Doch fast alle Stimmen waren für den Sozialismus. Ueber die Vergewerke ist eine Art Ausnahmezustand verhängt worden. Mehr als zehn Organisationen hat die Reichsregierung schon zerlegt, ihr Vermögen genommen und die Vergewerkschaften aufgelöst oder gemindert. Die Gewerkschaften werden jetzt als Verbandsorganisationen angesehen, die ihren Lohn von 3,50 bis 5 Krant. Bei der Auszahlung gibt man ihnen aber nur 2,20 bis 2,50 Krant. Viele hängende Madonnen hängen deshalb aus dem Lohnde. Nur die französischen und belgischen Kapitalisten sind unter Vergewerke ein Eldorado, für die Arbeiter aber bedeutet sie ein Sibirien. Die Statistik stellt fest, daß der Jahresdurchschnittslohn für eine Arbeiterin 390 Krant beträgt. Bei partiellen Auszahlungen werden die Löhne oft nicht ausbezahlt. Der Minister antwortet oft auf Beschwerden bei viel schlimmeren Verhältnissen: Die Sache ist erledigt; der bere. Arbeiter ist totgefallen; die Dichterin hat ihr mögliches getan usw. Lustre Vergewerke haben aber Ausnahmefälle. Sie sind ein Staat im Staate, ein Herr der unbegrenzten Willkür des Kapitalismus.

Steinausreibungen.

Kal. Eisenbahnbetriebsamt IV in Breslau. Lieferung von 100 Tonnen Granitpflastersteinen 3. Klasse für den Bahnhofs-Bellevue. Der Gemeindevorstand in Droschitz, Hannover. Zum Ausbau des Gemeindevorgangs von Reich nach Droschitz: 3. Lieferung von 5740 Quadratmeter Plastersteinen frei Schiffsbord Büchlein, 4. Lieferung von 3250 laufende Meter Niedrigbordsteinen frei Droschitz.
Regierungsbaumeister Dr. Lucht in Greifswald. Vos S. Steinmeharbeiten zum Neubau des Säuglingsheims in Greifswald. Städt. Tiefbauamt II in Müllersberg i. Pr. Vorderseite: 3000 Meter dicke, gerade, 3000 Meter dicke, kauer bearbeitete, 1000 Meter kauer bearbeitete; 10000 Quadratmeter Fußsteine 1. Klasse, 10—12 Zentimeter breit, 16—18 Zentimeter hoch, 18—25 Zentimeter lang, und 10000 Quadratmeter wie vor, aber 11—16 Zentimeter breit. Von jeder angegebenen Materialsorte ist eine für die ganz Prüfung maßgebende Probe gemäß § 3 der befürworteten Bedingungen anzufertigen.
Städt. Tiefbauamt II in Bremen. Werksteinverblendung des Unterhauses zum Neubau des Zollhauses.
Groß. Wasser- und Straßenbauinspektion in Fahr, Baden. Lieferung des zur Instandhaltung der Landstrassen der Unterpforte Fahr und Göttingen im Jahre 1914 erforderlichen Hartsteinmörtels frei Verwendungsstelle in 38 Postabteilungen.
Städt. Tiefbauamt in Neukölln. Lieferung von etwa 1200 Quadratmeter Mauerwerksteinen 4. Klasse aus schwedischem Granit. (Diese Ausschreibung muß als völlig unverständlich bezeichnet werden. Die 4. Klasse werden wohl auch noch aus Deutschland zu liefern sein. Verlässliche Stadtverwaltung! Wir protestieren gegen ein solches Verfahren in entschiedener Weise. Die Redaktion des "Steinbock".)
Evang. Kirchenbauinspektion in Heidelberg. Steinhauerarbeiten für den Neubau des evang. Gemeindehauses in Meinen.
Mineralbaudeputation in Bamberg. Lieferung von 5500 Kubikmeter Mauerwerksteinen und 870 Meter Kantsteinen.
Städt. Tiefbauamt in Altona. Lieferung von 1000 Kubikmeter "Mauerwerksteinen".

Rundschau.

Der nächste Gewerkschaftskongress. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird den 7. ordentlichen Gewerkschaftskongress zum 22. bis 27. Juni nach München einberufen. Die Tagesordnung für den Kongress wird später festgelegt.
Die Existenz des Arbeiters ist gesichert bis ins hohe Alter. Der § 173 der Reichsversicherungsordnung sieht vor, daß von dem Beitragswaner zur Krankenkasse auf seinen Antrag befreit wird, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange der vorläufige unterstützungspflichtige Armenverband damit einverstanden ist. In dem § 9 des Statuts des Allgemeinen Knappschaftsvereins ist daselbe zum Ausdruck gebracht. 50 Invaliden, die vom 1. Januar 1914 an versicherungspflichtig waren, wurden von der Armenverwaltung Loerhagen mit ihrem Antrag um Befreiung von der Versicherungspflicht abgewiesen, und die Jecher Concordia in Oberhausen kündigte diese Leute zum 1. Januar 1914. — So steht es mit der Existenz dieser Invaliden aus. Wohl haben sie eine kleine Pension, doch die langt weder zum Leben, noch zum Sterben. In Neujahr verloren sie die Arbeit, die man ihnen bisher gewährte, weil sie versicherungspflichtig waren. Doch auch die "Wohltätigkeit" der Jecher Concordia erscheint in sonderbarem Lichte. Sie erläßt 50 arme Leute wegen einiger Groschen Beiträge, die sie zur Krankenkasse hätte leisten müssen. Oder kam etwa von der Knappschaftskasse die Anweisung, keine Invaliden einzustellen, wenn sie nicht von der Versicherungspflicht befreit sind?
Vom Submissionswesen. Zur Ausführung der Steinmeharbeiten zu dem Ministerial- und dem Landtagsgebäude in Oldenburg i. Gr., verteilt in zwei Lose, gingen unter anderem nachstehende Offerten ein:

Vorbau-gebäude	Ministerial-gebäude	
Westf. Eisenbahngesellschaft, Köln, Zuffstein	28 682.10	64 787.30
Hnd. Gütlich, Mittenberg a. M.	100 228.—	126 495.—
Jol. Bender, Molen, Citzinger Zuffstein	53 661.50	76 481.—
Hof & Sohn, Blankenburg, Sandstein	82 818.—	104 100.—
Seiner, Kempten, Hannover	102 874.50	120 969.—
H. Keller-Kunze, Halm, Kuchelkalkstein	100 768.55	127 434.—
Carl Schilling, Berlin	62 671.—	76 645.20
Prantliche Kuchelkalkwerke, Albert Birg, Geroldshausen	106 896.—	131 158.—
Jac. Fickel & Co., Rottenheim, Zuffstein	97 681.50	113 514.50
Kuchelkalkwerke, Kleinrinderfeld	62 942.50	79 299.—
Barkhüter-Kunze, Köln	104 626.55	129 756.40
Wesentliches: Citzinger Zuffstein	96 552.—	120 504.50
Wesentliches: Citzinger Zuffstein	40 971.—	68 413.90
Riegel, Pörsch, Sandstein	120 666.—	153 465.—
Zeunich, Zuffstein, A.-G., C. Vetter, Menden	100 562.—	131 664.20
Bachem & Co., Königswinter	104 245.—	125 837.20
Büchel & Co., Berlin, Kuchelkalkstein	168 540.—	149 016.—
Schw. Sögl, Oldenburg, Kuchelkalkstein	90 011.—	128 087.40
Citzinger Zuffstein	74 395.50	84 591.90
Neumann, Oldenburg, Prantliche Kuchelkalkwerke	121 225.41	171 488.26
Pläzer, Berlin, Prantl Kuchelkalkstein	109 662.—	78 706.—
F. Arnold, Reinheim, Kuchelkalkstein	129 751.50	153 119.50
Zimmersch. A. G., Köln	104 315.—	135 818.39
Kunze, Citzinger Zuffstein	65 298.50	77 217.70
Wesentliches: Citzinger Zuffstein	121 889.—	157 530.10
Sandstein	107 459.—	135 610.—
Tormannsh. i. J. Sandstein	191 943.78	130 143.10
Citzinger Zuffstein	69 811.12	87 112.50
Reinheimer Sandstein	140 919.45	

Bei dieser Submission sind zwei Erstleistungen auffällig: Erstens hat der Citzinger Zuffstein so billig geliefert werden kann, dabei muß das Material als "vorzüglich" angesehen werden, und zweitens hat besonders in der Einlieferung, daß sich an dieser Submission sechs Firmen beteiligt haben. Wir haben bei der Preisverteilung noch etwa zehn Firmen unterzuchtigt gelassen.
* Bei Ausführung in Citzinger Zuffstein kommen 20 Prozent, in Sandstein 15 Prozent in Rechnung.
* In der Mitte in Groß-Berlin. In dem Stadtkomplex Groß-Berlin, wo sich der beherrschende Einfluß des Stadtrats des verordneten ist, großes h. haben wiederum 15 Firmen und 20 Unternehmen in Aussicht genommen, wie die "Kunze" mit 20 Unternehmen werden 6 Unternehmen gebaut.

Eine Friedhofsausstellung größeren Stils ist in Stuttgart für die Zeit vom Mai bis Oktober dieses Jahres geplant. Hoffentlich beteiligt sich die Steinindustrie daran ebenfalls. Als künstlerischer Leiter fungiert der Stadtrat Herr Paulle.

Der 1. Emigrationskongress. Vom 20. bis 22. Dezember tagte in Mailand der 1. Emigrationskongress. An demselben nahmen sowohl die Vertreter der 37 bestehenden permanenten Emigrationskommissionen Italiens, als auch einige an der Emigration interessierte Gewerkschaftenverbände des Auslandes, so von Deutschland, Österreich und Schweiz, teil. Ebenfalls war eine Abordnung des italienischen Ministeriums zugegen, die in den Verhandlungen beteiligt. Die Oberleitung bekannter Emigrationskommissionen liegt bekanntlich in den Händen der "Manitara", und zwar speziell des uns wohlbekannten Genossen Valär. Dieser leitete auch die dreitägigen Beratungen. Necht diesen 37 permanenten Sekretariaten im Ausland werden von der "Manitara" im Ausland noch viele Institutionen finanziell inbventioniert, um deren Hilfe in der Regelung der Emigration der Italiener zu sichern. Der Hauptgedanke in allen diesen Kongressdiskussionen lag auch nur in der Erleichterung der Reise und Arbeitsjude der Emigranten, als auch jeder Hilfeleistung und Anfertigung für diese, speziell Schutz der Emigranten im Ausland. Aber auch der Wirkung derselben im In- wie im Ausland wurde gedacht und diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Scharf verurteilt wurde das Treiben der Bonomeltianer-gesellschaft im Ausland und der Wunsch ausgesprochen, daß diese religiöse und politische Gesellschaft mit ihren für die Emigrationen und alle Arbeiterverbindungen schädlichen Querschnittsebenen seitens des Ministeriums nicht mehr unterstützt werde. Die Ausweisungsmethode einzelner Länder gegenüber Emigranten soll in Zukunft auch genau beachtet werden und ist nötigenfalls gegen diese Ausweisungen vorzugehen. Längere Debatten entstanden über die bevorstehende Winteragitation unter den Emigranten, die nun nach Hause zurückgekehrt sind. Es wurde dabei das Verhalten der italienischen Arbeiter im Ausland angepröf. In diesem Winter werden für Agitation 200 Versammlungen mit Referaten abgehalten, daran beteiligen sich 15 Agitatoren, die teils vom Ausland selbst hieher kommen. Diese Agitation beginnt mit 1. Januar 1914 und haben die Emigrationsbeamten in Italien die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Unfälle! Im bayrischen Laßtaubeneck zu Gold-berg war der Steinbrecher Klose aus Wolfsdorf an einem Tau angehängt und mit dem Brechen von Steinen beschäftigt, als ein größeres Stück der Steinwand zusammenstürzte. Durch das Herabfallende Gestein wurde Klose, der sich von seiner Arbeitsstelle nicht entfernen konnte, schwer verletzt, auch wurde ihm ein Bein gebrochen. Der Verunglückte, ein Mann in den mittleren Jahren, wurde alsbald nach dem Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt. Zwei andre Arbeiter konnten sich dadurch in Sicherheit bringen, daß sie sich ganz eng an die Steinwand andrückten, während ein anderer, der schnell davoneilen wollte, zu Fall kam und durch Steine zum Glück nur leichte Verletzungen erlitt.
Im Steinbruch zu Oberrotweil verunglückte der von Burkheim gehörige Steinbrecher Fridolin Oberkirch dadurch, daß ein Sprengschuß vorzeitig losging und ihn im Gesicht schwer verletzte. Der Verunglückte wurde in die Klinik nach Freiburg gebracht.

Kollegen! Seid unausgeseht tätig für Eure Organisation!

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 27. Dezember.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslojenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).
Göttingen, B. 14.70, K. 1.80, M. 1.50. Deutmannsdorf, B. 207.—, K. 0.40. Rotenburg, B. 4.80. Kempten, B. 33.—. Habersleben, B. 3.50. Wiltsbruff, B. 4.80. Herbede, B. 180.—. Kitzberg, B. 68.30, E. 0.50, K. 6.30, M. 1.50. Plauen, B. 65.—, K. 2.15, M. 2.85. Wentig-Hackwiz, B. 63.50. Sprochówel, B. 52.50, E. 5.—, K. 20.—. Ramenz, B. 400.—. Königshain, B. 156.—, M. 13.15. Jena, B. 87.48, E. 1.—.

Anzeigen

Berlin.

Mittwoch, den 7. Januar, abends 8 Uhr

Bezirksversammlungen in allen Bezirken.

Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen und an den Bezirksführer abzugeben. In jedes Buch ist ein Zettel mit der genauen Adresse des Inhabers hineinzulegen. In den Werkstättenbetrieben übernehmen die Platzvertreter das Einsammeln der Bücher und ihre Ablieferung im Verbandsbureau. Die Wiederzuleitung der Bücher geschieht auf dieselbe Weise. Kollegen, welche verhindert sind an den Bezirksversammlungen teilzunehmen, senden ihr Buch nebst Rückporto an das Verbandsbureau ein.
Sämtliche Mitgliedsbücher müssen bis spätestens 10. Januar im Bureau abgeliefert sein.
Kollegen, tut eure Pflicht! Die Bezirksversammlungen müssen vollzählig besucht werden. Die Ortsverwaltung.

Nürnberg und Umgebung.

Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse

Generalversammlung.

Tagesordnung sehr wichtig!

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese wichtige Versammlung zu besuchen. Um pünktliches Erscheinen eruchtet
Die Ortsverwaltung.

Schürzen

Sausmachersteine, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jakkets, Leder- und Buchstücken-Hosen in eigener Anfertigung
empfehlenswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Ein gutgehendendes Bildhauer- und Grabstein-Geschäft

im Herzogtum Braunschweig ist umständlicher preiswert zu verkaufen; sichere Prospekt, ohne Konkurrenz am Plage. Circa 2—300 Mk. erforderlich. Nähere Auskunft erteilt Fr. Möhlmann, beidigter Auktionator Thedinghausen (Herzogtum Braunschweig).

K. 4.60. Herford, B. 40.—, K. 5.—. Erfurt, B. 180.—. Wenzig B. 1470.—. Ableben, B. 52.—. Gaslicht (Bau- und Sparverein) 300.—. Weipen (Wed), Ins. 240. Jever, B. 6.60. Grauden, B. 4.80. Caunenwehr, B. 8.80. Wentig-Hackwiz, B. 162.50, K. 9.80, M. 7.50. Stettin, B. 184.—, E. 10.50, K. 7.60, M. 1.90. Söppingen, B. 42.—. Gohmannsdorf, B. 51.10, K. 0.90, Ins. 2.—. Gießstadt, B. 92.—. K. 8.—. Greifeld, B. 33.58, K. 2.75, M. 0.70. Zuchert, B. 6.20. Pfahmheim, K. 1.40. Großshöben, B. 4.—. Klingemüller, B. 5.50. Gienzburg, B. 16.10. Prüg, Ab. 1.29.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Feilber Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Arnsdorf (Ober-Lausitz). Das Mitgliedsbuch des Kollegen Ernst Mann, geb. am 13. August 1866 in Neuschwitz, eingetretel am 14. September 1910 in Arnsdorf, wurde gestohlen. Bezahlt wird in diesem Buche 165 volle Beiträge bis zur 45. Woche 1913. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.
Pösch. Ich sage den Verbandskollegen der Betriebe Daut & Toller, Pösch, Günther & Fiedler (Förings- und Sorgenbruch), Preißer (Köfkenberg) für die für mich vorgenommenen Geldsammlungen meinen aufrichtigsten Dank. Joseph Anfried.
Bonn. Dem Steinmehren Otto Nummüller wurde seine Interims-karte gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Der Vertrauensmann.

Grailsheim. Den Kollegen allerorts zur Kenntnis, daß die Kassengeschäfte der hiesigen Zahlstelle vom 1. Januar 1914 ab dem Kollegen Robert Hornikel, Altenmünster bei Grailsheim, übertragen wurden. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.
Dortmund. Dem Steinmehren Gotfard Kölschen, geboren am 4. Juni 1878 in Limburg, ist seine neue Interims-karte ausgefallen, da er dieselbe in Unordnung hier liegen ließ. Fritz Pelzer, Kassierer.

Airchheim. Zureisende haben sich, ehe sie um Arbeit anzusprechen, beim Vorsitzenden zu melden. Die Ortsverwaltung.
Viegnitz. Die Kollegen mögen Viegnitz melden. Durchreisende haben sich beim Vorsitzenden K. Schmidt, Neue Breslauer Str. 28, zu melden. Die Ortsverwaltung.
Aussig. Der Kollege Franz Wiesner, geb. am 17. März 1875 in St. Florian (Steiermark), ist am 27. Oktober 1913 von hier abgereist und hat sein Verbandsbuch liegen lassen. Ich ersuche die Verwaltungsstellen, dies zu beachten. Joseph Lobermeier, Kassierer.

Adressen-Änderung.

Hauversader. Kass.: Kaspar Röder II, Hauptstraße.

Versammlungskalender.

Mitglieder-Versammlungen

Aalsenz: 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der „Wilhelmshöhe“. Meissen II: 6. Januar, nachm. 3 Uhr, in der „Karpfenhäuser“. Ochsenfurt: 6. Januar, mittags 1 Uhr, im Gasth. a. Storch. Wurzen: 9. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant Sternburg. Meissen I: 10. Januar, abends 8 Uhr, in der „Weintraube“.

Briefkasten.

M. Wir sind der Meinung, daß die Firma nicht beaufugt ist, den Akkordarbeitern die Schiffe abzum lassen. Im § 21 der neuen Schiffsordnungen heißt es: „Der Schiffsmeister darf das Abum der Schiffe, sofern es die Umstände erfordern, „zuverlässigen“ Hilfskräften überlassen. Die Firma läßt aber das Abbrennen so ohne weiteres von den Akkordarbeitern besorgen, und dieses ist völlig unzulässig. — Geußen. Wer ist denn nun eigentlich erster Vorsitzender? — M. Wende Dich an die Redaktion der „Münchner Post“.

Tüchtige Pflastersteinboffierer

werden für dauernde Beschäftigung gesucht.

Georg Reinrig, Granitwerke, Rehau (Sichfelgebirge).

Tüchtige Steinhauer

werden für dauernde Akkordarbeit eingestellt.

Granit- und Gneitwerke Frohmann, Reinheim (Hessen).

Tüchtige Steinmehren

werden eingestellt auf Werkplaz Bünselburg und Mittelstein.

Carl Schilling, Kgl. Hoffsteinmehmeister.

Tüchtige Steinmehren

für dauernde Akkordarbeit sofort gesucht.

Odenwald-Gneit- u. Granitwerke, Heinrich Jacob & Co. Werk Wersau (Odenw.) bei Reinheim.

Steinmehren

auf Sandstein stellt noch ein

L. Niggel, Hoffsteinmehmeister, Mittelstein (Sachsen).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingedandt werden)
In Dresden am 17. Dezember 1913 der Sandsteinmeh Karl Otto Albin, 43 Jahre alt, an der Bernstkrankheit.
In Dirschheim am 20. Dezember 1913 der Sandsteinmeh Johannes Bergner, 40 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Heidenau bei Dresden am 23. Dezember 1913 der Sandsteinmeh Johann Karowitsch, an Tuberkulose.
In Arummendorf bei Strehlen am 19. Dezember 1913 der Hoffierer Paul Anote, 33 Jahre alt, an Halsleiden.
In Kaufsambol am 20. Dezember 1913 der Sandsteinmeh Konrad Weber, an Gehirnschlag.
In Niederlinda am 24. Dezember 1913 der Bastlarbeiter Wilhelm Hilbig, 53 Jahre alt, an Gehirnschlag.
In Profen (Zahlstelle Striegau) am 18. Dezember 1913 der Pflastersteinmacher Heinrich Anorek, 34 Jahre alt, an Lungenschwindlucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.